DE KNIPSELKRANT



GUERRILLA STRIJD, SMERIS, IMPERIALISME, FASCISME, COUNTER INSURGENCY...

Resistance

DE KNIPSELKRANT

Documents and Analysis
the Illegal Front

****

ABONNEMENT-BEDINGUNGEN

De Knipselkrant kostet 180 Gulden im Jahr incl. Porto. Es erscheinen ca. 45 Nummern pro Jahr ingesammt ca. 1900 Seiten. Seit August 1978 erscheint De Knipselkrant wöchentlich. Die Zeitung ist dreisprachig: deutsch, holländisch und englisch. Die Themen: Bewaffneter Widerstand in West-Europa, Kampf der politischen Gefangenen, antiimperialistischer Widerstand, anti-AKW-Bewegung Antimilitarismus, Counterinsurgency, Geheimdienste, Bullenapparat, Nazifaschisten.
Grundlage für die Herstellung der Zeitung sind ca.175 Zeitungen bzw. Zeitschriften, desweiteren anderes uns zugesandtes Material. Deshalb: Wir sind jederzeit sehr interessiert an Erklärungen, Texten und übersetzungen u.a. für die Zeitung. Schickt uns also Material!
Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen, und wir schicken euch den Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist, mit einer der letzten Nummern eine Aufforderung, wieder einzuzahlen.
Zahlungsweise: Bar oder mit internationaler Postanweisung bzw. - überweisung auf unser Postscheckkonto. (Postscheckamt Arnheim)
Buchläden: Buchläden erhalten 30% Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Diesen Rabatt können wir nur gewähren, wenn mindestens 5 Exemplare bestellt werden.

De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland. Postscheckkonto 4246655.

****

Voor Nederland: Verkrijgbaar in de linkse boekhandel.

Nach dem Bombenanschlag in Berlin SDZ 7-4-86

Noch keine Spur von den Tätern

Sicherheitsbehörden: Libysche Terrorgruppe könnte das Attentat verübt haben

Von unserer Berliner Redaktion

vsk. Berlin, 6. April

Bei der Suche nach den Tätern und Hintermännern, die für den Bombenanschlag auf eine vor allem von Amerikanern besuchte Berliner Diskothek „La Belle" verantwortlich sind, ist die Sonderkommission des Staatsschutzes der Berliner Polizei bis Sonntag offenbar nicht entscheidend vorangekommen. Zwei Menschen sind bei der Detonation des drei bis fünf Kilogramm schweren Sprengsatzes in der Nacht zum Samstag getötet und mehr 204 zum Teil schwer verletzt worden.

Trotz zahlreicher Hinweise, pausenloser Befragung und Vernehmungen von Zeugen schienen die Ermittler auch zwei Tage nach der Tat eher auf vage Verdachtsmomente, Vermutungen und Spekulationen angewiesen zu sein, nach denen die Täter in arabischen Kreisen zu suchen seien. Die Sicherheitsbehörden in Berlin, Bonn und Washington halten es für wahrscheinlich, daß eine libysche Terrorgruppe den Anschlag verübte. Die Bemerkung eines Sprechers des Senats, man verfüge über Hinweise, wonach die Attentäter über Ostberlin in den Westteil der Stadt gekommen seien, nannte ein Polizeisprecher reine Spekulation. Es wird auch vermutet, daß die Tat in Berlin vorbereitet wurde und die Täter sich noch in der Stadt aufhalten.

Bekenneranrufen maßen die Ermittlungsbehörden wenig Bedeutung bei. Ein Anrufer bei der britischen Nachrichtenagentur Reuter in London erklärte, das „Kommando Holger Meins" – benannt nach dem an den Folgen eines Hungerstreiks in den siebziger Jahren gestorbenen RAF-Terroristen Holger Meins – sei für den Anschlag verantwortlich, während ein Anrufer beim Berliner Büro der Nachrichtenagentur ddp mitteilte, eine „Antiamerikanische Arabische Befreiungsfront" habe das Attentat verübt. Schließlich erhielt das Berliner dpa-Büro einen Anruf, in dem von einer Urheberschaft der „Roten Armee Fraktion (RAF)" die Rede war.

Der Anschlag auf eine zivile Einrichtung hat weltweit Empörung hervorgerufen. Der amerikanische Botschafter in Bonn, Richard Burt, flog am Samstag sofort nach Berlin und nahm zusammen mit dem Berliner Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen den Tatort in Augenschein. Diepgen äußerte seine „tiefe Abscheu über die feige Mordtat" und sprach den Opfern sein Mitgefühl aus. Burt rief im Namen von US-Präsident Ronald Reagan alle gleichgesinnten Staaten auf, Amerika im Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen. In Bonn sprach Regierungssprecher Ost von einem hinterhältigen Attentat, das die Bundesregierung mit großer Abscheu verurteile. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Willfried Penner, erklärte, der Bombenanschlag habe trotz seiner politischen Etikettierung nichts mit Politik zu tun und werde deshalb auch etwaige politische Ziele verfehlen. Bundesaußenminister Genscher sagte: „Wir lassen keinen Zweifel daran: Wir lassen unsere amerikanischen Freunde nicht aus unserem Land herausbomben." Genscher hat im Auswärtigen Amt einen Arbeitsstab eingesetzt, der mögliche Hinweise auf die Mitverantwortung fremder Regierungen für den Bombenanschlag auswerten soll. Falls sich eine solche Mitverantwortung herausstelle, werde die Bundesregierung nicht zögern, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Die Explosion ereignete sich in der Nacht von Freitag auf Samstag gegen 2 Uhr in der überwiegend von Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte besuchten Diskothek „La Belle" im Ortsteil Friedenau. Zu diesem Zeitpunkt hielten sich nach offiziellen Angaben etwa 500, nach inoffiziellen Schätzungen 250 junge Leute in den etwa 250 Quadratmeter großen, ebenerdigen Räumen auf. Die Bombe war vermutlich am Ende einer langen Theke am Rande der Tanzfläche deponiert worden, wo sie ein großes Loch in den Boden riß. Der Disc-Jockey berichtete, es habe einen Knall gegeben, und er habe sich kurz darauf mit dem Mikrophon in der Hand im Keller wiedergefunden. Eine 28jährige Türkin und ein farbiger US-Soldat kamen ums Leben. Zahlreichen Besuchern wurden offenbar Gliedmaßen abgerissen. Durch die Detonation fiel die Decke herab, die Glasfront zersplitterte, Wände stürzten ein und eine starke Rückwand wurde um 20 Zentimeter versetzt, so daß das gesamte Gebäude einsturzgefährdet ist.

Der polizeiliche Staatsschutz bildete umgehend eine Sonderkommission aus hundert Beamten, der auch Experten des Bundeskriminalamtes und amerikanischer Dienststellen angehören. Sachverständige der polizeitechnischen Untersuchungsstelle konnten bisher nicht klären, ob der Sprengsatz aus Industrie- oder militärischem Sprengstoff bestand. Die Arbeiten waren erschwert, da weder ein Zünder noch Mantelteile der Bombe gefunden wurden.

Brandstiftung in Frankfurter Stelle des Bundesgesundheitsamtes

SDZ 8-4-86 **Frankfurt (AP)**

Im Gebäude des Instituts für Wasser-, Boden- und Lufthygiene des Bundesgesundheitsamtes in Hattersheim bei Frankfurt ist eingebrochen und ein Brand gelegt worden. Motiv und Hintergründe der Tat sind nach Angaben eines Polizeisprechers zunächst noch unklar. Polizei und Feuerwehr stellten fest, daß Unbekannte an der Rückfront des Gebäudes die Fenstergitter herausgebrochen hatten und so in das Haus gelangt waren. Dort seien sämtliche Räume systematisch duchsucht sowie Schränke und Fächer aufgerissen worden. An mindestens zwei Stellen sei dann der Brand gelegt worden. Der Schaden beläuft sich nach Angaben der Polizei auf 100 000 bis 200 000 Mark.

7.4.86 taz

Folter und Berufsverbot

BRD vor dem Menschenrechtsausschuß der UNO / Vertreter der Bundesregierung sagen die Unwahrheit

New York (dpa/taz) — Mit kritischen Fragen zu den Haftbedingungen vor allem von politischen Gefangenen hat der Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen am Freitag seine Diskussion über die Verwirklichung des internationalen Pakts für bürgerliche und politische Rechte in der BRD fortgesetzt.

Juristen, Angehörige von Gefangenen und ein Psychiater wiederholten am selben Tag auf einer Pressekonferenz in New York ihre Vorwürfe gegen die Bundesregierung, sie verletze die Rechte der politischen Gefangenen und unterwerfe sie der Isolationsfolter.

Grundlage der Diskussion des Menschenrechtsausschusses ist der Bericht der BRD über die Verwirklichung des Pakts, der 1976 in Kraft getreten ist und dem mittlerweile nahezu 100 Staaten beigetreten sind. Jedes Land muß alle fünf Jahre einen solchen Bericht vorlegen, der dann von dem Menschenrechtsausschuß diskutiert wird. Dem Gremium gehören 18 Experten aus 18 Ländern an.

Die an die Vertreter der Bundesregierung gerichteten Fragen galten an den beiden ersten Tagen der Beratungen unter anderem der Frage der Berufsverbote. Kritik kam hier vor allem von den Experten aus der Sowjetunion und der DDR. Andere Fragen beschäftigten sich kritisch mit der Dauer der Untersuchungshaft, für die es in der BRD entgegen den Bestimmungen des Paktes keine genau definierte zeitliche Begrenzung gibt, und dem Ausländerrecht.

Beim Thema Behandlung von Ausländern führte der polnische Experte Adam Zielinski — offensichtlich in Anspielung auf das neue Buch von Günter Wallraff — die „Erfahrungen bestimmter Journalisten" an, die sich als türkische Gastarbeiter verkleidet hätten und dabei einige bedauerliche Bedingungen aufgedeckt hätten.

Auf der Zuschauertribüne verfolgten unter anderem der Anwalt und die Schwester des Gefangenen Christian Klar, Michael Schubert und Irene Klar, die Schwester von Ingrid Barabaß, Christiane Barabaß, und Wienke Zitzlaff, die Schwester von Ulrike Meinhof, die Diskussion.

Vor Journalisten beschuldigten sie später die Vertreter der Bundesregierung — zwei Beamte des Justizministeriums und zwei aus dem Auswärtigen Amt —, sie hätten vor dem Ausschuß teilweise die Unwahrheit gesagt oder Fragen nicht beantwortet.

Der aus Zürich stammende Psychiater Ralph Binswanger sagte, die Isolationshaft, der die politischen Gefangenen in der BRD unterworfen seien, erfülle nach international anerkannten Definitionen den Tatbestand der Folter. Schubert beklagte die umfassenden Beschneidungen des Rechts der Verteidigung in Verfahren gegen politische Gefangene.

Diese Beschränkungen der Verteidigerrechte wurde später auch von Ausschußmitgliedern kritisch aufgegriffen. Die Vertreter des Justizministeriums antworteten auf diese Vorhaltungen mit dem Hinweis auf die besondere Gefahr, die von den Terroristen ausgehe. Gegen diese „Geißel der Menschheit" müßten Maßnahmen ergriffen werden. Die Diskussion wird am Montag fortgesetzt.

Die deutschen Sicherheitsbehörden halten „arabische Variante" für wahrscheinlich

Der Anschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle" / Rolle der RAF

ban. BONN, 7. April. Nach Angaben der Bundesregierung haben die deutschen Sicherheitsbehörden „keine neuen Erkenntnisse" über den Bombenanschlag auf eine West-Berliner Diskothek. Ein Sprecher des Innenministeriums sagte am Montag, es gebe „nicht das geringste Anzeichen", daß es sich um deutsche Täter handele. Damit wurden Anrufe bei Nachrichtenagenturen in Frage gestellt, ein „Kommando Holger Meins" oder die „Rote Armee Fraktion" (RAF) habe die Bombe gelegt. Vielmehr führten die Spuren ins Ausland. Die „Machart" des Bombenanschlages lasse auf palästinensisch-arabische Täter schließen. Es wurde auf ähnliche Bombenanschläge im vergangenen Jahr in Spanien verwiesen.

Die Bundesregierung hielt sich hinsichtlich amerikanischer Zeitungsberichte zurück, zufolge derer in den vergangenen Wochen libysche Agenten in West-Berlin aktiv gewesen seien. Es gebe „keine konkreten Belege", für eine Beteiligung Libyens, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes, das nach dem Anschlag einen Arbeitsstab eingerichtet hatte. Man müsse die amerikanischen Interessen „durchaus" im Auge haben, sagte der Sprecher.

Regierungssprecher Ost sagte, der Bundeskanzler werde ständig über den Stand der Aufklärung unterrichtet. Kohl habe seine Abscheu gegenüber dem Terrorismus geäußert, der sich immer mehr gegen Unbeteiligte richte. Die Bundesregierung werde ihre Bemühungen „mit Nachdruck" fortsetzen, die internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrorismus zu verbessern.

Auch das FDP-Präsidium befaßte sich am Montagvormittag mit dem Anschlag. Dieser sei ein Beleg dafür, daß der Terrorismus „weder Skrupel noch Grenzen kennt". Aber kein Staat und kein Gesetz könne sich gegen mörderischen Erfindungsgeist und hemmungslose Grausamkeit völlig absichern. Auch das FDP-Präsidium verwies auf die notwendige internationale Zusammenarbeit.

In Kreisen der Sicherheitsbehörden hieß es, die RAF stehe nicht hinter dem Anschlag in Berlin. Tatsächlich gab es bei deren früheren Anschlägen schon kurz danach keine Zweifel mehr an den Urhebern. Es wurde darauf verwiesen, daß der harte Kern der RAF, der weiterhin aus etwa 20 bis 25 Personen bestehe, in den vergangenen Monaten Anschläge nicht verübt habe. Das letzte Bombenattentat der RAF richtete sich Anfang August 1985 gegen den amerikanischen Teil des Frankfurter Flughafens. Gerade dieser Anschlag aber habe zur Kritik in der linksextremistischen Szene und im weiteren RAF-Umfeld am Vorgehen der RAF-Terroristen geführt. Diese seien ihren Anhängern gegenüber vor allem wegen der Ermordung des amerikanischen Soldaten Pimentel in „Begründungsprobleme" gekommen. In der Schrift „Zusammen kämpfen", Nummer 5, vom vergangenen Januar, sei so etwas wie „Selbstkritik" geübt worden, weil diese Aktion die Auseinandersetzung mit der amerikanischen Politik blockiert habe. Solchen Stimmen sei allerdings aus der RAF entgegengehalten worden, daß die amerikanischen Soldaten „Kern" der „US-Maschinerie" seien.

In den Sicherheitsbehörden wird überdies auf einen „Kongreß" hingewiesen, der Anfang Februar in Frankfurt unter dem Namen „Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa" mit etwa 1000 Teilnehmern abgehalten worden sei. Dieser Kongreß habe dem Ziel gedient, die „militanten Aktionen" wieder zu vereinheitlichen und die Anhängerschaft politisch zusammenzuführen. Das Ergebnis sei aber für die RAF „enttäuschend" gewesen. Die Distanz zwischen sogenannten autonomen Gruppen und der RAF habe sich vergrößert, analysierten Sicherheitsexperten. Und auch zu ausländischen Gruppen, etwa den belgischen „Kämpfenden Kommunistischen Zellen" (CCC), habe es eine Annäherung der RAF nicht gegeben. Die französische „Action Directe" sei in Frankfurt nicht vertreten gewesen. Freilich habe auch die RAF darauf hin-

gewiesen, daß die Zusammenarbeit mit der „Action Directe" nicht allzu eng gewesen sei. Vermutungen darüber waren Anfang 1985 aufgekommen, als der französische General Audran und der deutsche Industrielle Zimmermann ermordet worden waren. Offenbar wegen dieses Kongresses, so heißt es, habe sich in den vergangenen Monaten das RAF-Umfeld mit Anschlägen zurückgehalten. Auch die „Revolutionären Zellen" seien in letzter Zeit nicht hervorgetreten.

Andererseits sehen die Sicherheitsbehörden einen „auffälligen Zusammenhang" des jüngsten Berliner Anschlags mit dem amerikanischen Vorgehen gegen Libyen in der Großen Syrte und dem Bombenanschlag auf ein amerikanisches Passagierflugzeug in der vergangenen Woche. Ein solcher Zusammenhang liege „nicht ganz fern", hieß es. Doch tun sich die Sicherheitsbehörden offenbar schwer mit der Analyse des aus dem nahöstlichen Raum nach Europa herüberschwappenden Terrorismus. Der arabische Terrorismus sei überaus unübersichtlich, es gebe eine Fülle von Gruppen und Grüppchen, häufig mit Phantasienamen, und deren Bekennung zu Anschlägen sei häufig undeutlich. Jene Gruppe, die sich unter dem Namen „Antiamerikanische Arabische Befreiungsfront" gemeldet habe, sei den Sicherheitsbehörden bisher nicht bekannt gewesen. Der letzte größere Anschlag aus dem nahöstlichen Raum war jener gegen einen amerikanischen Supermarkt in Frankfurt im vergangenen November. Auch dieser Anschlag konnte bisher nicht aufgeklärt werden. Es gebe „Anhaltspunkte", die auf arabische Gruppen wiesen, aber „mehr nicht", heißt es. Die deutschen Sicherheitsbehörden überprüfen auch mögliche Zusammenhänge des Anschlags auf die amerikanische TWA-Maschine mit einem Anschlag 1982 in Berlin, den eine Gruppe mit dem Namen „15. Mai" gegen ein Lokal mit jüdischen Besuchern gerichtet hat.

Überdies wird überprüft, ob der Anschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle" von Rechtsextremisten verübt worden sein könnte. Dies stützt sich darauf, daß in dem Lokal neben Amerikanern auch viele andere Ausländer, etwa Türken, verkehrten und daß auch fünf Araber verletzt worden seien. Freilich wird hinzugefügt, die „arabische Variante" sei wahrscheinlicher.

Die Welt 11-4-86

„Terror zentral bekämpfen"

Rebmann für Institution mit europaweiter Kompetenz

UWE BAHNSEN, Hamburg

Durchgreifende Maßnahmen gegen Verbrecher und Terroristen, die international operieren, hält Generalbundesanwalt Kurt Rebmann für erforderlich. In einem Vortrag vor dem Hamburger Übersee-Club sprach Rebmann sich für eine zentrale Institution mit europaweiter Kompetenz zur Terroristenfahndung aus. Die Bundesanwaltschaft solle ferner zentral für in der Bundesrepublik tätige ausländische Terrorgruppen zuständig sein. Der auch unter Fachleuten umstrittene fälschungssichere und maschinenlesbare Personalausweis werde zu einer nachhaltig geringeren Beweglichkeit terroristischer Gewalttäter, Ostagenten und der Schwerkriminellen führen.

Rebmann plädierte erneut für die „verdeckte Ermittlung" durch Polizeibeamte, die in Banden der organisierten Kriminalität eingeschleust werden. Auch das Vermummungsverbot sei notwendig, „wenn die gravierenden Gewalttaten durch Vermummte sich auch in Zukunft fortsetzen sollten". Der Generalbundesanwalt fügte hinzu: „Wem es wirklich um Liberalität in unserem Staate geht, der muß auch dafür eintreten, daß der rechtstreue Bürger freiheitlich, das heißt ohne illegalen Gruppendruck, leben, sich bewegen und seine Meinung äußern kann." Gegenwärtig sei in der Bundesrepublik ein „Terrorismus von links" am Werke. Eine Gefährdung der inneren Sicherheit durch rechtsterroristische Gruppierungen sei derzeit nicht zu erkennen.

Rebmann bezeichnete es als besorgniserregend, wenn Maßnahmen und Entscheidungen, die „von den nach Recht und Gesetz zuständigen Organen in zulässiger Weise getroffen worden sind", von bestimmten gesellschaftlichen Kräften oder Minderheiten nicht akzeptiert werden. Mit einer solchen Haltung werde die Struktur der Bundesrepublik Deutschland als einer repräsentativen Demokratie verneint, da das Grundgesetz das Plebiszit zur politischen Willensbildung ablehne.

IHT 11-4-1986

Office of Air France Is Bombed in Lisbon

The Associated Press

LISBON — A bomb heavily damaged the Air France office here Thursday and an anonymous caller said the attack was to protest French "collaboration" with the United States against Libya. No injuries were reported.

Portugal's state-run news agency said that several hours after the 5:40 A.M. blast, a caller telephoned its bureau in the northern city of Oporto, claiming to speak for the French leftist group Direct Action, to claim responsibility for the bombing.

Dienstag, 8. April 1986 - Nr. 81 - DIE WELT

Schätzt die RAF ihre Erfolgschancen für Erpressungsversuche wieder höher ein?

Alarmierende Analyse des Justizministeriums / 200 Personen untergetaucht / Anschläge befürchtet

WERNER KAHL, **Bonn**

Die Terroristen der „Rote Armee Fraktion" (RAF) schätzen nach der gescheiterten Freipressung inhaftierter Komplizen im Jahre 1977 jetzt offenbar die Erfolgschancen für neue Erpressungsversuche wieder höher ein. Die akute Gefahr geht aus einer im Bundesjustizministerium vorliegenden neuen Analyse der Sicherheitslage einschließlich der Gefährdung von Personen und Einrichtungen durch die RAF hervor.

Zu dem alarmierenden Lagebericht trug die Erkenntnis bei, daß etwa 200 Personen aus dem Umfeld des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland untergetaucht sind. Von ihnen nehmen die Behörden an, daß ein Teil in Koordination mit der RAF Anschläge vorbereitet und ausführt, andere die Logistik betreiben. Steckbrieflich werden derzeit 29 Männer und Frauen gesucht, die zum „harten Kern" der Terror-Organisation gerechnet werden. Bei mindestens 20 der Gesuchten geht man davon aus, daß sie in der RAF aktiv sind, während der Rest sich ins Ausland abgesetzt haben könnte.

Die Komplizen warten

In den Haftanstalten befinden sich gegenwärtig 40 Mitglieder terroristischer Gruppierungen – die meisten aus der RAF –, von denen eine Anzahl lebenslängliche Freiheitsstrafen verbüßt und von den im Untergrund operierenden Komplizen eine Befreiungsaktion erwartet.

Im Gegensatz zu Äußerungen aus Justizkreisen im vergangenen Jahr, wonach Geiselnahmen zwecks Freipressung von Häftlingen nicht akut seien, weist die neue Analyse jetzt auf diese Bedrohung hin. Außer Bombenanschlägen und Attentaten mit dem Ziel, Repräsentanten zu ermorden, die die auswärtige und innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Verbündeten gewährleisten, sind Entführungen anscheinend wieder in die terroristische Anschlagsplanung der RAF aufgenommen worden.

Im „harten Kern" der Terrororganisation sind nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden offenbar in den vergangenen Monaten mehrere Freipressungsfälle diskutiert worden, bei denen es ausländischen Gruppen gelungen war, gefangene Anhänger zu befreien. Dabei handelte es sich um die Entführung einer Passagiermaschine der amerikanischen Fluggesellschaft TWA im vergangenen Jahr durch schiitische Terroristen. „Daß die Gefangenen freigelassen werden mußten, die Imperialisten keine militärische Lösung wagen konnten, ist ein Sieg für den antiimperialistischen Kampf", erklärte die RAF nach dem Austausch der Passagiere gegen die Häftlinge. Ähnliche Reaktionen erfolgten nach der Freilassung der Tochter des Präsidenten von Salvador, José Napoleon Duarte. Die Präsidententochter Ines Duarte war ebenfalls im vergangenen Jahr entführt und von der Bewegung FMLP im Austausch gegen Gefangene freigelassen worden. Als Vermittler war damals der SPD-Politiker Hans-Jürgen Wischnewski in Mittelamerika aufgetreten. Zwischen dem Umfeld der RAF und der FMLP bestehen nach Berichten aus der linken Szene Kontakte.

Konkrete Anschlagsziele lassen sich jedoch nach den Erkenntnissen der deutschen Sicherheitsbehörden nicht voraussagen. Dagegen gibt es Anhaltspunkte für eine Eingrenzung möglicher Ziele der RAF in der nächsten Zeit in einer kürzlichen Erklärung der Kommandoebene. Die Angriffsstrategie der RAF wird darin so dargestellt: „Das System ist nur zu brechen, indem die Front die konkreten aktuellen Projekte der imperialistischen Strategie bricht." Unter „konkreten aktuellen Projekten" ist nach Auffassung der Sicherheitsanalytiker zu verstehen, daß im Visier der RAF Personen und Institutionen stehen, die militärisch und im Bereich der „inneren Aufstandsbekämpfung" zusammenarbeiten. Dazu rechnen die Terroristen auf militärischem Gebiet unter anderem

„Feind demoralisieren"

- „die Fusion der westdeutschen und französischen Streitkräfte ‚Europäische NATO-Säule'" sowie das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa, „Eucom".
- Im Bereich der sogenannten „Inneren Aufstandsbekämpfung", einem Terminus technicus der Terroristen, konzentriert sich die RAF vor allem auf das Bundeskriminalamt. In einer besonders anhaltenden Gefahrenlage befindet sich nach wie vor die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe. Auf neue RAF-Aktivitäten, die nach der Ermordung des amerikanischen Soldaten Edward Pimental im Sommer 1985 in Wiesbaden abgeflaute Offensive 1986 verstärkt fortzuführen, hatte kürzlich bereits der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes, Gerhard Boeden, hingewiesen (WELT v. 5. 4. 1986). Als Leitlinie künftiger Aktionen hat die RAF nach Erkenntnissen der Justiz- und Polizeibehörden für die neue Strategie die Parole ausgegeben: „Den Feind demoralisieren, den Apparat erschüttern, die Kriegsmaschinerie stören, sabotieren – aus der Funktion bringen."

Gruppe „Pipi Langstrumpf" will Stuttgarter Anschlag verübt haben

Stuttgart (dpa)

Eine Gruppe „Pipi Langstrumpf" will den Brandanschlag auf die Filiale der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in Stuttgart verübt haben. Wie das baden-württembergische Landeskriminalamt (LKA) mitteilte, ist bei einer Zeitung in Markgröningen (Kreis Ludwigsburg) ein entsprechendes Schreiben eingegangen. Das Pseudonym „Pipi Langstrumpf" sei erstmals im Zusammenhang mit einem Brandanschlag aufgetaucht. Als Grund für das Attentat nennen die Briefschreiber, die Bank beteilige sich am Bau der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf. SDZ 7-4-86

Nächtliche Anschläge auf vier Bahnstrecken in Bayern

Polizei vermutet Zusammenhang mit Protest gegen Atomfabrik

SDZ 8-4-86

München (dpa) – Auf vier Strecken der Bundesbahn in Unterfranken, Schwaben und Oberbayern sind in der Nacht zum Montag von bisher unbekannten Tätern Anschläge verübt worden. Sie stehen offenbar im Zusammenhang mit dem Protest gegen die umstrittene atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf. Bei den Anschlägen wurde niemand verletzt, es kam jedoch zu Beeinträchtigungen im Zugverkehr. Die Höhe des Sachschadens steht noch nicht fest. Die Ermittlungen bei den zuständigen Polizeidirektionen sind angelaufen. Die Polizei geht davon aus, daß die Täter in allen vier Fällen untereinander in Kontakt standen. Kernkraftgegner schnitten überdies bereits am Sonntag ein Loch in den WAA-Bauzaun.

Bei Gambach (Landkreis Main-Spessart) warfen die Täter nach Polizeiangaben ein vier Meter langes Seil, an dessen Ende Eisenhaken befestigt waren, von einer Brücke auf die Oberleitung der Linie Gemünden–Würzburg. Um 1.58 Uhr prallte die Lok eines Güterzugs gegen das Hindernis und blieb defekt stehen. Der Zug mußte von der zweiten Lokomotive in den Bahnhof Karlstadt geschoben werden. In der Nähe des Tatorts wurden Flugblätter „WAA nie" gefunden.

Ebenfalls von einer Brücke wurde bei Markt Einersheim im Landkreis Kitzingen ein Abschleppseil mit Karabinerhaken auf die Oberleitung der Linie Kitzingen–Fürth geworfen. Der Stromabnehmer eines D-Zuges prallte um 2.28 Uhr gegen das Hindernis. Der Zug konnte die Fahrt jedoch aus eigener Kraft fortsetzen. Auch bei diesem Anschlag wurden Flugblätter gegen den Bau der Atomfabrik sichergestellt.

Zwischen 3.00 und 5.00 Uhr ließen die Unbekannten auf der Bahnlinie München–Nürnberg im Bereich der Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Ilm ein U-förmiges Baustahlteil ebenfalls an einem Seil von einer Brücke herab. Auch hier verfing sich der Stromabnehmer einer E-Lok in dem Hindernis und wurde stark beschädigt. Außerdem wurde die Oberleitung teilweise aus der Verankerung gerissen. Auf der Brücke fand die Polizei erneut zahlreiche Flugblätter.

Kernkraftgegner knacken WAA-Zaun

Gegen 1.40 Uhr schließlich warfen die Täter bei der Eisenbahnbrücke einer Kreisstraße im Landkreis Donau-Ries ein Nylonseil mit Eisenkrallen auf die Oberleitung der Bundesbahnstrecke Donauwörth–Augsburg. Von einem aus Nürnberg kommenden Zug wurde durch das Hindernis die Oberleitung abgerissen. An die Brückenkonstruktion hatten die Täter mit roter Farbe „WAA nie" geschrieben. Der Zugverkehr war auf der vielbefahrenen Strecke bis in die frühen Morgenstunden blockiert.

Kernkraftgegnern ist es am Sonntag erstmals gelungen, ein Loch in den aus Spezialstahl gefertigten Zaun um das Baugelände der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf zu sägen. Nach Angaben der Polizei war die Lücke groß genug, um durchschlüpfen zu können. „Wir sind sehr enttäuscht, daß der uns als unbezwingbar angekündigte Superzaun, der später nach Inbetriebnahme auch die Wiederaufarbeitungsanlage schützen soll, so leicht zu knacken ist", erklärte ein Sprecher der Einsatzleitung. Auf Grund der bisherigen Ermittlungen verwendeten die unbekannten Täter bei der Aktion möglicherweise neuartige, mit Diamanten besetzte Sägeschnüre.

Die Sicherheitsbehörden, die bisher davon ausgegangen seien, daß das über fünf Kilometer lange, zehn Millionen Mark teuere Bauwerk nur durch Überklettern bezwungen werden kann, nötige der Vorfall zum Überdenken der Einsatzpläne, meinte ein Sprecher. Man werde die Umzäunung künftig stärker als bisher auf Beschädigungen kontrollieren müssen. Laut Polizeiangaben wurden am Sonntagabend nach zunächst friedlichen Demonstrationen am Nachmittag im Taxöldener Forst erneut zehn Personen unter anderem wegen Beleidigung und Steinewerfens festgenommen.

Ein Sprecher der WAA-Betreibergesellschaft DWK Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf (DWW) erklärte zur Zaunbeschädigung, die Sägeaktion sei sowohl von eigenen Wachmannschaften wie von der Polizei beobachtet worden. Man habe sie nicht verhindern können, weil Vermummte die Sicherheitskräfte mit Stahlkugeln beschossen und mit Steinen beworfen hätten. Verschärfte Wachsamkeit ist auch nach Ansicht von DWW-Sprecher Klaus Sagemühl das einzige Mittel, Aktionen dieser Art in Zukunft zu unterbinden. Einen Werkstoff, der Spezialsägen standhält und in der für die WAA-Umfriedung benötigten Menge auch bezahlbar sei, gebe es auf dem Markt nicht. Laut DWW und Polizei wurde das Loch im Zaun mittlerweile wieder geschlossen.

erklärung

wir fangen erstmal mit dem obligatorischen satz an,also!
wir,eine militante anti-kriegsgruppe haben in den frühen morgenstunden am ostersonntag auf dem übungsgelände der west-berliner bullen in spandau/radelandstr. drei brandsätze in der dortigen geisterstadt plaziert.vorgenommen haben wir uns 4 objekte,wir haben eine skizze dieser bullengeisterstadt angefertigt,die objekte,die wir flambieren wollten,sind mit * versehen.
die häuser der geisterstadt sind alle einstöckig und gemauert,teilweise ohne türen und fenster.die geisterstadt vermittelt nachts den eindruck einer idyllischen waldsiedlung unter hohen kiefern.dieses bild,daß wir dort nachts in uns aufnahmen,zerreißt sofort,wenn mensch daran denkt,daß hier tagsüber die bullen (die bürgerliche presse spricht von "polizeitechnikern") mit stahlhelm,übungshandgranaten und maschinenpistolen bewaffnet,den paramilitärischen einsatz für den krieg gegen teile der bevölkerung üben.diese geisterstadt existiert seit wenigstens 20 jahren.
genossinnen und genossen - in den tagen unserer aktion ist viel passiert.
erstmal wurde am morgen des ostersamstag das zeltlager in wackersdorf geräumt und 280 leute festgenommen.wir freuen uns,daß wir in der darauffolgenden nacht eine geisterstadt der bullen ramponieren konnten,und somit solidarische,praktische grüße nach wackersdorf schickten.ansonsten waren rege anschlagsbewegungen autonomer aktivisten dieses wochenende in west-berlin zu verzeichnen - wir begrüßen das aufs schärfste -(womit wir selbstverständlich nicht den menschenverachtenden anschlag auf ein deutsch-arabisches büro in kreuzberg meinen.)
einer unserer brandsätze war mit 2 benzinkanistern im keller eines gebäudes deponiert,in welchem sich auch 2 öltanks befanden.wir hofften gerade bei diesem objekt auf größeren schaden. - leider haben wir es versäumt,die feuerwehrschläuche auf dem gelände zu zerschneiden / es befinden sich 2 hydranten in der geisterstadt.es kann also sein,daß da doch einiges gelöscht wurde.wie dem auch sei,wir sind z.zt. nicht in der lage das nachzuprüfen und die bullenmeldungen in den zeitungen sind nicht unbedingt glaubwürdig.
die 2. geisterstadt in west-berlin befindet sich im süden,im ortsteil lichterfelde-süd,an der osdorferstr.auf dem 2quadratkilometer großen militärischen übungsgelände,daß seit 1953 im besitz der amerikanischen armee ist,haben sich die militärs von west-berliner baufirmen eine 80.000 qm große geisterstadt bauen lassen.das übungsgelände nennen die militärs "parks range",die geisterstadt "doughboy-city".doughboy-city wurde anfang der 70er jahre erbaut.
1983 - 85 wurde die stadt erweitert.
vom einstöckigen flachbau bis zum 5 stöckigen hochhaus,gemauert,aus fertigbetonteilen,existieren hier alle west-berliner haustypen,ferner ein rathaus, ein kompletter s-bahnhof mit gleisanlagen,und seit märz 1986 ein "kampfübungstheater";das ist eine schießhalle mit computergesteuerten "trainingsgeräten".
die geisterstadt ist mit einem tunnelsystem versehen,daß in die militärischen übungen mit einbezogen wird.geübt wird in doughboy-city an 275 tagen im jahr - aussage der armee -.das "trainingsprogramm" hat den militärbegriff "mout" heißt:militärische operationen im stadtgebiet.
wie sieht das praktisch aus?
amerikanische soldaten sickern durch das tunnelsystem in die stadt ein,und "säubern" mehrere häuser von "feindlichen subversiven elementen",mittels mp, handgranaten und rauchbomben.oder.ein von "subversiven elementen" besetztes haus wird von den west-berliner bullen umstellt,nach einer lautsprecherdurchsage - gestürmt.oder.gi's mit aufgepflanztem bajonett,5 m hinter ihnen ein wasserwerfer der bullen,gehen gemeinsam gegen eine demo vor.oder.schwere panzer walzen eine barrikade aus autos nieder,schießen nachrückenden militärs den "weg frei",etc.!
zu diesem stadtkampftraining werden auch amerikanische soldaten aus der brd nach west-berlin eingeflogen.in west-berlin stationierte britische und französische einheiten trainieren hier auch und 2 x im jahr (frühjahr und herbst) anläßlich der großen alliierten manöver bildet doughboy-city den manöverabschluß.
die 3. geisterstadt ist das stadtkampfübungsgelände "fighting city ruhleben" der britischen armee.es grenzt direkt an die bullenkaserne ruhleben.anfang

der 60er jahre standen dort nur holzhäuser,seit herbst 1980 wird "fighting city" massiv ausgebaut.jetzt sieht's so aus,daß hier vom gemauerten einfamilienhaus mit vorgarten bis zum 7 stöckigen hochhaus mit hubschrauberlandeplatz,von ner dorfkirche,einem s-bahnhof,einer hochbahntrasse mit u-bahnwaggons, einem kanalbett, mit brücke,die geisterstadt dem stadtbild west-berlin weitgehend angeglichen ist.die übungen gleichen denen in der amerikanischen geisterstadt.
das ausbildungs- und trainingsprogramm für den stadtkampf der bullen und natomilitärs in den 3 geisterstädten hier in west-berlin und deren einsatz hier auf den straßen oder in den städten in anderen nato-ländern,wie nordirland, frankreich etc.,ist ein instrument der herrschenden zur bewältigung sozialer krisen und den daraus folgenden protesten,bis zu militanten,bewaffneten aufständen.ein anderer wichtiger faktor ist,ihre analyse von uns,dem widerstand, was sich an widersprüchen von teilen der bevölkerung zum system an konkreten fragen auftut.wie sie sich darauf perspektivisch vorbereiten müssen.(arbeiterunruhen,straßenkämpfe,militante demos,etc..).der häuserkampf 1980 - 83 und der gleichzeitige ausbau in den geisterstädten ist sicherlich kein zufall.
bis zu beginn der 80er jahre fanden noch häuserkampfübungen mitten in bewohnten gebieten,wie kreuzberg,schöneberg,etc. statt,in abrißhäusern,oder auch in teilweise bewohnten häusern. - mit zunehmender stärke der häuserbewegung und schiß vor unkontrollierbaren konflikten,wurden die übungen in die geisterstädte verlegt.ausnahme bilden da nur die französischen militärs,die nach wie vor in reinickendorf und wedding straßenkampfübungen durchziehen.

in wessiland

existieren auch mehrere geisterstädte,in baden-württemberg wurde in den 50er jahren ein dorf von den amerikanischen militärs beschlagnahmt,die bevölkerung umgesiedelt.dieses dorf ist jetzt militärisches übungsgelände!
weitere geisterstädte soll es in nordbayern und in der lüneburger heide geben. die britische armee hat in sennelager (ist in der nähe von paderborn) eine geisterstadt getreu nachgebaut einer nordirischen kleinstadt,genannt tin-city. in tin-city -blechstadt- ist alles vorhanden,was eine nordirische kleinstadt auszeichnet:von parolen an den wänden,straßenbeleuchtung,telefonzellen,bis zu den stahlblechwänden,die zwischen den protestantischen und katholischen vierteln gezogen sind.britische rekruten werden hier ausgebildet für den einsatz gegen militante demos,verhalten gegenüber heckenschützen,barrikadenkämpfe,etc. für den krieg in nordirland,im land den nato-partners brd.
publik wurde tin-city im frühjahr 1984 in der brd-presse,als bgs-einheiten dort den einsatz gegen streikende arbeiter trainierten,aktuell war damals der streik der arbeiter für die 35-stunden woche.

schweiz

in der neuen züricher zeitung vom 22.2.1985 stand die meldung,das für die schweizer militärs auch ein "beton-dörfchen" von insgesamt 27 häusern gebaut wird,in reppischtal,scheint in der nähe von zürich zu liegen.zweck und ziel ist identisch mit denen in der brd und in west-berlin.

zum schluß nach holland:

am 26.9.1985 eröffnete der holländische innenminister offiziell ein übungsgelände für die me's (paramilitärische bulleneinheiten) in ossendrecht,30 km östlich von amsterdam.dort wurde eine geisterstadt erbaut,größe 2 hektar,bestehend aus 2 stadtgebieten mit den namen boomard und vogelwyk.boomard hat einen offenen stadtcharakter mit platz und darauf mündenen straßen.vogelwyk besteht aus einem geschäftszentrum,mit umliegenden gassen und straßen,kneipen, ne bank,ein rathaus,ein botschaftsgebäude,hochhaus,ein wohnblock mit reihenhäusern,straßenbeleuchtung,telefonzellen und verkehrsampeln.zentral in der geisterstadt steht das hauptgebäude,aus dem die verschiedenen übungen der bullen geleitet werden,mittels lautsprecheranlage.ferner gibts dort ne videoüberwachungsanlage.die ausbildung gleicht in etwa der in der brd und west-berlin. unseren informationen nach scheint es nur perfekter und auf den neuesten stand gebracht zu sein,sowohl die ausbildungsprogramme,als auch die technik in der geisterstadt.als sie noch im bau war,haben sich genossinnen und genossen einen bulldozer geklaut,und in der geisterstadt aufgeräumt.sachschaden 100.000 gulden.außerdem sind noch parolen gesprüht worden.

zurück in diese "unsere" stadt.

wir fänden es garnicht schlecht,wenn ihr euch ein bißchen mehr darum kümmert was hier so militärisch in west-berlin abläuft - das es geisterstädte gibt, wißt ihr nun,daß dieselben ständig "verbessert",erweitert werden,auch,und daß auch wir damit gemeint sind,wogegen die militärs und bullen da üben,dürfte auch einleuchten. - aber den überblick über die militärische struktur hier, haben wohl nicht so viele.auch wenn frau/mann die militärs hier nicht so zu sehen kriegt,wollen wir,daß ein überblick über diese struktur als allgemeinbil-

dung für autonome und antiimps und viele andere angesehen wird.zu arrogant??
wir halten den militärischen apparat zwar nicht für den zentralen angriffspunkt hier,aber auch auf keinen fall für einen nebenwiderspruch.
hier herrscht kriegsrecht,ausgeübt von den 3 westalliierten,also nato-militärs. gegossen in gesetze und manifestiert im kleinen besatzungsstatut von 1955. ihre gesetze,genannt bko's -berlin-kommandantur-orders- ,insgesamt 6000,die unser leben "regeln".das alles versteckt,hinter der kulisse,die sich parlament und demokratie nennt,die sogenannte freie wahlen kennt,etc.diese scheißschminke kriegt immer dann brüche,wenn die interessen der herrschenden militärs die bedürfnisse von menschen hier in der stadt berühren,...schießplatz gatow, die britischen vergewaltiger prozesse,die geisterstädte....,sind da nur die letzten wahrnehmbaren spitzen des eisberges kriegsrecht,verkleidet in parlamentarische demokratie.
es gibt in dieser stadt real kein einspruchrecht gegen die militärs,selbst gesetze,die das "zusammenleben" von militärs und zivilbevölkerung in der brd regeln,werden hier ad absurdum geführt,natürlich immer mit dem hinweis,das es um "unsere freiheit" geht,das ist die fassadenfarbe,die alles zukleistern soll.aber wir scheißen auf "ihre freiheit",unsere müssen wir uns selber erkämpfen.
diese stadt ist für die nato als ihr freies terrain wichtig.
hier stehen z.b. 5 radaranlagen der nsa (militärisches aufklärungsunternehmen der usa) die in die sozialistischen staaten spähen,alles auswerten und aufzeichnen - als vorgeschobener horchposten der nato.west-berlin ist seit 1945 diversionszentrum (sabotage) gegen die ddr,ausbildungszentrum für stadtkampf. west-berlin ist die militarisierteste stadt in westeuropa und das mitten in der ddr -"die freie stadt inmitten des roten meeres".hier sind spezialeinheiten stationiert für ihren einsatz in sozialistischen staaten.und in westberlin existiert ein nicht zu unterschätzendes potential an froschungseinrichtungen für militär und kapital.
die militärs greifen auch in unser leben ein,z.b. der autobahnbau nach militärischen richtlinien etc..wir wollen nur einen aspekt der militarisierung der gesellschaft,der kriegsvorbereitungen rausnehmen.
das ist der sogenannte zivilschutz,der bunkerbau.in den letzten jahren sind in west-berlin 100derte von neuen plätzen geschaffen worden,die nächsten projekte werden "öffentlich" diskutiert.kriegsvorbereitungen als normalzustand. mit der suggestion eines schutzes bei einem krieg auf diesem militärisch hochgerüsteten kontinent.parallel dazu sind unter 6 rathäusern sogenannte führungsbunker für bonzen gebaut worden,einer mit 40 plätzen befindet sich im rathaus kreuzberg.3 schulen sind im "katastrophenfall" als hilfskrankenhäuser verplant,der alte ns-bunker im krankenhaus heckeshorn als atombombensicheres lazarett mit 400 betten wird gerade weiter ausgebaut.
das sind fakten der kriegsvorbereitungen,vor denen wir nicht die augen verschließen dürfen,sie als normal anzusehen,als "ist halt so".
wir begreifen uns als teil der radikalen linken in der brd und west-berlin. militante aktionen sind für uns nur ein mittel,um gegen diesen staat und für den kommunismus zu kämpfen. - wir denken,daß die erweiterung der fähigkeit auf der militanten ebene eine notwendige voraussetzung ist,hier widerstand zu leisten und den raum zu schaffen,revolutionäre entwicklungen und auseinandersetzungen voranzutreiben.

in diesem zusammenhang verweisen wir noch mal auf die rz,deren kontinuierliche,militante praxis für uns durchaus als grundlage angesehen werden kann. die auseinandersetzung mit dem,was an strategieansätzen von den genossinnen und genossen der rz rüberkommt,halten wir immer noch für verdammt brauchbar. die schwierigkeiten zwischen öffentlicher,illegaler,militanter praxis,auf die die rz gestossen sind,haben auch wir,was allerdings kein grund ist,die sache nicht anzugehen. - unsere verantwortungist es,unsere schon vorhandenen vorstellungen,strategiediskussionen,vernünftige gesellschaftliche analysen voranzutreiben,parallel dazu,uns unkontrollierbare möglichkeiten zu schaffen,und unsere "legale" und illegale praxis weiter zu entwickeln, - schritt für schritt, mit unendlicher geduld und zähigkeit,ohne unser ziel revolution aus den augen zu verlieren.unseren kampf führen wir in erster linie um die köpfe der menschen hier,wir wollen und können die revolutionäre umwälzung nur mit diesen erreichen.

wir wollen die verankerung der revolutionären linken - die auseinandersetzung mit den menschen,die andere praktische,gesellschaftliche erfahrungen haben,wir wollen die grenzen,die uns trennen von denen,die ihre ketten in diesem system spüren,abbauen.wir denken,daß wir da noch ne menge lernen können und müssen. wir wollen eine kraft werden,die den angriffen und repressionen dieses systems standhält und überwindet.wir legen wert auf kontinuierliche öffentliche arbeit

in den stadtteilen,am arbeitsplatz,überall dort,wo wir mit menschen zusammenkommen.wir müssen lernen unsere ideen,unsere vorstellungen einer kommunistischen gesellschaft zu vermitteln.
eine oder viele nacht- und nebelaktionen sind das eine,daß ständige kämpfen um menschen,sie aus ihrer resignation,ihrer angst zu reißen,die widersprüche und brüche in dieser sogenannten demokratie immer wieder aufzuzeigen,ist das andere. genau diese anstrengung,daß wir mehr werden (wir wollen die revolution schließlich für und mit so vielen wie möglich),uns verständlich machen,in der bevölkerung verankern,dürfen nicht nachlassen,sondern müssen bestandteil unseres alltages sein - wir kämpfen nicht "um die massen",sondern um jede/jeden einzelne/n.

in west-berlin fanden in den letzten 2-3 jahren vereinzelte kampagnen und aktionen gegen militarisierung,rüstung und militärischer forschung statt,die unserer ansicht nach nicht von der radikalen,militanten linken und anderen politischen kräften genügend aufgegriffen wurde.es gibt in der stadt nur wenige nichtreformistische anitmilitaristen,die hier eine kontinuierliche öffentlichkeitsarbeitmachen,die versuchen hier den konsens zu brechen,der zwischen weiten teilen der bevölkerung zum system,zu den westalliierten militärs besteht. schon garnicht eine bewegung gegen nato,kriegsvorbereitungen und militärforschung.dabei haben wir 100derte von möglichkeiten,diese metropole bietet viele ansatzpunkte,sand ins getriebe dieser maschinerie zu streuen,bis hin, den ablauf nachhaltig zu stören,zu sabotieren.
verdammte scheiße,es muß uns alle angehen,jeder mensch ist hier gefordert aufzustehen,wenn hier militärs für den krieg in anderen ländern aus- und weitergebildet werden.militärs in einer west-berliner fabrik den einsatz gegen streikende arbeiter trainieren.die freiwillige bullenreserve mit mp's in ruhleben trainiert.west-berliner bullen in ner "eigenen" geisterstadt den "bürgerkrieg" üben,sich paramilitärisch darauf vorbereiten,und wenn geplant ist, teile des sdi-projektes in der stadt zu verwirklichen.
das ist ein teil des wahren charakters dieses scheißsystems von west-berlin. dagegen geht es politisch - praktisch vorzugehen.
global denken,lokal handeln!

das gedächtnis der menschheit für erduldete leiden ist erstaunlich kurz.
ihre vorstellungsgabe für kommende leiden ist fast noch geringer.
diese abgestumpftheit ist es,die wir zu bekämpfen haben,
ihr äußerster grad ist der tod.
allzuviele kommen uns heute schon vor wie tote,
wie leute,die schon hinter sich haben,was sie vor sich haben,
sowenig tun sie dagegen.
laßt uns das tausendmal gesagte immer wieder sagen,
damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde!
laßt uns die warnungen erneuern und wenn sie schon wie asche in unserem mund sind!
denn der menschheit drohen kriege,
gegen welche die vergangenen wie armselige versuche sind,
und sie werden kommen ohne zweifel,wenn denen
die sie in aller öffentlichkeit vorbereiten,
nicht die hände zerschlagen werden !! von berthold brecht 1952

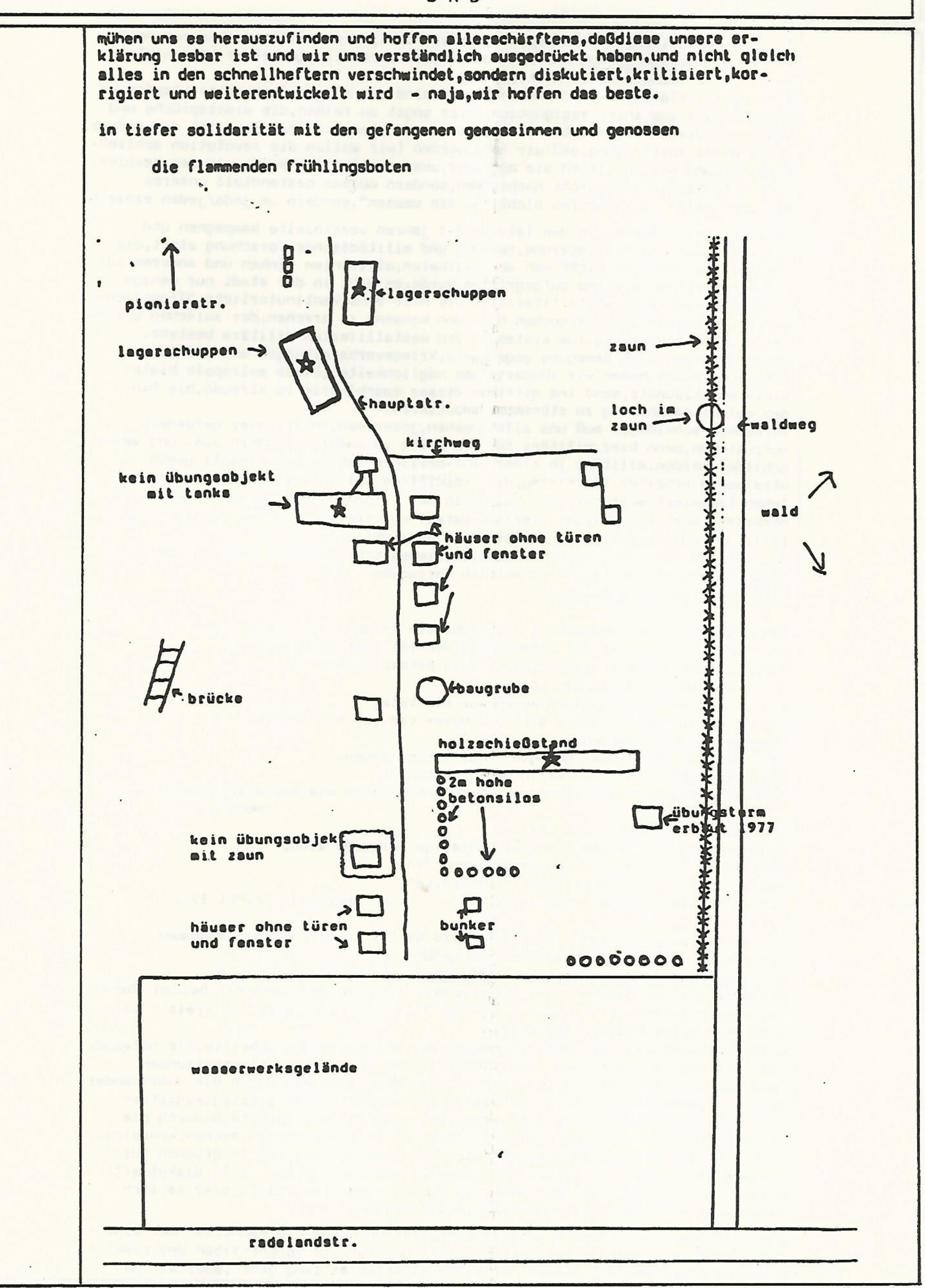
wir sind erst am anfang - der kampf wird härter - wir brauchen ausdauer
wir fordern euch auf genossinnen und genossen
kontinuierliche basisarbeit - kontinuierliche militante praxis
wenn wir uns von diesem staat,gegen unsere einsicht auf eine der beiden ebenen festnageln lassen,heißt das,wir stecken fest oder wir laufen im kreis - wir sind doch keine hamster im laufrad.
selbstbestimmt kann ja wohl nur heißen,wir bestimmen die schritte,die notwendigkeiten und zwar aufgrund gesellschaftlicher bedingungen,einschätzungen (und zwar nicht jede/jeder von sich aus)sondern zusammen durch die auseinandersetzung,diskussion:durch das entwerfen und verwerfen von strategieansätzen, durch das gegenseitige erklären,vermitteln eigener standpunkte,dadurch die verschiedenen vorstellungen diskutierbar und kritisierbar zu machen.konspiration darf die strategiediskussion nicht ersticken.nicht nur in gruppen für eingeweihte,sondern in eigenen zeitungen,plenen,radios usw. soll diskutiert werden,bis die köpfe rauchen.wenn wer was zu sagen hat,soll sie/er es auch sagen,oder sitzt wer auf ihren/seinen weisheiten!?

die verfolgung durch den staat,die konspiration notwendig macht,ist das eine, das andere,ist unsere verdammte verantwortung für das vorantreiben des revolutionären prozesses.wir wissen natürlich nicht,wo es lang geht ,aber wir be-

mühen uns es herauszufinden und hoffen allerschärftens,daßdiese unsere erklärung lesbar ist und wir uns verständlich ausgedrückt haben,und nicht gleich alles in den schnellheftern verschwindet,sondern diskutiert,kritisiert,korrigiert und weiterentwickelt wird - naja,wir hoffen das beste.

in tiefer solidarität mit den gefangenen genossinnen und genossen

die flammenden frühlingsboten



Stammheim und der Rest demokratischer Selbstachtung

Gespräch mit Rechtsanwalt Weidenhammer

7. April 1986 — AK 269

Wenn der ARBEITERKAMPF nun zum dritten Mal hintereinander das gleiche Thema behandelt, lassen sich selbstredend Überschneidungen nicht vollständig vermeiden. Trotzdem gibt es Neues zu berichten, ist ein Ansatz vorzustellen, der in der bürgerlichen und linksbürgerlichen Öffentlichkeit kaum einen Markt findet, weil er auf Effekthascherei verzichtet, obwohl der postmoderne Zeitgeist so dringend danach verlangt. Wir sprachen mit Rechtsanwalt Weidenhammer in Bad Vilbel bei Frankfurt, der zu den ganz wenigen gehört, die den Versuch bis heute nicht aufgegeben haben, die konkrete Wahrheit über die Todesnacht am 17./18.10.1977 in Stammheim herauszufinden. Der letzte Verteidiger (1975-77) von Jan Carl Raspe vertrat in dem Todesermittlungsverfahren, welches bekanntlich schon 1978 eingestellt wurde, zunächst die Mutter seines verstorbenen Mandanten, dann die Schwester Gudrun Ensslins und heute Frau Anneliese Baader. Das Ziel seines Mandats ist nicht mehr und nicht weniger, als „daß die Stuttgarter Staatsanwaltschaft aufgrund der eingetretenen Widersprüche, der unerklärlichen Sachverhalte, der skandalösen Ungereimtheiten das Todesermittlungsverfahren wieder aufnimmt und endlich von ihrer strafprozessualen Sachleitungsbefugnis Gebrauch macht."

Der Anwalt, der für das Gespräch ein Wochenende opfert, macht weder den Eindruck eines Hobby-Detektivs noch den eines Wichtigtuers noch den eines Agitators. Er spielt garantiert nicht Tennis, trifft sich garantiert nicht mit „Spiegel"-Redakteuren in Feinschmeckerlokalen und ist garantiert kein Stichwortgeber irgendeiner politischen Richtung. Da er inzwischen auch keine Unterweltbonzen vertritt, scheint er unter den ehemaligen RAF-Anwälten eine ziemliche Ausnahmeerscheinung zu sein. Weidenhammer sammelt Fakten, sortiert, vergleicht, speichert. Er schreibt Briefe, bekommt keine Antwort, mahnt die geforderte Stellungnahme an, hat nach acht Jahren nicht vergessen, wer ihm noch Auskunft zu welchem Detail schuldet.

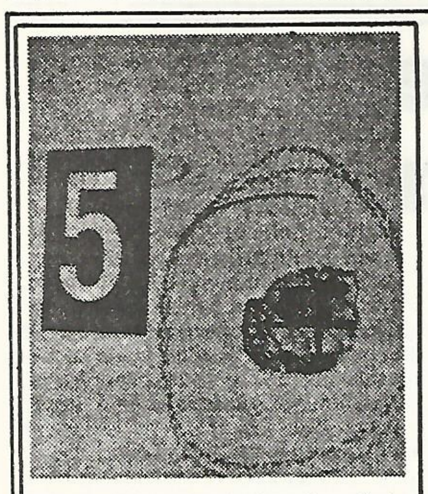
Jedes seiner Worte wird abgewogen, häufig unterbricht er sich, um einzelne Dinge nachzuschlagen, zu ergänzen, zu vervollständigen. Ein mühseliges Geschäft, bei dem ihm statt einer goldenen Bärenmarke stets das drohende Berufsverbot winkt. Aber was er zusammengetragen hat, verdichtet sich stellenweise zum erdrückenden Vorwurf staatlicher Vertuschung, auch wenn er selbst mit Wertungen des Gesamtgeschehens zurückhaltend ist. Weidenhammer ist der Meinung, daß die offizielle Version eines Selbstmords von Baader, Ensslin, Raspe sowie eines Selbstmordversuchs von Irmgard Möller, niedergelegt in der Verfügung der Staatsanwaltschaft Stuttgart zur Einstellung des Todesermittlungsverfahrens vom 18.4.78, damals glaubhafter gewesen sei als heute. Heute sei klar, daß keines der für die Selbstmord-Behauptung vorgebrachten „wesentlichen Beweismittel" einer kritischen Überprüfung standhalten könne. Hingegen deuteten sämtliche vorliegenden Indizien auf eine Tatbeteiligung Dritter hin. Für diese Einschätzung führt er die folgende, beeindruckende Liste von Argumenten an.

1. Der Schuß, der Baader tötete

Baader soll sich auf akrobatische Weise durch einen Genickschuß selbst getötet haben. Nach polizeilicher Darstellung habe er mit der rechten Hand gefeuert, wobei er die Waffe mit dem Griff nach unten gehalten haben soll. Die Gerichtsmediziner halten einen selbst angebrachten Nackenschuß jedoch nur für denkbar, wenn man die Waffe dabei umgekehrt hält, der Abzug also nach oben zeigt. Außerdem war Baader Linkshänder. Sogenannter Pulverschmauch wurde aber an seiner rechten Hand festgestellt, ebenso Blutspritzer. Es wurde nicht überprüft, ob die angebliche Tatwaffe, eine Pistole vom Typ „FEG", überhaupt Pulverschmauch in der Hand des Schützen hinterläßt. Es wurde nicht einmal die ganz gewöhnliche Routine-Überprüfung vorgenommen, durch ein ausführliches ballistisches Gutachten und Vergleichsschießen festzustellen, ob jene FEG tatsächlich die Tatwaffe war. Es fehlen somit auch die kriminaltechnischen Untersuchungsergebnisse, die die Voraussetzungen dafür sind, um sich ein Bild von dem Weg zu machen, den das tödliche Projektil genommen hat. Genauer gesagt: Sie fehlen in den Akten der Staatsanwaltschaft wie auch in den Unterlagen des damaligen Untersuchungsausschusses des baden-württembergischen Landtags. Allerdings gibt es ein BKA-Gutachten, wonach der Nackenschuß aus einer Entfernung von 30 bis 35 cm (Abstand zwischen der Mündung des Pistolenlaufs zur Einschußstelle) abgefeuert worden sei. Das kann jedenfalls nicht von Baader selbst bewerkstelligt worden sein.

2. Die Spur Nr. 6

Erst nach Einstellung der staatsanwaltlichen Ermittlungen ergab sich, daß der tatsächliche Verlauf des Schusses, der Baader tötete, nicht nur vollkommen unklar ist, sondern auch aufgrund behördlichen Verschuldens im Unklaren belassen wird. Während nämlich die offizielle Version davon ausgeht, die Kugel habe nach dem Austritt aus Baaders Schädel kaum mehr Geschwindigkeit besessen und sei einfach auf den Boden gefallen, hatten die Gerichtsmediziner Mallach und Andrè vor dem Landtagsausschuß erklärt, das Projektil des tödlichen Schusses habe an der dem Leichnam gegenüberliegenden Zellenwand „im Wandputz eine kleine Aufschlagstelle mit einem Abpraller" verursacht. An dieser Aufschlagstelle in der Wand seien auch Blut- und Gewebereste zu sehen gewesen. Eine Probe aus dem Wandputz („Spur Nr. 6" genannt), die auf Gewebereste hin untersucht werden sollte, ging angeblich während des Transports zur Analyse „verloren". Auf eine Anfrage der baden-württembergischen Grünen erklärte die Landesregierung den außerordentlichen Vorgang zu einer „bedauerlichen Panne"; gleichwohl sei jene Spur „für das Ermittlungsergebnis nicht relevant" — eine Wertung, die erstens der Kripo selbst widerspricht, die das Beweisstück als „tatspezifisch" einstufte und die zweitens höchstens gefällt werden könnte, wenn die Untersuchung stattgefunden und nichts ergeben hätte. Eine abenteuerliche These steuerte der baden-württembergische Justizminister Dr. Eyrich bei:



Einschußstelle in Baaders Zelle, an der Blut und Gewebereste beobachtet wurden

„Unter den gegebenen Umständen kann jedenfalls auch nicht ausgeschlossen werden, daß das als Spur Nr. 6 gesicherte ‚Gewebeteil oder Blut' durch Wegspritzen bei der tödlichen Schußverletzung an der Wand angetragen worden ist." (Schreiben vom 19.10.83 an den Präsidenten des Landtags)

Aber auch diese These bestätigt erneut, daß sich in der Tat Gewebereste an dem „verlorenen" Beweismittel befanden. Ferner existiert ein Lichtbild Nr. 61 aus Baaders Zelle, das jenen Teil der Wand zeigt, wo die Gerichtsmediziner ihre Beobachtung gemacht haben. Weidenhammer fordert, dieses Lichtbild, auf dem nach Darstellung der Behörden nichts Beweiserhebliches zu erkennen sein soll, einem durch das Landesparlament zu beauftragenden, neutralen Sachverständigen zur Begutachtung vorzulegen. Das Justizministerium gesteht jedoch lediglich ihm persönlich die Besichtigung in den Räumen der Staatsanwaltschaft zu. Der Anwalt nennt dies „eine Vereitelung der Nachprüfung von Beweismitteln" und erachtet es als beispielhaft für die negative Kooperationsbereitschaft der Stuttgarter Justiz.

3. Der Plattenspieler

Der Todesermittlungsbericht der Staatsanwaltschaft enthält als eines der berühmtesten „Wunder" von Stammheim die Behauptung, Andreas Baader habe die Waffe, mit der er sich erschossen haben soll, innerhalb der Zelle in seinem Plattenspieler versteckt. Diese Version widerspricht früheren Darstellungen der Landesregierung. So äußerte seinerzeit Prof. Engler vom Justizministerium in einer schriftlichen Stellungnahme (vom 10.1.78) an den Untersuchungsausschuß des Landtags u.a.:

„Nach dem inzwischen vorliegenden Bericht der Vollzugsanstalt wurde der Plattenspieler des Gefangenen Baader zusammen mit einem Rundfunkgerät und einem Fernsehgerät am 5.9.1977 (Entführung Schleyers; Anm. AK) durch Amtsinspektor Hauk aus der Zelle des Gefangenen in die Zelle 712 (Besucherzelle) verbracht. Dort wurden die genannten Geräte von Beamten des Landeskriminalamtes durchsucht und überprüft. Welche Untersuchungen im Einzelnen vorgenommen worden sind, ist der Leitung der Vollzugsanstalt nicht bekannt geworden. Bis zur Wiederaushändigung des Plattenspielers an den Gefangenen Baader verblieb das Gerät in der verschlossenen Zelle 712. Zu dieser Zelle hatten nur Bedienstete der Vollzugsanstalt, nicht aber der Gefangene Zutritt. Nach den Feststellungen der Anstaltsleitung sind in der fraglichen Zeit außer Amtsinspektor Hauk und Hauptsekretär Miesterfeldt keine weiteren Bediensteten mit den genannten Geräten in Berührung gekommen..." (Bei einer am 7.9.1977 erfolgten Rückgabe des Plattenspielers blieb dann die am 6.9.1977 ergangene Disziplinarverfügung des Vorsitzenden des Strafsenats, die den Angeklagten Baader, Ensslin und Raspe auf die Dauer von drei Wochen den Einzelhör- und Fernsehfunk untersagte und für diese Zeit u.a. auch die Wegnahme der Plattenspieler anordnete, zunächst offenbar unberücksichtigt.) „Im Hinblick auf diese Verfügung entfernte Hauptsekretär Miesterfeldt am 11.9.1977 den Plattenspieler wieder aus der Zelle des Gefangenen Baader und verbrachte das Gerät erneut in die Zelle 712. Nachdem wegen der bestehenden Kontaktsperre die Disziplinarverfügung vom 6.9.1977 bzgl. der Wegnahme des Plattenspielers durch Verfügung des Vorsitzenden des Strafsenats vom 21.9.1977 ausgesetzt worden war, gab Amtsinspektor Bubeck den Plattenspieler am 22.9.1977 dem Gefangenen Baader in dessen Zelle zurück. Nach den Feststellungen der Anstaltsleitung sind in der Zeit vom 11. bis 21.9.1977 keine anderen Bediensteten als Amtsinspektor Bubeck und Hauptsekretär Miesterfeldt mit dem in der verschlossenen Zelle 712 lagernden Plattenspieler in Berührung gekommen."

Ein derart hin- und herwanderndes und kontrolliertes Gerät konnte unbemerkt weder eine Waffe noch ein Waffenversteck enthalten. Infolgedessen, so der Bad Vilbeler Anwalt, *„ist die Legende vom Plattenspieler-Versteck in sich zusammengebrochen"*. Weidenhammer betont die Tatsache, daß dieses Schreiben zwar als Anlage im Verzeichnis der Untersuchungsausschuß-Akten aufgeführt wird, selbst jedoch weder dort noch in den Akten des Todesermittlungsverfahrens tatsächlich vorliegt. Dazu erklärt der heutige Staatssekretär im Stuttgarter Justizministerium, Dr. Volz, solche Gegensätze träten nun mal in den meisten Verfahren auf. Für ihn ist nicht erfindlich, weshalb die Staatsanwaltschaft den Brief in ihre Ermittlungsakten aufnehmen solle. Es sei unerheblich, wann genau sich die Pistole tatsächlich im Plattenspieler des Gefangenen befand. Kurzum: Er geht der Beantwortung der Frage aus dem Weg.

4. Die Waffe, die bei Raspe gefunden wurde

..., hat nach Aussage der Beamten, die ihn am Morgen des 18.10.1977 als erste sahen, *in* seiner Hand gelegen, was nach jedem gerichtsmedizinischen Lehrbuch ein Anzeichen für Fremdtötung oder Mord ist. Nur wenn die Pistole deutlich *neben* Raspes Hand gelegen hätte, könnte daraus auf Selbstmord geschlossen werden, weil die beim Rückstoß freiwerdenden Kräfte die Waffe beiseite schleudern.

5. Die Verletzungen Gudrun Ensslins

..., die *nicht* ursächlich auf eine Strangulierung zurückzuführen sind — Spuren möglicher Gewalteinwirkung, welche auf dem Rücken, am rechten Mundwinkel, an der Kopfhaut, an der Nase, an der linken Leiste zu sehen waren — wurden nicht untersucht. Der sog. „Histamintest", der erlaubt hätte, festzustellen, ob eine Strangmarke vital oder postmortal entstanden ist, wurde zwar vorbereitet, dann aber doch nicht durchgeführt, wie schon bei Ulrike Meinhof. Weder wurden Spuren an dem Stuhl, den sie angeblich benutzt haben soll, überprüft, noch gibt es eine Erklärung für die Aussage des Spurenauswertungsberichts:

„Beim Versuch, die Leiche aus ihrer ursprünglichen Lage abzuhängen, rissen die Kabel an der Stelle, an der sie durch das Wellengitter des Zellenfensters geschlungen waren."

Sie hätten dann eigentlich schon während des Todeskampfes reißen müssen.

6. Toxikologische Untersuchungen

... wurden zwar vorgenommen und ergaben einen negativen Befund. Es wurde aber nicht gezielt auf bestimmte Gifte gerichtet analysiert — komplizierte organische Stoffe, die man im Rahmen allgemeiner Tests gar nicht nachweisen kann. Die vorgelegten Ergebnisse sind daher keineswegs geeignet, eine Betäubung oder Vergiftung auszuschließen.

7. Der Todeszeitpunkt

..., dessen genaue Ermittlung beim heutigen Stand medizinischen Wissens und medizinischer Technik keine besondere Kunst erfordert, wurde zeitweise in den Rang eines Staatsgeheimnisses erhoben. Weidenhammer verweist hierzu auf ein interessantes Telefoninterview mit dem Gerichtsmediziner Prof. Mallach, welches am 26.10.1977 geführt und am 4.11. im „Berliner Extradienst" veröffentlicht

wurde (damals war noch keine Todeszeit bekanntgegeben worden). Der Mediziner beruft sich in diesem Gespräch mehrfach und ausdrücklich darauf, *„bisher noch nicht gefragt"* worden zu sein bzw. *„bis jetzt noch nicht den Auftrag bekommen"* zu haben, dazu Stellung zu nehmen. Mallach wörtlich: *„Man findet manches überraschend, nicht wahr?"* Der Todeszeitpunkt ist für das angebliche Motiv des angeblichen Selbstmords — Verzweiflung über die gescheiterte Flugzeugentführung — bedeutsam. Um dieses Motiv aufrechtzuerhalten, *darf* er nicht vor 1 Uhr nachts liegen, dem frühesten Zeitpunkt, zu dem die Gefangenen, eine funktionierende Kommunikation nach außen und untereinander vorausgesetzt, von Mogadishu hätten erfahren können.

8. Der Sand an Baaders Schuhen

... bleibt nach wie vor mysteriös. Angeblich sollen Vergleichsproben vom Dach des Anstaltsgebäudes ergeben haben, daß dieser Sand vom Freigang der Gefangenen herrührt. Zu der Untersuchung heißt es jedoch:

„Bei der Bewertung der Ergebnisse war zu berücksichtigen, daß zwischen der Sicherstellung der Schuhe und der Sicherung des Vergleichsmaterials etwa drei Monate verstrichen, und daß — laut Spurensicherungsbericht der Landespolizeidirektion Stuttgart II — in dieser Zeitspanne mehrere hundert Personen den Bereich betreten haben, dem die Vergleichsproben entnommen wurden."

Unter solchen Voraussetzungen bezeichnet Weidenhammer die Vergleichsuntersuchung als Farce.

9. Die Fernsehüberwachung im siebten Stock

Moderne Überwachungstechniken könnten mitunter dazu verleiten, einen neuen Begriff des menschlich-technischen Versagens zu prägen. So ist ihr gelegentliches Versagen technischer Natur, findet aber häufig — und das ist sozusagen ein sehr menschlicher Zug dieser Technik — prompt statt, wenn man sie, je nach Standpunkt, dringend gebraucht hätte oder wenn man sie gerade mal dringend nicht brauchen konnte. Auch in dieser Hinsicht hat Stammheim Maßstäbe gesetzt. Die Telematanlage im Flur des siebten Stocks fiel ausgerechnet in der Todesnacht aus. Eine Erklärung könnte das plötzliche Versagen in Reparaturarbeiten der Firma Siemens finden.

Diese wurden freilich nicht, wie man naiverweise annehmen könnte, *nach* dem Auftreten des Defekts durchgeführt, um jenen herauszufinden oder zu beheben, sondern *vorher*, also während der Zeit der Kontaktsperre, sodaß ein kritischer und technisch bewanderter Mensch mit einiger Berechtigung

E 10. Okt. 1977

Beschwerde
gegen die verfügung schreitmüllers,die nach dem einkauf – denn wir können während der totalisolation weder verwandte noch anwälte ~~xxxxx~~ darüber informieren,dass unsere konten bei der anstalt leer sind – auch noch den zusatzeinkauf von obst,den der haftrichter angeordnet hat, verbietet.

die behauptung unser gesundheitszustand hätte sich so gebessert, dass obst nicht ' mehr erforderlich ' ist,ist falsch .nach den feststellungen der ärzte dr. müller,schröder und rasch und wahrscheinlich des anstaltsarzt henke,soweit er zu feststellungen in der lage ist hat sich der zustand zwischen der ersten untersuchung – nach der der zusatzeinkauf genehmigt wurde – und der zweiten rasch b.z.w. der letzten von müll r und schröder vor kurzem,verschlechtert,weil die haftbedinugnen kaum gelockert worden sind.wie man weiss, sind sie inzwischen – im 6 jahr der ~~xxx~~ untersuchungshaft extrem verschärft worden,tatsächlich sind sie unmenschlicher als am ersten tag!

1. wir sind total von jeder sozialen interaktion – auch mit rechtsanwälten – abgeschnitten.
2. die anstalt hat eine konstruktion ersonnen,die von 16 uhr bis 7 3o die zellen auch schallisoliert.
3. wir haben weder radios,noch zeitungen oder zeitschriften und wir können keine bücher mehr bestellen – auch nicht in der anstalts – bibbliothek.
4. der einkauf ist praktisch gestrichen.
5. die bewegung im freien ist von 13o minuten auf 3o minuten reduziert worden.

demgegenüber von gleichbehandlung zu sprechen,entspricht dem sadismus der massnahmen selbst.

Baader

Oberlandesgericht Stuttgart
Eing. 10. Okt. 1977

zusatz zu der beschwerde vom 7.1o.

aus dem zusammenahng aller massnahmen seit 6 wochen und ein paar bemerkungen der beamten,lässt sich der schluss ziehen,dass die administration oder der staatsschutz, der – wie ein beamter sagt-jetzt permanent im 7 stock ist – die hoffnung haben, hier einen oder mehrere selbstmorde zu provozieren, sie jeden – falls plausibel erscheinen zu lassen.
ich stelle dazu fest: keiner von uns – das war in den den paar worten ~~xxxxx~~ die wir vor zwei wochen an der tür wechseln konnten und der diskussion seit jahren klar – hat die absicht,sich um – zubringen.sollten wir – wieder ein beamter – hier ' tot aufgefunden werden ' sind wir in der guten tradition justizieller und politischer massnahmen dieses verfahrens getötet worden.

Andreas Baader

7.10.

Fast vergessen: Brief Andreas Baaders vom 7.10.1977

fragt, ob sie ihn vielleicht verursacht haben. Bisheriger Stand der Nachforschungen: Weder der Reparaturauftrag an Siemens noch die von der Firma ausgestellte Rechnung finden sich in den Akten, weder die Identität der Siemensmitarbeiter, noch der genaue Zeitpunkt der Reparatur noch die dafür benötigte Arbeitszeit und auch nicht die Art der vorgenommenen Arbeiten sind bekannt. Auf eine Anfrage der baden-württembergischen Grünen im Landtag ließ das Justizministerium antworten:

„Ob bei den Ermittlungen der Reparaturauftrag der Vollzugsanstalt und die Kostenrechnung der Firma Siemens vorlagen, sei dem Justizministerium nicht bekannt. Unterlagen über die bis zum 18.10.1977 vorgenommenen Revisionen der Anlage befanden sich jedoch bei der Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses in der Hand des zuständigen Firmenvertreters. Ob der Zeuge entsprechend seiner Zusage diese Unterlagen nach Vervollständigung dem Ausschuß übersandt hat, sei dem Justizministerium ebenfalls unbekannt."

Offensichtlich fehlt den Behörden

selbst ein minimales Interesse an der Aufklärung solcher Vorgänge, beispielsweise auch daran daß nach Siemens-Gebrauchsanweisung für die Anlage ein (kunstfertiges!) Abschalten möglich ist. *„Soll in gewissen Anwendungsfällen in bestimmten Teilbereichen des Fernsehbilds kein Alarm ausgelöst werden, so kann in diesen die Bildauswertung gezielt unterdrückt werden."*

10. Was nahm der Außenposten wahr?

Man weiß es nicht, denn die betreffenden Beamten werden entweder nicht vernommen oder ihre Aussagen tauchen in den Akten nicht auf. Der in der Todesnacht diensthabende Justizhauptsekretär Horst Gellert hatte bei seiner Vernehmung angegeben,

„daß der Außenposten mir zwischen zwei Uhr und drei Uhr meldete, daß außerhalb des Anstaltsbereichs Leute wahrzunehmen gewesen seien, die laut gesprochen hätten. Ich verständigte deshalb die Sonderwache Stammheim der Polizei, die mich später zurückrief und mir sagte, es hätte sich um junge Leute gehandelt, die überprüft worden wären. Es sei alles in Ordnung."

Dies nahmen die Grünen fünf Jahre später zum Anlaß, über ihren MdL Heimann anzufragen, ob der genannte Außenposten befragt worden und was ggf. dabei herausgekommen sei. Im ständigen Ausschuß des Landtags antwortete der Staatssekretär im Justizministerium, Volz, am 20.1.84:

„Von einer förmlichen Vernehmung der beiden Außendienstbeamten, die namentlich feststehen, hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart abgesehen. Aufgrund einer informatorischen Befragung steht fest, daß beide Beamten in der Nacht vom 17. auf den 18.10.1977 keine Wahrnehmungen gemacht haben, die für das Ermittlungsergebnis von Bedeutung sein könnten. Für das Justizministerium besteht daher kein Grund, die Sachverhandlung der Staatsanwaltschaft im Wege der Dienstaufsicht zu beanstanden."

Diese Auskunft war von Heimann und den anderen Ausschußmitgliedern so verstanden worden, wie es die zweideutige Formulierung wohl beabsichtigte: Daß die Frage einer Vernehmung des Außenpostens nämlich bereits 1977/78 „informatorisch" abgeklärt worden sei, was zwar rechtlich unzulässig ist (bei Beamten ist eine Zeugenvernehmung als *förmliche* Vernehmung gesetzlich zwingend vorgeschrieben), aber im Rahmen dieses Gesamtverfahrens gewissermaßen als „normaler" Verstoß angesehen werden könnte.

Weidenhammer jedoch, der in dieser Angelegenheit bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft um weitere Informationen nachsuchte, bekam von dort am 30.1.86 zur Antwort:

„Wie sich aus der in Ihrem Schreiben zitierten Aussage des Zeugen Justizhauptsekretär Horst Gellert ergibt, hat dieser von der ihm zugegangenen Meldung des Außenpostens die Sonderwache Stammheim der Polizei unterrichtet, die ihm nach Überprüfung später mitgeteilt hat, es sei alles in Ordnung. Bei dieser Sachlage ist in dem Ermittlungsverfahren davon abgesehen worden, die beiden Außendienstbeamten zu vernehmen. Bei dem in Ihrem Schreiben erwähnten dritten Beamten handelt es sich um Bernd Hälsig, der in der Nacht vom 17. auf den 18.10.1977 seinen Dienst im Zellenbau 2 verrichtete. Das Protokoll seiner Vernehmung befindet sich im Ordner 3 auf den Seiten 172 bis 177. Die beiden Außendienstbeamten, es handelt sich um Franz Neugebauer und Rudi Stapf, habe ich am 25.7.1983 telefonisch informatorisch gehört, weil ich einen Bericht zu entwerfen hatte, den das Justizministerium Baden-Württemberg zur Vorbereitung der Beantwortung einer im Landtag Baden-Württemberg eingebrachten kleinen Anfrage angefordert hatte. Über die informatorische Anhörung habe ich am 25.7.83 einen Aktenvermerk gefertigt, in dem hierzu Folgendes festgehalten ist: ‚Hinsichtlich der beiden Außenposten Neugebauer und Stapf befinden sich keine Vernehmungsprotokolle bei den Akten. Die beiden Beamten haben mir heute beide auf telefonische Anfrage bestätigt, sie seien nicht vernommen worden.' Und informatorisch haben mir diese beiden Beamten mitgeteilt, sie hätten in der Nacht vom 17. auf den 18.10.1977 keinerlei verdächtige Wahrnehmung gemacht ... Es hat deshalb nach wie vor keinerlei Anlaß bestanden, die beiden Beamten förmlich zu vernehmen."

Nach Weidenhammer ein doppelter Skandal: Unterlassung einer gesetzlich vorgeschriebenen förmlichen Vernehmung und Übertölpelung des Landtagsausschusses sechs Jahre später, indem man eine informatorische Befragung während des Todesermittlungsverfahrens vorspiegelte, die tatsächlich erst in Beantwortung der grünen Anfrage durchgeführt worden war.

Unklar bleibt, was mit der Ortsangabe „außerhalb des Anstalts*bereichs*" gemeint war: Außerhalb des Gesamt*geländes* der Stammheimer Anlage oder nur außerhalb des gesonderten Sicherheits*bereichs*, der zusätzlich um das Gefängnisgebäude gezogen und von einer eigenen Mauer umgeben ist (dementsprechend muß man, um die Vollzugsanstalt zu betreten, zwei Kontrollen passieren). Unklar bleibt ebenfalls, ob, wann und wo der dritte erwähnte Beamte, Hälsig, in jener Nacht wirklich Dienst versah. Aus dessen Vernehmungsniederschrift ergibt sich nämlich, daß er nicht zum Stammpersonal der Hochsicherheitsabteilung gehörte, dort nur arbeitete, wenn jemand ausgefallen war, und in der Todesnacht überhaupt keinen Dienst versehen hat. In diesem Verfahren ist eben praktisch alles unklar, außer daß die Toten wirklich einmal gelebt haben.

Und an jenem Gefängnis, das sie auf dem Gewissen hat, kann man auch heute noch krepieren. Das gibt es noch, tatsächlich.

11. Wie kamen die Waffen in den siebten Stock?

Nach wie vor das größte Stammheimer „Wunder" bleibt, wie es der RAF möglich gewesen sein soll, Waffen, Munition und Sprengstoff in den bestgesicherten Knast der BRD einzuschmuggeln, wo sich doch gerade dieses Land in Sachen „Sicherheit" von niemandem etwas vormachen läßt. Und doch ist diese Behauptung neben den Gutachten der Gerichtsmediziner die zweite entscheidende Säule, auf der die Selbstmord-Version ruht. Da eine Vorstellung von den Stammheimer Durchsuchungsmaßnahmen selbst in der linken Öffentlichkeit heute nicht mehr als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann, weist Weidenhammer nocheinmal daraufhin, daß die verwendeten Metallsonden selbst bei Stecknadelknöpfen im Hemdkragen oder Pfennigstücken in der Hosentasche Zeichen gaben, und daß beispielsweise auch die Aktenordner der Anwälte (mit umgedrehtem Schriftbild) durchgeblättert wurden. *„Beim Betreten des Hochsicherheitstrakts wurde jeder kontrolliert. Es ist mir unvorstellbar, wie jemand an diesen Kontrollen vorbei Waffen oder Waffenteile geschmuggelt haben soll."*

Die Wunder-Version stützt sich auf die wenig glaubwürdige Aussage des Kronzeugen Speitel, der die Anwälte Müller und Newerla vom Büro Croissant beschuldigte, sowie auf die Behauptung der Kriminalpolizei, die im siebten Stock aufgefundenen Waffen seien „RAF-Waffen" gewesen. So soll die Pistole, die in der Hand des sterbenden Raspe lag, eine „HK (Heckler & Koch) 4", ursprünglich teils von Christian Klar, teils von einem unbekannten Mitglied der „Haag-Mayer-Bande" gekauft worden sein. Ein später in einer unbelegten Zelle entdeckter „Colt Detective Special" (also keine Tatwaffe) sei von dem RAF-Mitglied Clemens Wagner beschafft worden. Daraus schloß der Landtagsuntersuchungsausschuß 1978,

„daß auch die neben Baader aufgefundene Pistole von Terroristen beschafft wurde, liegt daher nahe."

Weidenhammer hält dagegen, daß dieser Schluß alles andere als zwingend sei: *„Denn selbst wenn bewiesen wäre, daß Klar, Wagner und jener unbekannte Dritte allesamt einer terroristischen Gruppe angehörten und daß sie jene Waffenkäufe auch getätigt hätten, dann wäre noch nicht bewiesen, daß sie die Waffen erstens für die Gefangenen des siebten Stocks beschafft haben, daß sie es zweitens fertigbrachten, die Waffen den Gefangenen zukommen zu lassen und daß zwei dieser Waffen drittens den Gefangenen als Selbstmord-Instrumente gedient haben. Wenn es in der Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft demnach heißt:*

‚Die von Baader und Raspe zur Selbsttö-

tung benutzten Pistolen standen demnach in der Verfügungsgewalt der terroristischen Gefangenen, also nicht dritter Personen'

— so wird aus der nicht erwiesenen Tatsache des Waffenerwerbs und der nicht erwiesenen Tatsache der Waffenverstecke geschlossen, daß nur die beiden Toten Zugang zu den Waffen hatten und sich damit selbst töteten. Dabei hatten die Gefangenen weder Einfluß darauf, in welche Zellen sie verlegt wurden, noch wann das geschah, noch wie lange sie ihre Plattenspieler behielten, von denen ja einer als Waffenversteck gedient haben soll. Somit standen die beiden Tatwaffen selbst dann, wenn sie im siebten Stock vor dem 17.10.1977 vorhanden gewesen sein sollten, den beiden Gefangenen nur zur Verfügung, wenn sie durch die Anstaltsleitung oder sonstige Staatsdiener dazu in die Lage versetzt worden wären."

Bei einer solchen Argumentationskette, in der jeweils eine unwahrscheinliche Hypothese von einer noch unwahrscheinlicheren abgelöst wird, muß man fragen, ob nicht schon das erste Glied falsch ist. Da die HK4, über die Raspe angeblich verfügte, einen auswechselbaren Lauf hatte, ist die Frage nach ihrer Herkunft zweimal zu stellen. Einerseits war die Waffennummer bei der Auffindung überschlagen bzw. spanabhebend entfernt. Genauer geschahen die Arbeiten, um die Nummer unkenntlich zu machen, an zwei Stellen. An diesen beiden Stellen ist heute das Metall der Waffe wegen einer weiteren Bearbeitung durch das BKA entfernt und verätzt. Daher ist es endgültig unmöglich, die Fabrikationsnummer nach Art und Größe zu identifizieren. Die Behauptung, die Tatwaffe sei mit einer von Christian Klar gekauften Waffe identisch, kann sich daher nicht auf eine Identität der Waffennummern stützen.

Auch die Behauptung des Zeugen Speitel, die angebliche Klar-Waffe durch Überschlagen präpariert zu haben, um sie dann einschmuggeln zu lassen, läßt sich nicht aufrechterhalten. Alle sichergestellten Zahlen und Zahlenfragmente der Waffe sind von Weidenhammer mit Lupen sorgfältig untersucht und mit den bei Speitel gefundenen Spezialwerkzeugen zum Anbringen neuer Markierungen verglichen worden. In keinem Fall stimmten die Abmessungen der Prägungen einerseits und des Prägewerkzeugs von Speitel andererseits überein.

Ähnlich verhält es sich mit dem Austauschlauf der Waffe. Die Behauptung eines Ankaufs durch ein angebliches Mitglied der „Haag-Mayer-Bande" scheitert an diametral widersprüchlichen Zeugenaussagen der vernommenen Waffenverkäufer. Auch an der bei Baader aufgefundenen FEG ist durch chemische Behandlung Materialsubstanz der Waffe mit der Firmenkennzeichnung entfernt. Verätzungen an den entsprechenden Stellen konnten festgestellt werden. *„Summa summarum: Die Herkunft, ganz zu schweigen von dem Weg der Waffen in die Anstalt ist unaufgeklärt."* (Weidenhammer)

12. Die Wanzen

Auf Anfrage grüner Abgeordneter beteuerte Justiz-Staatssekretär Volz, es stünde fest, daß sich in der Nacht vom 17. auf den 18.10.77 weder Fachleute der Firma Siemens, noch Angehörige des BND oder des BKA in der Vollzugsanstalt aufgehalten hätten. Zu dieser Versicherung hat er allen Grund: Denn daß es Geheimdienstaktivitäten im siebten Stock gegeben hat, steht jedenfalls definitiv fest. Nicht erst Stefan Aust hat, wie es vielleicht manchem Filmbesucher scheinen mag, auf die Abhörmaßnahmen gegen die Gefangenen und ihre Verteidiger aufmerksam gemacht — dies war vielmehr bereits im Frühjahr 1977 ein handfester Skandal. Am 17.3.1977 gab der damalige baden-württembergische Justizminister Bender die Lauschoperationen „in zwei Fällen rechtfertigenden Notstands" bekannt. Daraufhin erklärten die Verteidiger der Angeklagten auf einer Pressekonferenz in Stuttgart am 27.4.77, im Prozeß würden die Grundrechte jeder Verteidigung verletzt und rechtsstaatliche Maßstäbe seien nicht mehr gewährleistet (Weidenhammer wurde wegen seiner Äußerungen auf dieser Pressekonferenz mit einem Ehrengerichtsverfahren bedacht, das aber ergebnislos verlief). Gegen Bender und seinen Innenminister-Kollegen Schieß wurde Anzeige erstattet, die der Generalstaatsanwalt des Landes, Schüle, im November 1977 zurückwies.

Die Lauschoperationen fanden im April/Mai 1975 (10 Tage) und Dezember 76/Januar 77 (12 Tage) statt, ohne daß der Staatsschutz daraus die erwarteten „Hinweise auf geplante schwere Straftaten" gewinnen konnte. Über die Installation der verborgenen Mikrofone zitierte die „Frankfurter Rundschau" am 19.3.77 einen Sprecher des Bundesinnenministeriums: *„Zwei technische Mitarbeiter des BfV (Bundesamt für Verfassungsschutz) seien in der Stammheimer Haftanstalt vom 1. bis 3. März 1975 (zum Zeitpunkt der Lorenzentführung) und am 1. Mai (kurz nach dem Überfall auf die Botschaft in Stockholm) bei Lauschaktionen tätig geworden. Offenbar hätten die Maßnahmen damals zu keinen Erkenntnissen geführt, denn kurz darauf habe das Landeskriminalamt von Baden-Württemberg in der gleichen Sache um technische Hilfe beim BND nachgesucht ... Ob bzw. wann die ‚Lauschmittel' aus der Stammheimer Haftanstalt wieder beseitigt wurden, war der Bundesregierung am Freitag unbekannt."*

Nachdem die geheimdienstliche Überwachung in Stammheim in zwei Fällen definitiv feststand, wandte sich Weidenhammer mit Schreiben vom 2.12.77 an den Untersuchungsausschuß des Landtags mit der Bitte, zu prüfen, ob während der Schleyer-Entführung ebenfalls Abhörmaßnahmen gegen die Gefangenen durchgeführt worden sind. Nach regierungsamtlicher Logik, zumal legitimiert durch die Niederschlagung der Anzeige gegen Bender und Schieß, hätten „bei dieser Gefahrenlage" unbedingt wieder Lauschaktionen angeordnet werden müssen. Jedenfalls hatte der damalige Ministerpräsident Filbinger für die baden-württembergische Landesregierung unmißverständlich erklärt, *„in vergleichbaren Situationen werde sie erneut so handeln."* („Allgemeine Zeitung Mainz", 25.3.77) Auf eine Antwort wartet der Rechtsanwalt bis heute. Doch in diesem Fall ist keine Antwort auch eine Antwort.

Zum Stand des Ringens zwischen Aufklärung und Vertuschung bilanziert Weidenhammer, es wäre *„unwahr, wenn ich behaupten würde, wir sähen Licht am Ende des Tunnels."* Trotzdem ist er nicht pessimistisch. Das Erscheinen grüner Abgeordneter auf der Landtagsbühne habe dazu beigetragen, die Sache nicht auf sich beruhen zu lassen. Für Parlamentarier (aber nicht nur für sie) sei es auch eine Frage demokratischer Selbstachtung, ob sie sich ihr Recht und ihre Pflicht, die Exekutive zu kontrollieren, entreißen lassen. Weiter baut er auf die Kritik des bundesrepublikanischen Geschehens in der Weltöffentlichkeit. Und irgendwann würden die Bürger, die sich schon heute manches nicht mehr bieten ließen, auch für die Frage sensibilisiert werden, ob man es dulden könne, daß die politischen Gewalten mit Gefangenen so umgehen, wie sie es tun.

Anklage gegen Ingrid Barabaß und Mareile Schmegner erhoben

Presseerklärung

AK 7-4-86

Als Verteidiger der Gefangenen aus dem antiimperialistischen Widerstand Ingrid Barabaß und Mareile Schmegner teilen wir folgendes mit:

Wie aus der Presse bereits bekannt ist, liegt nunmehr die Anklageschrift gegen Mareile Schmegner und Ingrid Barabaß vor.

Hierzu ist folgendes anzumerken:

Beiden wird in der Anklageschrift der Bundesanwaltschaft der Vorwurf gemacht, fortlaufend Mitglieder der RAF zu sein, das heißt einschließlich ihrer Zeit der Inhaftierung. Von Ingrid Barabaß wird behauptet, seit dem 30. Juni 1982 Mitglied der RAF zu sein.

Entscheidend bei diesem Vorwurf ist, daß Ingrid Barabaß zum damaligen Zeitpunkt, genauer gesagt von Mai 1980 bis Mai 1984 ununterbrochen inhaftiert war. So wird ihr von der Bundesanwaltschaft auch vorgeworfen, spätestens seit dem Tag ihrer Inhaftierung am 5. Mai 1980 Mitglied der RAF geworden zu sein. Die Tatsache, daß Anklage wegen der Mitgliedschaft in der RAF erst ab 30. Juni 1982 erhoben worden ist, wird von der Bundesanwaltschaft damit begründet, daß Ingrid Barabaß am 29. Juni 1982 vom Oberlandesgericht Frankfurt wegen Mitgliedschaft in der Bewegung 2. Juni verurteilt wurde und daher bis zu diesem Zeitpunkt Strafklageverbrauch eingetreten sei.

Als mitgliedschaftliche Betätigung von Ingrid Barabaß in der RAF, also als Tathandlung, wird von der Bundesanwaltschaft die Beteiligung von Ingrid Barabaß am Hungerstreik 1981 gewertet, den angeblich „die RAF geplant und vorbereitet hätte" (so die Anklageschrift). Die Mitgliedschaft von Ingrid Barabaß in der RAF wird weiter damit begründet, daß sie in Briefen und bei Besuchen sich an der „Diskussion über die Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand" beteiligt hat, sowie daß sie wiederholt Anträge gestellt hat, mit Gefangenen aus der RAF zusammengelegt zu werden. In diesem Zusammenhang werden als Beweismittel alle Anträge, die die Rechtsanwälte von Ingrid Barabaß seinerzeit auf Zusammenlegung gestellt haben, angeführt, sowie die Presseerklärung der Angehörigen vom 26. Juni 1982, die von der Mutter von Ingrid Barabaß unterzeichnet war.

Mit der jetzt vorliegenden Anklageschrift wird die Konstruktion aufgebaut, daß es möglich sein soll, sich an eine bewaffnet kämpfende Organisation im Knast anzuschließen und dadurch Mitglied in der RAF zu werden. Dadurch wird mit dieser Anklageschrift jede Lebensäußerung von Gefangenen, deren Kern die politische Identität ist, die sich natürlich vom ersten Tag an und in allem ausdrückt, kriminalisiert.

So werden viele Briefe unserer Mandantinnen mit der Begründung der „mitgliedschaftlichen Betätigung aus der Haft" beschlagnahmt. Dadurch wird allein die Existenz der Gefangenen zum Delikt. Im Klartext bedeutet dies: wer an seiner politischen Identität festhält, also nicht abschwört oder kollaboriert, soll allein aufgrund dieser Tatsache immer wieder verhaftet und verurteilt werden können, da er ja automatisch und fortlaufend „Mitglied der RAF" ist/bleibt. Dies bedeutet letztlich lebenslängliche Inhaftierung.

Darüberhinaus bedeutet diese Anklageerhebung, daß die Bundesanwaltschaft, nachdem es ihr nicht gelungen ist, im Prozeß gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar, die sogenannte „Zellensteuerung" von bewaffneten Aktionen aufrecht zu erhalten, versucht, das gleiche Ziel, nämlich die verschärfte Isolation bis zum Zusammenbruch genau andersherum zu erreichen: durch die Behauptung der angeblichen Planung und Steuerung des Kampfes der Gefangenen durch die RAF.

Das bedeutet, daß bereits die berechtigte Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen aus RAF und antiimperialistischem Widerstand kriminalisiert wird und die Diskussion über Zusammenlegung und entsprechende Anträge bereits als „Mitgliedschaft in der RAF" strafrechtlich verfolgt werden soll. Der Grund dafür ist, daß sich in der Öffentlichkeit ein Bewußtsein über die Situation der Gefangenen entwickelt hat — wie dies vor allem im Hungerstreik 1985/86 sichtbar wurde — und der Staat es politisch nicht mehr legitimieren kann, der Forderung nach Zusammenlegung nicht nachzukommen. Deshalb soll die Zusammenlegung der Gefangenen durch die Kriminalisierung schon der Forderung verhindert, jede Mobilisierung hierfür eingedämmt und die Gefangenen noch schärfer als bisher isoliert werden. Dies bedeutet den Versuch, das politische Problem, das die Gefangenen und ihr Kampf sind, aus der öffentlichen Auseinandersetzung verschwinden zu lassen.

Diese konstruierte Mitgliedschaft in der RAF während der Inhaftierung wird bei den Ausführungen der Bundesanwaltschaft zu der Mitgliedschaft von Mareile Schmegner in der RAF schon vorausgesetzt. Briefe von Mareile Schmegner und ihre Besuche bei Gefangenen aus der RAF werden als Beweis dafür gewertet, daß sie Kontakte zur RAF unterhalten hat und sollen ihre „Einbindung" in die Diskussionszusammenhänge der RAF belegen.

Mit dieser Konstruktion versucht die Bundesanwaltschaft, den gesamten antiimperialistischen Widerstand zu kriminalisieren über die Diskussion mit den Gefangenen. Zugleich soll ein Kommunikationsverbot mit den Gefangenen aus der RAF juristisch durchgesetzt werden.

Ein weiteres Ziel der Anklage ist der Versuch der Bundesanwaltschaft die politischen Gefangenen in Spanien aus GRAPO und PCE/r als terroristische Organisation zu kriminalisieren. Das soll die internationale Diskussion mit den Gefangenen kriminalisieren. Das heißt, daß den politischen spanischen Gefangenen indirekt in diesem Verfahren der Prozeß gemacht werden soll.

Dies bedeutet einmal mehr, daß die Bundesanwaltschaft ihre Funktion als Vorreiter der Aufstandsbekämpfung, hier konkret die Bekämpfung der Gefangenen ausübt und zugleich deren Durchsetzung in Westeuropa forciert.

Rainer Koch (Verteidiger von Mareile Schmegner), Ursula Seifert (Verteidigerin von Ingrid Barabaß).

Campaign of violence threatens 60 British companies

TOP FIRMS ON TERROR HIT LIST

Today 29-3-86

Exclusive by STUART WINTER and KIM SENGUPTA

TOP British companies are named on an international hit list of terror, a security report has revealed.

Anarchist groups have earmarked the giant multinationals — all household names — as targets in a ruthless campaign of violence.

Behind the threats is a shadowy organisation called BLUF, based in Amsterdam and linked to a British group of computer activists.

European security chiefs believe BLUF supplies intelligence to terrorist gangs such as the Red Army Faction in West Germany and Direct Action in France.

The groups, working in a deadly alliance, are blamed for a string of attacks on the Continent, ranging from bombings to computer sabotage.

Now British branches of multinational companies are bracing themselves for possible attacks, after the confidential report by a world-renowned security agency.

The report, shown to TODAY, says more than 60 companies have been singled out for what the terrorists call "direct action".

The targets are named in a BLUF booklet, called War In Your Back Garden. They include Unilever, Ranks Hovis McDougall, Quaker Oats, Shell Oil and Motorola.

Yesterday Quaker Oats security manager Ken Norris said: "Obviously, this is a source of grave anxiety. We have two branches in Holland but we have never received any threats. We have arranged a meeting to study the matter and take the necessary precautions."

A Unilever spokesman said the company's Dutch operation had been informed of the possible threat. "We have a security system and it is aware of the organisation concerned," he said.

Special Branch officers in Britain confirmed they knew about BLUF. A spokesman said: "We are aware of the organisation behind these threats. Obviously, we take a great interest in matters of this kind."

BLUF is believed to have links with a secretive British-based group of computer activists called CRANK, which has been linked with terrorism on the Continent since 1980.

CRANK first came to the attention of police when it was thought to have foiled security codes and gained access to sensitive material at key computer installations in Britain.

The sinister emergence of BLUF is highlighted in the alarming report in a Corporate Crime and Security bulletin, which is circulated to companies worldwide.

The report states: "The intelligence services believe that there are many groups similar to BLUF operating throughout the world.

"There are reasons for believing that the computer activist groups like CRANK in the UK are in regular contact with their 'back garden' colleagues as well as the more violent terrorist organisations, such as the Red Army Faction and the Direct Action Group."

Police have investigated possible links between Red Army bombings at computer centres at two Stuttgart companies, Lapp Kabel and Aublin.

A series of police seminars have been held on the continent about BLUF, including one in Utrecht, Holland.

A Dutch police chief said: "We are well aware of the dangers involved. The people behind this are highly motivated and dedicated to a form of anarchism. They regard large companies as justified targets.

"They seem particularly keen on striking against companies with South American links."

BLUF's philosophy of violence is preached in the War In Your Back Garden booklet. It calls for the setting up of terrorist cells and recommends targets and methods of attack.

It starts by suggesting simple attacks like sticking bricks to company windows with superglue, but goes on to detail "direct action" on a larger and more menacing scale.

BLUF tells how to wreck company vehicle fleets with acid firebomb premises with the maximum effect.

The booklet says: "As a general rule, our actions are somewhat symbolic. Our solidarity takes on a real form only when we form a menace to imperialism.

"We must make things as difficult as possible for them.Material damage is the only language understood by multinational companies."

Dutch detectives are aware of BLUF and recently the head of Utrecht police warned his chief inspectors of its activities.

He said: "The booklet is called an action indicator by its authors and sets out recommended forms of action against organisations in South America.

"The head offices of many of these organisations are located in the West and it is precisely these firms that the authors have selected for attention."

HUMO
3-4-86

"De patiënt laten sudderen tot ie gaar is"

DE DODENGANG VAN CHANTAL PATERNOSTRE

Geen rook zonder vuur, pleegt de volksmond te zeggen, maar met de zaak Chantal Paternostre begint het ernaar uit te zien dat de volksmond ongelijk heeft. Al meer dan zeven maanden zit Paternostre in de gevangenis van Vorst in voorlopige hechtenis. Dat de pers haar negeert, komt doordat het gilde vreest zijn vingers te branden. Paternostre werd immers achter de tralies gezet omdat ze een terroriste zou zijn; en hebben Gol & Co. sinds de eerste aanslag van de *Cellules Communistes Combattantes* niet eindeloos herhaald dat een normaaldenkend mens voor dat vullis geen begrip kan opbrengen ? In de schaduw van de CCC is ook het FRAP *(Front voor proletarische actie)* actief geweest. Deze groep deponeerde vorig jaar een bom in het kantoor van *Acec* in Ukkel en in het gebouw van de NAVO-raad. Er was grote materiële schade, maar niemand raakte gewond. Op het aanhoudingsmandaat van Chantal Paternostre staat : *"poging tot brandstichting en vernieling door middel van explosieven"*, want zij zou lid zijn van dat FRAP. Op 14 augustus 1985 werd ze gearresteerd.

Mike Tolley *(haar man)* : « Het was rond 13 u. Chantal en ik zaten aan tafel, toen de bel ging. Op bevel van onderzoeksrechter Francine Lyna wilde de gerechtelijke politie ons huis doorzoeken naar voorwerpen die bij een aanslag met explosieven kunnen worden gebruikt. Toen ze rond zes uur met de huiszoeking klaar waren, hebben ze ons gevraagd mee te gaan voor ondervraging. We hebben dat geweigerd. Daarop is één equipe vertrokken om een bevel van voorleiding te halen, maar dat stond alleen op naam van Chantal. 's Anderendaags is zij definitief aangehouden. »

HUMO : Het aanhoudingsmandaat tegen Chantal laat er geen twijfel over bestaan dat zij van terrorisme wordt beticht.

Tolley : « Weet u, Chantal en ik zijn twintig jaar getrouwd. Dat is niet normaal voor een terroriste, dat zal zelfs het gerecht moeten toegeven. Dat beantwoordt helemaal niet aan het profiel van een terrorist dat de onderzoekers hanteren en dat vooral gebaseerd is op rapporten uit Frankrijk en West-Duitsland. Dat profiel zegt ook iets over je sociale afkomst, je politieke ideeën, over de boeken die je leest, wat je schrijft. Misschien beantwoordt u ook wel aan dat profiel. Voor het parket bestaat er in elk geval geen twijfel over dat Chantal eraan beantwoordt. Zij is er altijd openlijk voor uitgekomen dat ze een anarchiste is, ook na de hetze van de laatste jaren dat anarchisten "bommenleggers" zijn. Voor veel rijkswachters en gerechtelijke onderzoekers zijn anarchist, communist en terrorist nog altijd synoniemen. Maar niet alleen haar anarchisme wordt Chantal verweten, vooral haar engagement bij "Radio Air Libre" is haar zeer kwalijk genomen. Vijf jaar lang heeft ze er het programma "Renversons les Marmites" *(Laten we de bommen teruggooien)* gepresenteerd en daarin haalde ze elke week hard uit tegen onrechtvaardigheden en tegen de machthebbers die daarvoor verantwoordelijk zijn. »

HUMO : "Radio Air Libre" heeft regelmatig het spreekgestoelte van het parlementaire halfrond gehaald.

Tolley : « Herhaaldelijk zijn er vanuit politieke hoek bemoeienissen geweest, ja. Minister van Justitie Gol heeft aangekondigd dat hij maatregelen zou nemen om "Radio Air Libre" te verbieden en dat hij in elk geval zou proberen te voorkomen dat het station een zendfrekwentie toegewezen kreeg, want op "Radio Air Libre" werd, dixit Gol, "de revolutie gepredikt". Dat slaat vooral op uitzendingen die het radikaal linkse collectief "Ligne Rouge" verzorgde, maar ook op de uitzendingen van Chantal. De microfoon was haar wapen en het was haar enige wapen. »

HUMO : Maar in het gerechtelijk dossier...

Tolley *(verbolgen)* : « Wélk dossier ? Om iets aan de weet te komen moeten wij afgaan op wat wij horen tijdens de zittingen van de Raadkamer of op wat Chantal opvangt bij ondervragingen. In België is een gerechtelijk onderzoek immers geheim, althans voor de verdediging. Parket en procureur mogen persconferenties geven en naar believen verklaringen afleggen. Daardoor is Chantal nu al tot "terroriste" veroordeeld, terwijl ze nog altijd in voorlopige hechtenis zit en er nog geen proces is geweest. Gol zelf, toch de nummer één van de justitie in dit land, heeft in de Kamer gezegd dat Chantal lid is van een terroristische beweging. Toen Philippe Moureaux hem daarover interpelleerde, heeft hij een beetje ingebonden; toen luidde het plots dat de gerechtelijke onderzoekers de *overtuiging* hebben dat Chantal een terroriste is. Maar het kwaad is al lang gebeurd; het stempel is gedrukt. De chef van de staatsveiligheid is nog verder gegaan : voor hém is Chantal het brein van het Frap. »

HUMO : Berichten van die strekking waren ook te horen op de radio en te lezen in de kranten.

Tolley : « Vooral dan in "La Dernière Heure" en in "La Libre Belgique". Onmiddellijk nadat Chantal gearresteerd was is Roger Rosard van "La Libre Belgique" naar ons huis gekomen. Omdat ik er niet was, is hij bij mijn buurman gaan aankloppen. Hij heeft geprobeerd hem allerlei uitspraken te ontlokken, zonder resultaat. 's Anderendaags publiceerde hij ook mijn naam, terwijl ik met de hele affaire geen uitstaans heb. Op de ULB, waar ik les geef, hebben ze er niets over gezegd, maar op andere plaatsen had dat kunnen volstaan om mijn job kwijt te raken.

» De journalisten hebben veel invloed. Wanneer zij in de krant schrijven dat op een bom de vingerafdrukken van Chantal gevonden zijn, is dat 's ochtends ook al op het RTBF-journaal te horen. Het gevolg is dat een organisatie als de "Liga voor de Rechten van de Mens" zich niet met haar zaak durft in te laten. Voor iedereen is Chantal een terroriste, terwijl er geen enkel bewijs tegen haar is. »

HUMO : Hoe verklaart u dan dat de vingerafdrukken van Chantal gevonden zijn in het appartement aan de Dr. Zamenhofstraat in Anderlecht, waar ook bezwarend materiaal gevonden is ?

Tolley : « Ik heb daarover met de onderzoeksrechter gesproken. Zij vertelde mij dat in het appartement materiaal gevonden werd dat identiek zou zijn met het materiaal dat gebruikt is bij de aanslag van het Frap bij Acec. Het gaat om elektrische draad en een dopje dat van een detonator afkomstig zou zijn. Chantal wordt verondersteld daar iets mee te maken te hebben, alleen maar omdat ze in dat appartement is geweest. Ze heeft ook nooit ontkend dat ze er een paar keer geweest is, samen met een zekere Michel. »

HUMO : Wie is die mysterieuze man, die al een hele tijd spoorloos is ?

Tolley : « Ik zou het niet weten, ik heb hem nooit ontmoet. Chantal heeft hem leren kennen toen ze een keer liftte van de kantoren van "Air Libre" naar onze woning. Ze zijn beginnen praten, hij heeft haar aangeboden een biertje te gaan drinken, en Chantal is op die uitnodiging ingegaan. Die Michel heeft wel in dat appartement gewoond, maar het werd gehuurd door een vrouw, en volgens het parket was dat Chantal. Men heeft toen de eigenaars van het appartement met Chantal geconfronteerd. Die mensen waren heel formeel : zij was het niet.

» Men verwijt Chantal al sinds haar arrestatie dat zij de familienaam van die Michel niet kent. Bij de vrije radio zijn tientallen mensen die ik af en toe ontmoet en van wie ik alleen maar de voornaam ken. Dat is in ons milieu heel gewoon, maar magistraten en flikken schijnen dat niet te begrijpen. Vooraleer zij met iemand omgaan, willen ze blijkbaar eerst zijn antecedenten kennen en liefst van al zouden ze een bewijs van goed gedrag en zeden zien. »

HUMO : Midden september heeft het gerecht met veel omhaal de vondst van een "terroristisch arsenaal" in Ukkel bekend gemaakt. Ook daar is Chantal geweest.

Tolley : « O ja ? Het enige bewijsstuk is een breekijzer waarop een fragment van vingerafdrukken is gevonden die van Chantal zouden zijn. Nu heb ik bij de gerechtelijke politie in Parijs een rapport opgevraagd over de identifikatie van vingerafdrukken. Om heel zeker te zijn dat een afdruk van één bepaalde vinger is, moet

men zeventien vergelijkingspunten hebben. Vanaf twaalf is men min of meer zeker, maar minder dan twaalf is speculatie. Zo staat het in die Franse studie. Bij dat breekijzer in Ukkel heeft men maar *acht* vergelijkingspunten : waardeloos ! Nadien is trouwens gezegd dat in het proces-verbaal een fout is geslopen. Het zou niet gaan om een breekijzer, maar om een koffiekopje ! »

HUMO : Kende Chantal Pierre Carette ?

Tolley : « Ze heeft Carette in 1982 voor de radio geïnterviewd. Later hebben wij hem nog eens ontmoet, toen hij met een voorstel voor een nieuw programma kwam, maar dat is nooit doorgegaan. »

HUMO : Hoe staat het met de contacten van Chantal met Alvarez, Carpentier, Van Acker ?

Tolley : « Luc Van Acker kennen wij vrij goed. Hij is zeer knap in het afstemmen van antennes en daarvoor was hij regelmatig bij "Radio Air Libre". Chantal kent Alvarez en Carpentier niet, ik wel omdat ik hun familie heb leren kennen in de wachtkamers van de gevangenis. Omdat ik daar soms drie uur moet wachten vooraleer ik Chantal kan zien, hebben wij veel gelegenheid gehad om te praten. Wat ze met Alvarez en Carpentier hebben gedaan, is schandelig. Toen ze Alvarez uiteindelijk moesten vrijlaten omdat ze geen enkel verband konden leggen tussen het opgraven van een oude mitrailleur in Heverlee en de aanslagen van de CCC, was hij twintig kilo vermagerd. De man is gebroken. Voor Carpentier ziet het er nog slechter uit. Hij wordt nu beschuldigd van poging tot moord op rijkswachter Gilot in Luik.

» De gerechtelijke onderzoekers zullen niet graag toegeven dat ze een blunder hebben gemaakt. Dat zie ik nu ook met Chantal. Op maandag 17 maart is zij weer voor de raadkamer verschenen. Haar aanhoudingsmandaat is opnieuw met een maand verlengd. Het gerucht gaat nu dat het parket de dossiers van de CCC en van Chantal wil samenvoegen. Dat is gewoon ongehoord. Onderzoeksrechter Lyna heeft mij zelf gezegd dat zij na de aanhouding van de vier van de CCC eerst dacht dat het er voor Chantal heel slecht uit zag, maar nadien werd het haar duidelijk dat er een groot verschil is tussen de militanten van de CCC en Chantal. Als Chantal echt een militante van het Frap zou zijn, zou ze dat opeisen, net zoals de leden van de *Rote Armee Fraktion* dat hebben gedaan. Het is ook dom geweest haar zo vlug aan te houden, want als ze haar langer geschaduwd hadden, had ze hen toch bij al de kopstukken kunnen brengen ? Dat ze geschaduwd werd, blijkt uit een proces-verbaal van 9 september waarin staat dat ze op 28 mei van onze woning naar het appartement aan de Zamenhofstraat is gegaan, van daar naar Linkebeek en toen naar Ukkel. Ik vind het vreemd dat men drie maanden heeft gewacht vooraleer een proces-verbaal op te stellen over feiten die màànden eerder zijn gebeurd. Even vreemd is, dat in het hele dossier maar één verslag van de schaduwoperatie zit, terwijl die toch langer dan één dag heeft geduurd. In juli heeft een ploeg van de gerechtelijke politie immers haar intrek genomen op de hoogste verdieping van de gemeenteschool van Linkebeek. Dat was zogenaamd omdat er in de buurt veel inbraken waren, maar vanuit dat kwartier konden ze ons huis in de gaten houden. Toen ik mevrouw Lyna vroeg waarom al die andere verslagen niet in het dossier zaten, heeft ze mij geantwoord dat het geen zin heeft om te vermelden dat Chantal alleen maar naar mijn moeder is gegaan. Voor mij betekent dat nog eens dat ze *n-i-e-t-s* hebben. Daarom pakken ze nu uit met een nieuwe truuk : de zaak van Chantal bij het CCC-dossier voegen. Chantal klampt zich nu vast aan een nogal kryptische uitspraak die de voorzitter bij de laatste zitting van de raadkamer gedaan heeft. Hij zei : "De cake staat nu al zes maanden in de oven. Misschien moeten we eraan denken om hem terug te trekken voor hij verbrand is". »

HUMO : Dat zou er ook op kunnen wijzen dat het niet goed met haar gaat. Hoe is haar gezondheid en haar moreel ?

Tolley : « Ze heeft problemen met haar hart. Er zou dringend een uitgebreid onderzoek moeten worden gedaan, maar door de administratieve rompslomp duurt het soms meer dan acht dagen voor ze een dokter kan zien. Die hartklachten worden veroorzaakt door de stress. Chantal was altijd heel actief, ze was er dol op om met mensen in contact te komen en te praten. Zolang ze in de gevangenis contact met haar mede-gevangenen had, ging alles goed. De gevangenen mogen kiezen of ze 's avonds van zeven tot negen uur televisie kijken of naar de bibliotheek te gaan. Chantal ging meestal naar de bibliotheek. Ze kon er discussiëren, ze begon Nederlands te leren, ze heeft een vrouw leren lezen en schrijven. Daarnaast kon ze ook tijdens het luchten met andere gevangenen praten, en ze kon al eens iets roepen naar gevangenen in de cellen naast haar. Dat is nu allemaal voorbij. Op 6 december is de directieve gekomen haar te isoleren. »

HUMO : Van wie ging die maatregel uit ?

Tolley : « Ik denk dat Gol zelf daarop heeft aangedrongen, omdat er geen betere verklaring is. Er zijn drie instanties die isolement kunnen opleggen. De gevangenisdirecteur kan dat doen als disciplinaire maatregel. Maar de directeur van Vorst heeft met Chantal nooit enig probleem gehad en hij heeft zelfs geprotesteerd toen die directieve kwam. De maatregel kan ook uitgaan van de onderzoeksrechter. Ik ben naar mevrouw Lyna gestapt en heb haar gevraagd : "Waarom heeft u dat gedaan ?" Zij wist niet waarover ik het had. Toen heb ik een onderhoud gevraagd met de directeur-generaal van het *Algemeen Bestuur van Strafinrichtingen* die ook zo'n maatregel kan nemen, op vraag van de minister. Hij bleef ontwijkend antwoorden. Hij gaf wel toe dat er geen disciplinaire grond was om Chantal van anderen te isoleren, maar op de vraag waarom hij het dan wel gedaan had en van wie daartoe het bevel kwam, bleef hij zwijgen. Dat maakt veel duidelijk.

» Het reglement schrijft voor dat een gevangene maximaal negen dagen mag geïsoleerd worden. Chantal zit nu al sinds 31 december in volkomen isolement. *"Strikt cellulair regime"* noemen ze dat, maar het komt in geen enkele wettekst of reglement voor. Ze wordt afzonderlijk gelucht, ze mag niet meer samen met andere gevangenen naar de televisiezaal of naar de bibliotheek. Het is andere gevangenen ten strengste verboden om nog contact met haar te hebben. De cellen naast haar zijn leeg. De post die ze krijgt, wordt stelselmatig teruggestuurd. Ze krijgt geen kranten of tijdschriften meer, ik mag haar geen boeken brengen. Het enige wat ze nog te lezen krijgt zijn boeken uit de bibliotheek. Op die manier krijgen ze haar kapot. »

HUMO : Dat lijkt verdacht veel op de behandeling van de gevangenen van de Rote Armee Fraktion in de beruchte Stammheimgevangenis.

Tolley : « Ik heb veel gelezen over het gevangenisregime in West-Duitsland en dan vooral over de behandeling van leden van de *Baader Meinhoff-Gruppe*. Volgens een rapport van de Franstalige afdeling van *Amnesty International* werd destijds voor hen de maatregel ingevoerd dat ze hun familie alleen nog maar achter glas konden spreken. Dat is in België algemeen gebruikelijk. Maar er zijn opvallend veel vergelijkingspunten tussen de behandeling van RAF-leden en wat men nu met Chantal aan het doen is. Zij zit nu in het isolement dat in Duitsland *Tote Trakte* heet, de gang van de dood. Na maanden opsluiting komt er isolement. De gedetineerde voelt hoe hij langzaam maar zeker gebroken wordt en grijpt naar het laatste verzetsmiddel : de hongerstaking. Als het fysiek en psychisch toch al slecht gaat, die toestand wordt door een hongerstaking alleen maar erger. Het eindigt met zelfmoord. Toen ik dat las, stond ik perplex. Maar ik was nog sterker verbaasd toen ik van Chantal hoorde dat haar iets gelijkaardigs was voorgespiegeld door de Franse onderzoeksrechter **Burguières**, die het onderzoek naar *Action Directe* leidt, en die naar Brussel was gekomen om Chantal te ondervragen. Hij zei haar : "Mevrouw Paternostre, u zit op het klassieke pad. U weigert mee te werken. Dat resulteert in isolement, u gaat in hongerstaking en de laatste faze is vaak zelfmoord". Het kan geen toeval zijn dat twee dagen na dat onderhoud de maatregel van totaal isolement uitgevaardigd werd. In Vorst heeft België nu zijn eigen Stammheim, en ik ben bang. »

Martin Coenen.

U.S. Officials Assert France and Italy Had Pact With Terrorists

By Doyle McManus
Los Angeles Times Service

IHT 5-4-86

WASHINGTON — France and Italy made secret agreements with Libya during the 1970s to spare their citizens from attack in exchange for giving Libyan-sponsored terrorists the freedom to travel through Europe, U.S. officials said.

The agreements, which have since collapsed, were discovered by Reagan administration officials last year when they attempted to bring the Europeans into a united effort to pressure the Libyan leader, Moamer Qadhafi, one official said Thursday.

"The French had a deal with Libya and a deal" with the Palestine Liberation Organization, a State Department official said. "Italy had its own deals. The French used to think that between the PLO and the Libyans they had it all sewed up."

As a result, he said, "the French would look at a guy, a known terrorist, as he went through their airports and not lift a finger."

[The Ministry of Foreign Affairs denied the allegations Friday, United Press International reported from Paris.

["We give no credit to these allegations that come from an anonymous source and we reject them categorically," a spokesman said.

[In Rome, Prime Minister Bettino Craxi's office also rejected the assertions. "These claims are without any foundation and contrast sharply with the Italian government's consistent and uncompromising fight against terrorism," it said.]

U.S. officials said that such lenient treatment had now ended. The secret pacts disintegrated after Libyan-based terrorists bombed restaurants in Paris and attacked travelers at the Rome and Vienna airports last December.

Secretary of State George P. Shultz, who discussed terrorism last week with officials in France, Italy and Greece, said that he is encouraged by the Europeans' gradual movement toward more active cooperation with U.S. efforts against terrorism and the U.S. campaign against Colonel Qadhafi.

"I think people are moving in the direction of more action," Mr. Shultz said during his trip, specifically praising Greece and Italy.

But other U.S. officials said that they still are dissatisfied with the level of the European effort.

In an interview with National Public Radio, Robert B. Oakley, director of the State Department's counterterrorism office, said: "There has been a feeling throughout Western Europe that you can have an accommodation so you won't have terrorism in Country X, and in exchange terrorists could come and go from Country X freely."

"They acknowledge in private that they've had such arrangements blow up in their faces, figuratively and literally, in airports and cafés," he said. "You have a gentleman's agreement with a terrorist, and unfortunately the terrorists turn out not to be gentlemen."

A spokesman for the Italian Embassy in Washington, Massimo Baistrocchi, denied that his government had ever entered into the kind of pact described by the U.S. officials but acknowledged that the Italian intelligence agencies did establish a cooperative relationship with Colonel Qadhafi.

"We never dealt with terrorists; we never had any agreement," Mr. Baistrocchi said. "We had a crazy, terrible problem of terrorism within Italy. It is not possible that we would be fighting terrorism on one side and dealing with it on another."

He added: "It is true that there were contacts between our secret service and the secret service of Libya. Qadhafi was giving us information on terrorism and other issues."

An official at the French Embassy said: "If anything like that was done, it was done some time ago, and secretly. We wouldn't have any comment on it."

The U.S. officials who described the arrangements said that they were not certain when the agreements were made but that they appeared to be products of the wave of European terrorism in the mid-1970s, when European police forces were hard-pressed to deal with the violence in their own countries.

At the time, working out "nonaggression pacts" with the Libyans and the PLO may have appeared sensible because it seemed to reduce the immediate threat of terrorism, they said.

Greece and West Germany also maintained contacts on terrorism with Libya and the PLO, they said, although it was not clear whether they negotiated similar agreements.

In one celebrated case in 1977, France arrested the alleged planner of the PLO attack on the 1972 Munich Olympics, Abu Daoud, only to release him a few days later.

But, over the long run, Mr. Oakley said, Colonel Qadhafi's increased interest in terrorism and the splintering of authority within the PLO has led to the breakdown of the agreements.

"When it's perceived that you're willing to make deals with terrorists as the French have been," he added, "then more people are taken hostage, because it increases their leverage."

Italy has taken a much tougher stance, especially since the Dec. 27 attack on the Rome airport, and holds more than 40 accused international terrorists in its prisons, they said.

USA verstärken Terrorismus-Bekämpfung

Engere Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten Israels und arabischer Staaten

SDZ 8-4-86

Der amerikanische Geheimdienst ist nach Angaben von CIA-Direktor William Casey gegenwärtig dabei, die Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten Israels und der gemäßigten arabischen Staaten im Kampf gegen den Terrorismus zu intensivieren. In einer Rede auf der Eröffnungssitzung einer Tagung des Amerikanisch-Israelischen Komitees für Öffentliche Angelegenheiten stellte Casey eine Verbindung her zwischen den von Libyen und Syrien unterstützten Terrorakten und einer umfassenderen sowjetischen Kampagne mit dem Ziel, die Verbündeten der USA in der ganzen Welt zu schwächen.

Um gegen die Drohung des Terrorismus anzugehen, hätten die USA ihre „strategische Zusammenarbeit" mit Israel verstärkt. Dies schließe auch eine engere Kooperation zwischen dem israelischen Geheimdienst Mossad und den amerikanischen Geheimdiensten besonders im Bereich des Terrorismus und Gegenterrorismus ein, sagte Casey. Gleichzeitig habe der US-Geheimdienst seine „kooperativen Beziehungen mit befreundeten arabischen Staaten" ausgeweitet, die sich ebenfalls der von den Sowjets und von radikalen Elementen ausgehenden Gefahren bewußt seien. „Zusammen müssen wir den Terrorismus bekämpfen", der alle unsere Freunde im Nahen Osten und andernorts bedroht", sagte Casey.

Parijs nu voor gezamelijke terreurbestrijding

PARIJS, 4 april — Frankrijk verzet zich niet langer tegen een Amerikaans voorstel voor een gezamenlijk Westers initiatief tegen het terrorisme. Dat heeft volgens de *New York Times* president Mitterrand duidelijk gemaakt.

Daarmee komt volgens de *New York Times* de weg vrij voor een gezamenlijk initiatief, te nemen op de komende Tokiose topconferentie van de zeven leidende industrielanden van het Westen. Het initiatief is al geruime tijd een wens van vooral de Amerikaanse regering.

Tot nu toe verzette Frankrijk zich tegen gezamenlijke actie tegen het terrorisme. De koerswijziging van Mitterrand lijkt verband te houden met de ontvoering van twee groepen Fransen in Libanon, die in Frankrijk veel ophef heeft veroorzaakt en met het aantreden van de rechtse regering-Chirac. Van Chirac is bekend dat hij voorstander is van nauwe samenwerking met de VS op het gebied van de terreurbestrijding.

Volgens de *New York Times* is de Franse koerswijziging duidelijk geworden bij een ontmoeting van ambtenaren die in Engeland de top van Tokio op economisch gebied voorbereiden. De Franse afgevaardigde verbaasde zijn collega's door in te stemmen met het voorstel de terrorismebestrijding in Tokio op de agenda te plaatsen. In februari nog had dezelfde Franse afgevaardigde zich resoluut verzet tegen pogingen, het terrorisme in Tokio ter sprake te brengen.

SDZ 8-4-86



HUNDERTE VON KRAFTWAGEN wurden gestern an drei Kontrollstellen in der amerikanischen Wohnsiedlung am Perlacher Forst unter die Lupe genommen. An der Aktion, die ohne Zwischenfälle ablief, beteiligten sich Beamte der Ettstraße, der Feldjäger und der amerikanischen Militärpolizei. Die Kontrollen, die auch am heutigen Dienstag fortgesetzt werden, stehen im Zusammenhang mit dem Bombenattentat in Berlin. Photo: Fritz Neuwirth

Nach dem Attentat auf Berliner Disco:

Polizeischutz für US-Einrichtungen

Fahrzeugkontrollen in der amerikanischen Siedlung am Perlacher Forst

Das Bombenattentat auf eine Berliner Disco, das nach Überzeugung der Sicherheitsbehörden gegen amerikanische Staatsbürger gerichtet war, hat auch in München Polizeiaktionen ausgelöst. Etwa 25 Objekte der Vereinigten Staaten im Bereich des Polizeipräsidiums an der Ettstraße wurden unter polizeiliche Sonderbewachung gestellt. „Wir wollen nicht, daß sich die Berliner Verbrechen bei uns wiederholen", erklärte Polizeidirektor Norbert Brummer als zuständiger Einsatzleiter die getroffenen Maßnahmen.

Verständnis für die Maßnahmen

Die Polizeistreifen, die zu Fuß, auf Motorrädern oder in Autos unterwegs sind, kontrollieren schwerpunktmäßig die Umgebung von Gebäuden die Amerikanern gehören. Die Reihe der bewachten Objekte geht von dem Amerikahaus und dem Generalkonsulat der USA bis zu der McGraw-Kaserne in Giesing und zu amerikanischen Wohnsiedlungen.

In der Wohnsiedlung am Perlacher Forst sind drei Polizeikontrollposten eingerichtet worden, die einfahrende Kraftfahrzeuge überprüfen: In der Lincoln-, in der Cincinnati- und in der Minneritstraße. Polizeidirektor Brummer, der die Posten inspizierte, betonte, daß sich die betroffenen Kraftfahrer außerordentlich kooperativ verhalten hätten. „Wir verstehen, daß die Amerikaner nicht in die Luft fliegen wollen", erklärte einer der betroffenen Wagenfahrer. Die Kontrollposten sind jeweils mit einem Polizisten der Ettstraße, zwei amerikanischen Militärpolizisten und einem Feldjäger der Bundeswehr besetzt.

Im Polizeipräsidium, wie bei anderen Behörden, sind seit Bekanntwerden des Berliner Bombenanschlags eine Reihe von anonymen Drohanrufen eingegangen. Sie bezogen sich allerdings nicht auf das Berliner Verbrechen, sondern richteten sich gegen die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf (WAA). Die Sicherungsaktionen der Polizei werden fortgesetzt.

Johann Freudenreich

Terrorism
How The West Can Win

TIME, APRIL 14, 1986

BY BENJAMIN NETANYAHU

The realization that wild beasts prowl our airways and waterways, that they can escape retribution by fleeing to countries that respect, indeed worship, the law of the jungle, has steadily been replacing our older conception of justice, order and accountability in international affairs.

*So writes Benjamin Netanyahu, Israel's Ambassador to the United Nations, in a forthcoming book whose assertive title sums up its argument—*Terrorism: How the West Can Win *(Farrar, Straus & Giroux; $18.95). The book grew out of a 1984 meeting of international officials and experts in Washington that explored the question: Just what can be done to stop terrorism?*

The West's failure to answer the question was underscored once again last week when a terrorist bomb tore a hole in the fuselage of a TWA 727 en route from Rome to Athens. The explosion killed four American passengers, who were sucked out of the plane and fell 15,000 ft. to their death. Libya's Muammar Gaddafi disclaimed responsibility, but concern remained high that he would attempt to exact revenge—sometime, somewhere—for the U.S. Sixth Fleet's bloodying of his forces.

Netanyahu, a former soldier, businessman and the editor of Terrorism, *has a strong personal reason for his concern with the subject. He is the younger brother of Lieut. Colonel Jonathan Netanyahu, leader of the daring Israeli commando force that rescued all but three of the more than 100 hostages held captive aboard a skyjacked airliner at Entebbe, Uganda, in 1976. The Israelis lost only one of their men during the raid, but that was Jonathan Netanyahu, shot dead at the age of 30 by an airport guard. Ambassador Netanyahu, who organized the Jonathan Institute to fight terrorism, sees in the overall results of Entebbe a lesson to be widely applied today. Though some will surely find his prescriptions too tough and will quarrel with his refusal to give undue weight to the root causes of terrorism, the fact remains that no Israeli plane has been seized in the ten years since Entebbe. What follows is excerpts from his introduction and essay, along with a selection of brief quotes from other contributors to the book.*

International terrorism is not a sporadic phenomenon born of social misery and frustration. It is rooted in the political ambitions and designs of expansionist states and the groups that serve them. Without the support of such states, international terrorism would be impossible.

Access to the media is also indispensable. First the terrorists seize our attention by committing a brutal act. Only then does the real performance begin: the communiqués, the parading of dazed hostages before the cameras, the endless interviews in which the terrorists are respectfully asked to explain their demands and conditions. Slowly, imperceptibly, the initial horror recedes, and in its place comes a readiness to accept the terrorist point of view.

We are asked to shed our normal revulsion for murderous acts and accept the notion, endlessly repeated, that "one man's terrorist is another man's freedom fighter." This is precisely what the terrorist would like us to believe. It is completely untrue. At the risk of belaboring the point, I offer a formal definition: Terrorism is the deliberate and systematic murder, maiming and menacing of the innocent to inspire fear for political ends. This distinction lies at the heart of the matter. For without a clear understanding of terrorism, the problem cannot be tackled.

Terrorists habitually describe themselves as "guerrillas," but guerrillas are not terrorists. They are irregular soldiers who wage war on regular *military* forces. Terrorists choose to attack weak and defenseless civilians: old men, women and children—anyone in fact *except* soldiers if terrorists can avoid it.

This indeed is one of terrorism's most pernicious effects: it blurs the distinction between combatants and noncombatants, the central tenet of the laws of war. It is not only that the terrorist breaks down this standard but that we begin to accept his standards. With each fresh attack, the public is conditioned—first by the terrorists, then by their compliant interpreters in the press—to equate innocent hostages with jailed terrorists and to accept the notion that the murder of children is a regrettable but understandable expression of the terrorists' purported grievances.

There are those who say that war is war and that any attempt to define ethical limits is futile. But short of the rare and difficult case of total war, such as during World War II, most people would agree that there is a significant difference between waging war on armed combatants and attacking defenseless civilians. None of the resistance movements in Nazi-occupied Europe conducted or even condoned, terrorist attacks against German noncombatants, such as officers' wives or children. Without such distinctions, the concept of war crimes loses any meaning. For if everything is permissible, why not gas innocent people or machine-gun children?

It is here that the terrorist parts company with humanity. He declares a total war on the society he attacks. For him everyone is a legitimate target. A baby is fair game; he may, after all, grow up to be a soldier. So is the baby's mother; she gave birth to this future soldier. No one is spared, ordinary citizens and leaders alike.

Having defined all of society as a field of combat, the terrorist demands that his activity, which would ordinarily be viewed as gangsterism, be treated with the respect given to legitimate warfare. That is why he often takes on all the trappings of a soldier; that is why he issues "communiqués" instead of simple statements and why he insists that his jailed accomplices, who are in fact dangerous criminals, be accorded the status of prisoners of war.

Though terrorism as such is not new in history, or even in this century, today's terrorism differs in its extent and its violence; it now attacks the territory and citizens of nearly all the democracies. It began its

SPECIAL SECTION

rapid growth in the 1960s. It was sparked by the early successes of two groups of terrorists: the P.L.O., which introduced airline hijacking as an international weapon, and European radical factions, which carried out increasingly bold bombings, kidnapings and assassinations throughout the Continent. Terrorist groups, seemingly independent from one another, soon proliferated throughout Europe, Japan, North and South America and the Middle East. But as the evidence piled up, the Arab P.L.O., the Iranian ***mujahedin***, the Armenian A.S.A.L.A., the German Baader-Meinhof gang, the Italian Red Brigades, the Japanese Red Army and others were often found to be linked not only to one another but to the Soviet Union and radical Arab regimes. Only after the P.L.O.'s expulsion from Beirut did captured P.L.O. documents reveal the role of its terrorist ministate in Lebanon as a training center and launching ground for what had become a kind of terrorist international.

This collaboration between Marxist and Muslim radicals is not accidental. Modern terrorism has its roots in two movements that have assumed international prominence in the second half of the 20th century, Communist totalitarianism and Islamic (and Arab) radicalism. These forces have given terrorism its ideological impetus and much of its material support. Both legitimize unbridled violence in the name of a higher cause, both are profoundly hostile to democracy, and both have found in terrorism an ideal weapon for waging war against democracy.

Indeed, international terrorism is overwhelmingly an extension of warfare sustained and supported by the states built on the foundations of Marxism and radical Islam. The Soviet Union, several of its East European satellites, Cuba and North Korea, and Middle Eastern states such as Libya, Iran, Syria, Iraq and South Yemen have given terrorists weapons, training and money. They have also provided sanctuary, safe passage and safe houses—often their very embassies. And they have supported terrorism on the crucial political level, legitimizing it and blocking international measures against it.

Why have certain radical states begun to resort to terrorism? Since the end of World War II and the dawn of the nuclear age, the waging of war has become increasingly expensive and risky. For a superpower like the Soviet Union, a direct confrontation with the West entails the unacceptable risks of atomic war. For smaller states, conventional war can also escalate into intolerable conflict or outright defeat. Terrorism is part of the broader trend toward waging war by proxy. It permits regimes to engage in aggression while evading responsibility or retaliation.

As the number of attacks has increased tenfold in the past decade alone, a clear pattern has emerged. The targets of terrorism have been, more and more, Britain and Germany, Spain and Portugal, France and Italy, Israel and Japan, and, above all, the U.S. (whose nationals accounted for roughly a third of terrorism's victims since 1968)—in short, the West. A network of professional terrorists seeks to weaken and demoralize democratic societies by attacking their citizens, their leaders, their institutions, thereby disrupting their way of life and sapping their political will. And it is a growing threat. Terrorist attacks now kill and injure not one or two but hundreds at a time. Few doubt that other, more lethal, weapons may be employed in the future.

The terrorist's strategy is premised on the ability to deliver future blows, no matter what. The fear and intimidation that terrorism thrives on are totally dependent on this threat. The primary task in fighting terrorism, then, is to weaken and ultimately destroy the terrorist's ability to launch attacks. This is often presented as a difficult or even impossible task. It is asserted that the clandestine nature of terrorism and the openness of Western societies make terrorism against the West nearly impossible to root out. I would argue the exact opposite. Terrorism can be stopped. The minute you weaken its ability to deliver repeated blows, you have broken its back. And it is well within the means of the West to achieve this.

Consider, for example, the classic terrorist act, the taking of hostages. More than any other act of terrorist violence, it reveals two underlying characteristics of terrorism. First, it is an unmistakably *deliberate* assault on the people who are seized, precisely because they are noncombatants. Second, it affords a stage for dramatization and distortion. Hostage taking places a government in a terrible dilemma: if it uses force to release the hostages, it might end up with more people killed than if it gives in. If it yields, the terrorists emerge victorious. Sometimes the terrorists resolve this dilemma by killing a few hostages and threatening to murder the rest if their demands are not met. The government can then argue that since more hostages are about to be killed, it must take action immediately.

But suppose the terrorists have not started killing hostages. Should they not fear a forcible response? The more terrorists believe that military intervention is likely, the less prone they will be to continue their siege. In the hijacking of both the TWA airliner out of Athens last summer and the cruise ship *Achille Lauro* last fall, a principal reason that the terrorists released their hostages was their belief in imminent intervention—retaliation afterward in the case of the airliner and military rescue of the *Achille Lauro* (both American and Italian forces were poised to storm the ship on the day the pirates surrendered).

Terrorists have often escaped retaliation because of the sloppiness of the West's thinking about the use of force. America's loss of clarity in the wake of Viet Nam has become a general Western malaise. The rules of engagement have become so rigid that governments often straitjacket themselves in the face of unambiguous aggression. But a fundamental principle must be recognized: under no circumstances should a government categorically rule out a military response simply because of the risk of civilian casualties. There is a practical and a moral basis for this position. In practical terms, an inflexible rule against risking civilian casualties would make any military action virtually impossible. In moral terms, an absolute prohibition on civilian casualties today condemns to death or injury many future victims. Terrorism, undeterred, will inevitably increase.

Responsible governments seek to minimize civilian casualties. But they do not grant immunity to an aggressor simply because their response might endanger civilians. If this is true in normal combat, it is truer still in the case of terrorism. An absolute prohibition on civilian casualties provides the terrorist with an invincible shield. This is not only true in cases in which he fears retaliation following his attacks (for example, when the terrorist seeks immunity by planting his bases among civilians). It is also true during the taking of hostages, when the terrorist even more brazenly seeks immunity by daring the authorities to risk the lives of innocent victims by taking action.

Terrorists generally do fear military intervention, and that fear has a tremendously inhibiting effect on hostage taking. This is best demonstrated in the case of Israel. No other nation suffered more from this form of attack. In the 1970s Israel experienced a large number of hostage takings, including the hijacking of planes and the seizing of schools, apartments, hotels and buses. In all these cases, the government refused to capitulate to the terrorists' demands. Soldiers overcame the terrorists and liberated the hostages. This was by no means an easy course to follow. The government painfully recognized that its policy made some civilian casualties unavoidable; in 1974 at Ma'alot, 21 schoolchildren were massacred by the P.L.O. before the terrorists were themselves killed.

But the result of this determined refusal to yield was that hostage taking gradually became a rarity inside Israel. This was not because the P.L.O. was unable to stage such incidents but because it finally realized that there would be no surrender and that the terrorists would fail and probably be killed. Contrary to popular myth, cases of suicidal terrorism are rare; overwhelmingly, terrorists want to live, to escape unpunished.

The P.L.O. sought to overcome Israel's resolve by seizing Israeli planes or hostages outside Israel. But these attempts were defeated as well. In the most celebrated example, the case of Entebbe, Israeli troops flew more than 2,000 miles, liberated the hostages and killed their captors. For a decade afterward, not a single Israeli or Israel-bound plane was hijacked, and virtually no attempts were made to seize Israeli hostages abroad.

The refusal to capitulate and the decision to apply force were adopted in several important instances by other governments. The German government forcibly liberated German hostages on the hijacked Lufthansa airplane in Mogadishu in 1977, the Dutch successfully stormed a train hijacked by the South Moluccans (1977), and the British freed the occupied Iranian embassy in London (1980). For some time afterward, these countries experienced no further hostage takings. Far from engendering a cycle of increased violence, the application of military force or the prospect of such application inhibits terrorist violence.

The only sensible policy for attacked governments, then, is a refusal to yield and a readiness to apply force. This is a policy that says to the terrorist, I will not accept your demands. I demand that you release the hostages. If you do not do so peacefully, I am prepared to use force. I am proposing a simple exchange: your life for the lives of the hostages. The only "deal" I am willing to make with you is that if you surrender peacefully, I will not kill you.

Obviously, there can be complicating circumstances. What if military intervention truly does endanger the lives of most or all of the hostages? This is not quite as frequent as might at first appear. Many governments have specialized forces trained to overcome terrorists before they kill most of their hostages.

Rescuing hostages requires impressing on military forces the importance of minimizing firepower. In storming a building, the normal military procedure is to shoot first and look later. But in rescuing hostages, the soldiers' job is exactly the opposite: they must look first and shoot later, and even then only when it is absolutely necessary. Sometimes they fail, as in last year's Egyptian rescue attempt in Malta. But as the experience of Israel, West Germany, Britain and Holland shows, more often than not such specially trained units succeed.

Suppose the terrorists have not merely seized hostages but have hidden them? Perhaps the most celebrated case is the kidnaping of Italy's former Prime Minister Aldo Moro by the Red Brigades. Italy refused to capitulate, and Aldo Moro was murdered. As tragic and painful as the decision was, it was the right one, as was the firm Italian policy in the immediate aftermath of the Moro kidnaping. Unlike the weakness it later showed during the *Achille Lauro* affair, the Italian government mounted a vigorous effort to hunt down the Red Brigades and improve the effectiveness of its security forces. By the time of the next major kidnaping, that of General James Dozier, it was able to apprehend the terrorists and liberate their hostage. Whether or not such rescue is possible, governments must persist in refusing to capitulate.

Perhaps the most complicated case of hostage taking is that in which the terrorists find refuge in the territory of a country hostile to the West. Short of declaring war, what can be done? It is often difficult, though by no means impossible, to launch a limited military operation to rescue the hostages. In any case, the principle remains the same—the refusal to yield and the threat of intervention or retaliation. Retaliation can take several forms, against the terrorists themselves and the governments that shelter them. The main point is that both the terrorists and their governmental patrons must believe that they will eventually be punished (preferably sooner rather than later).

What is true of hostage taking is true of other forms of terrorism. The terrorist always considers, and fears, a forceful response from his victims' government. To the extent that he believes he will be tracked down and punished, he will curb them. Deterrence works on terrorists just as it does on anyone else.

Terrorists may at first respond to a government's policy of firmness with an acceleration of violence, but they usually cannot withstand a sustained and resolute policy of resistance and active pursuit. Re-

taliation and pre-emption against terrorism are thus acts of self-defense. Denying the necessity for such self-defense, and blurring the moral basis for it, is dangerous. It undermines a basic principle on which government authority is based. A government's first obligation is to protect its citizens. Confusion or vacillation fools no one, least of all terrorists.

One point is central: international terrorism as we know it would simply not be possible without the collaboration of governments that have used terrorism to wage hidden war against their adversaries, especially the West. After the *Achille Lauro* piracy, Abul Abbas, its mastermind, skittered from Egypt to Italy to Yugoslavia to Iraq to South Yemen, where he finally found his most suitable haven. Without the collusion or acquiescence of friendly or passive governments, he would have been caught and brought to trial. The support of friendly regimes and the passivity of others are the crucial assumptions under which international terrorism operates.

Just as hostile governments have caused the internationalization of terror, they are also the key to its end. For states are no less susceptible than the terrorists they support to a sober calculation of costs and benefits. The very reason certain regimes rely on terrorists is to be able to wage war without the risks that war entails. As long as they are successful in denying complicity or involvement, they will easily escape retribution.

Once this is understood, the democracies can begin to act effectively in three broad areas against offending states.

POLITICAL PRESSURES. These could range from international condemnation to cutting off diplomatic relations (as the U.S. and Britain did with Libya). Political pressures signal to the terrorist state that the victim not only is unwilling to yield but is prepared to expose the offender to public censure. This could force other states to take a position against the offender, or at least to curb their support for it. Since many states sponsoring terrorism depend on the ability to deny complicity in terrorist crimes, this is not a minor threat. In the severance of diplomatic relations, an added penalty is the shutting down of embassies. Terrorists simply cannot sustain a concerted campaign of attacks in most Western countries without sanctuary or inviolable means of passing funds, arms and intelligence.

The embassies and diplomatic pouches of Syria, Iraq, Iran, Libya, South Yemen and other Middle Eastern states, as well as Soviet bloc embassies, have turned parts of Western Europe into a veritable playground of terrorists. Weapons, passports, money, safe houses have all been made available to terrorists by people hiding behind diplomatic immunity. Without embassies, the effectiveness of terrorism in the West would be sharply diminished.

ECONOMIC PRESSURE. Most of these countries desperately need Western goods, weapons or credit. There are certain sophisticated products, including advanced weapons, that only the West can supply. If the democracies used but a fraction of their enormous economic clout, they could cause regimes supporting terrorism to rethink some of their activities.

Economic pressure could be a combination of boycott and embargo. In the case of Libya, a prime offender, the U.S. has willingly forfeited hundreds of millions of dollars of trade to send an unmistakable and economically painful message to that regime. Another potent sanction that can be readily applied is the denial of landing rights in major Western capitals to the commercial planes of terrorist states. The same could apply to docking rights for the ships of offending states.

MILITARY ACTION. This cannot be ruled out, nor should we be bashful about discussing it. When we talk about using military force, we must first consider unilateral action, one state's taking action against terrorists or a state that shelters them. Obviously, if a terrorist action occurs on a government's own soil, it will take action to protect its own citizens and foil the terrorists.

But what about a terrorist attack on a country's citizens abroad, in embassies, businesses or airlines? In the case of a hijacking, piracy or other hostage taking, the responsibility of securing the release of the hostages is that of the government on whose soil (or ship or plane) the incident takes place. One would hope such governments would adopt a firm policy against the terrorists, but if a government cannot or will not undertake forcibly to end a hostage crisis, it forfeits a certain measure of jurisdiction. The country whose nationals (or plane or ship) are held hostage has the right to act when the host country refuses to do so. Take the case of Entebbe. Uganda had an obligation to intervene and end the hijacking. When it refused to do so, the right to act passed to Israel and France (most of the passengers were Israeli; the plane was French). Since France was not considering any military move (although it helped in gathering intelligence), Israel had a perfect right to act.

This is at odds with a widely held view that national sovereignty is absolute and cannot be violated. But of course it is not absolute. Countries do not have the right to do *anything* within their borders. They risk the intervention of other states if they fail to live up to elementary international obligations.

Sovereignty does not in any way preclude a government from allowing another government to assist in or carry out a rescue operation, as, for example, the Somalis did when they approved the intervention of West Germany's antiterrorist unit in the Mogadishu incident. In most cases, therefore, even weak or hesitant governments have a choice. Bluntly put, they can either do it themselves or let someone else do it.

What about the use of force in circumstances other than hostage taking? Western governments already possess ample intelligence evidence (such as satellite photos of training camps, interception of communications, reports from agents in the field) of continuous support for terrorists from certain governments. Such a record of complicity is more than strong enough to justify punitive action against these criminal states. Plenty of military or strategic targets can be struck to inflict severe damage, while avoiding excessive, if any, civilian casualties.

Two objections are frequently raised. First, the prospect of reprisals. Libya's Muammar Gaddafi, who clearly harbored the Palestinian terrorist Abu Nidal prior to his attacks on Americans and others in European airports last December, promised to retaliate if the

U.S. took any action against him. He went so far as to promise to set the Mediterranean ablaze and even to precipitate global war. Such bluster should be viewed realistically. It emanates from fear. It also at times may be partly realized. We should recognize that a successful war on terrorists will involve a succession of blows and counterblows, and some unavoidable casualties along the way. What is required is a commitment to a continuous campaign against its sponsors, not just erratic responses to individual terrorist acts. There are no "one-shot" solutions. A forceful response against aggression may very well elicit reprisals initially. But over the long run, it is the only way to make governments stop launching terrorist killers. They need to know, they must know, that the West will not sit back and take it.

The second objection raised to military action against states sponsoring terrorism is that it will induce political consequences unfavorable to the West, such as the weakening or collapse of friendly regimes in the Middle East. Actually, these very regimes, despite their public pronouncements, would secretly welcome such action; after all, they too are frequently victims of the terrorist war. Still, what about unfavorable political developments? In many regions of the world, especially the Middle East, anger precedes respect. There may be a lashing out at Western or pro-Western targets following a military action, but there is a concomitant, if grudging, assessment by the terrorists of new limits. A posture of weakness, a repeated refusal to confront and punish the regimes behind the terrorists, not only invites further aggression but ultimately weakens the West's position, and consequently the position of its allies, in these regions and throughout the world.

Terrorists and the states that support them are serious adversaries. They are devious, ruthless and persistent. But the West has worsened the problem by its own disunity. For too long terrorists have succeeded in the strategy of divide and conquer. Governments have made separate deals with terrorists, allowing them, for example, freedom of movement in exchange for promises of immunity. But terrorists, who by their very nature ridicule the notion of law and treaties, always violate their agreements. The Western countries must face up to a simple truth: no deals are possible with terrorists. The success of terrorism in one part of the world encourages terrorists everywhere. Terrorism is an indivisible problem, and the fight against terrorism must be indivisible as well.

This means that you cannot "understand" terrorism when directed against someone else while opposing it when directed against yourself. Terrorism threatens the foundation of lawful and humane existence everywhere. And it thrives on weakness. It is naive to think that the I.R.A. does not take note of periodic British courting of the P.L.O. The same applies to the Red Brigades vis-à-vis the Italian government's dealings with Arab terrorists, and so on.

What is required is a basic realignment of international attitudes toward terrorism. While all governments offer rhetorical opposition to terrorism, including the adoption of a U.N. resolution condemning terrorism in 1985, in practice they fall into one of three categories: a few governments actually oppose terrorism, and do so consistently; others actively support terrorists; but most fall into a third broad category, the neutrals. They either acquiesce in terrorism or refuse to actively oppose it.

The measures against states that support terrorism are essential, but we must also do away with the middle ground of neutrality. Governments must be made to understand that if they acquiesce in terrorism, they are in practice supporting it. The provision of safe passage to foreign terrorists, such as Egypt offered to the hijackers of the *Achille Lauro*, should be considered an act of simple collusion. It is tantamount to offering a foreign army passage through your territory in time of war. Similarly, accepting a hijacked airplane or ship without accepting the concomitant responsibilities of preventing the escape of the terrorists is also an act of collusion; so is the refusal to extradite or punish terrorists.

The provision of sanctuary for terrorists is also an act of collusion. I am not talking about taking in war refugees who have laid down their arms (as France did after the Spanish Civil War). I am talking about permitting armed bands to wage terrorist war against a neighboring state from one's own territory. This is not one of the privileges of sovereignty. It is a clear act of aggression. It can and should be treated as such by the attacked state, which has every right to take action against the terrorists or the government that shelters them. It may do so either in hot pursuit, in retaliation or even in pre-emptive action. The right of self-defense takes precedence over sovereignty.

When a state deliberately employs terrorists, the distinction between striking back at the terrorists themselves or at the governments that shelter them is one of practical consideration, not of principle. There is certainly no moral imperative to confine the retaliation to the actual perpetrators; the terrorists, after all, are merely servants of the government. In war, limiting a counterattack to exactly those soldiers who fired at you would be absurd.

Lesser forms of tolerating terrorism, like lax security safeguards in airports, should be considered a tacit form of collusion with terrorists. It allows them to penetrate air routes and attack civilians from all countries. Offending governments should be told that their airports will be cut off from the international aviation system until they improve security.

The broad assortment of "neutral" states that repeatedly, or as a matter of policy, facilitate the operations of terrorists must be told that they risk being subjected to some or all of the sanctions that outright supporters of terrorists invite upon themselves.

A policy of firmness will make it clear that individual terrorists will be pursued, caught and punished; that the organizations that launch them will be subject to attack; that the governments that shelter them will face political, economic and, ultimately, military retaliation; that other governments that collude less brazenly will also be held accountable.

What, then, has inhibited the widespread adoption of this policy by the West? I believe it is the persistent effects of three vices. One is greed, or a heedless promotion of economic self-interest, whatever the political or moral consequences. A second is political cowardice, which means sitting it out while your ally is attacked, or responds to an attack, so as not to invoke the wrath of the terrorists. Both factors played a part in the immediate rejection by several

governments of the American initiative for sanctions against Libya following the attacks on the Rome and Vienna airports. Neither cowardice nor greed will easily disappear. If, however, the U.S. persists in its firm stance, I believe that it will eventually succeed in pressuring, even shaming, other Western states into compliance.

But there is a third, even more pernicious impediment that needs to be overcome: a confusion that is both moral and intellectual. We in the West believe in the capacity of politics to mitigate, and resolve, all conflict. We automatically tend to endow an adversary with the same assumptions. These could not be more misplaced than in the case of terrorists, who use political language to destroy the concept of politics altogether. And even when we catch a glimpse of this truth, we fail to grasp its essence. For the West is in awe of fanaticism. It is confused before a supposed willingness to die for a cause, believing that such readiness must be based on a cause that is at least partially just. Even a cursory reading of history tells us how dangerous a notion that is. No people were more prepared to sacrifice their lives for a cause than the Hitler Youth.

But our present notions of terrorism are informed not by history but in large measure by the media. This is why terrorists, in their war against the West, devote so much of their strategy and their effort to capturing the Western press and using it for their own purposes. But this need not succeed. Terrorism's reliance on the press and television of the democracies gives the media tremendous power not only to amplify terrorism's message but also to snuff it out. They can and should refuse to broadcast indiscriminately interviews with terrorists. They can and should expose the sham of terrorists' claims. They can and should expose their grisly acts for what they are.

What the public has a right to demand of journalists is the same scrupulousness and professionalism, no more and no less, that they would show in the case of covering organized crime and its bosses. The proven power of a thorough press investigation to expose and to repudiate such corruption—indeed, to galvanize public opposition against it—is exactly the power that can be harnessed against terrorism. A thoughtful press can turn terrorism's greatest weapon against the terrorists themselves.

This is the responsibility of the West's press. It is second only to the responsibility of its political leadership. For only a determined leadership can make the West overcome the impediments of greed, cowardice and moral confusion.

Which leadership? It can come only from the U.S., which alone has the capacity to align the West's resistance, alone can credibly threaten the offenders and alone can impel the neutrals to shed their neutrality. The U.S. appears to be moving in this direction, albeit sometimes at an uncertain pace. The more the U.S. resorts to action, like punishing terrorists and their backers, the greater the number of states that will join the American effort to combat terrorism. Allies and adversaries alike, the entire world is waiting to see the depth of the American resolve.

The West can win the war against terrorism, and fairly rapidly. But it must first win the war against its own inner weakness. That will require courage. First, government leaders must have the political courage to present the truth, however unpleasant, to their people. They must be prepared to make difficult decisions, to take measures that may involve great risks, that may even end in failure and subject them to public criticism.

Second, the soldiers who may actually be called upon to combat terrorists will need to show military courage. It will be up to them to decide whether they can or cannot undertake a particular operation that a government is considering. In the special units of the Israeli army, for example, no one has ever simply been told by the political leadership that he must accept a perilous assignment. The commanders are always asked: Is it possible? Do you think you can do it? And if they ever said it could not be done, or even if they expressed doubts, that would have been the end of the matter.

But there is also a third kind of courage: the civic valor that must be shown by an entire people. All citizens in a democracy threatened by terrorism must see themselves, in a certain sense, as soldiers in a common battle. They must not pressure their government to capitulate or to surrender to terrorism. This is especially true of public pressure on government by families of hostages. Such pressure can only be called a dereliction of civic duty. If we seriously want to win the war against terrorism, we must be prepared to endure sacrifice and even, should there be the loss of loved ones, immeasurable pain.

Terrorism is a phenomenon that tries to evoke one feeling: fear. It is understandable that the one virtue most necessary to defeat terrorism is therefore the antithesis of fear: courage.

Courage, said the Romans, is not the only virtue, but it is the single virtue without which all the others are meaningless. The terrorist challenge must be answered. The choice is between a free society based on law and compassion and a rampant barbarism in the service of brute force and tyranny. Confusion and vacillation facilitated the rise of terrorism. Clarity and courage will ensure its defeat. ■

The Washington conference that led to the book Terrorism: How the West Can Win *attracted an international galaxy of Cabinet ministers, legislators, military officers and scholars. Some highlights of what they said:*

"A purely passive defense does not provide enough of a deterrent to terrorism and the states that sponsor it. It is time to think long, hard and seriously about more active means of defense—defense through preventive or pre-emptive actions against terrorist groups *before* they strike.

"We will need to strengthen our capabilities in the areas of intelligence and quick reaction. Intelligence will be particularly important, since our societies demand that we know with reasonable clarity just what we are doing and against whom we are acting. Experience has taught us that one of the best deterrents to terrorism is the certainty that swift and sure measures will be taken against those who engage in it.

"Clearly there are complicated moral issues here. But there should be no doubt of the democracies' moral right, indeed duty, to defend themselves."

—Secretary of State George Shultz

IERLAND INFORMATIE CENTRUM
COMMELINSTRAAT 22/sous
1093 TS AMSTERDAM, TEL 020-652872

BRITISH INTELLIGENCE & COUNTER-INSURGENCY OPERATIONS in IRELAND; 1970-86

For more than 15 years British intelligence and counter-insurgency operations have been conducted on a massive scale in Ireland, both north and south, by a network of agents and assassins working for various intelligence organisations, often competing with each other.

In the course of these operations British agents have been directly responsible for the deaths of scores of innocent people, and a few guilty ones - some of whom were their own discarded operatives, 'terminated with extreme prejudice' because of what they knew about the sordid nature of many of the intelligence operations.

One of the reasons for the number of intelligence organisations involved is the unbalanced colonial development of Ireland, which meant that the traditional demarcation line between the 'overseas' Secret Intelligence Servive (SIS/MI6) and the 'internal' Security Service (MI5) has become blurred, as well as the fact that the organisational fortunes of MI5 and MI6 have fluctuated under different governments, who have played one off against the other.

When the British Army arrived in August 1969 they brought a gallery of intelligence rogues with them. The area north of the border had been the sole responsibility of MI5, but until the Civil Rights Movement (CRM) emerged from the nationalist ghettos the area had been regarded as a political 'backwater' whose affairs wern't ranked too highly by successive British governments, and this attitude was reflected in the level of inactivity and disinterest in military and intelligence circles. According to James Callaghan, a former Labour Prime Minister, the north of Ireland before 1969 was dealt with by the General Department of the Home Office, a body which also handled "such matters as ceremonial functions, British Summer Time, London taxi-cabs, liquor licensing, the administration of the state-owned pubs in Carlisle, and the protection of birds and animals". (1)

A year of vicious street-fighting changed all that. As the situation on the ground rapidly deteriorated the authorities realised they knew next to nothing about any of the principle organisations involved, such as the CRM and Peoples Democracy. (2)

In an effort to clear-up the intelligence mess the Labour Government, in 1970, appointed an MI6 officer, Howard Smith, as UK representative to Northern Ireland, a move which upset MI5.

Howard Smith set-up an elaborate MI6 network, based at Laneside, a large house at Cultra, on Belfast Lough, but was recalled by the Conservative PM Edward Heath after the 'Bloody Sunday' killings in Derry, in January 1972. (3)

His replacement was an MI5 agent, who posed as a Stormont civil-service advisor. However when the Labour Party were returned to power in the general election of February 1974, MI6 once again gained the upper hand and Laneside became the centre of

intelligence operations and the place where the most important aspects of Britain's military as well as political strategy was evaluated, discussed and decided upon. MI6's influence on British policy regarding Ireland at this time is best illustrated by the fact that truce-talks with the IRA were held there later in the year.

Merlyn Rees, the Northern Ireland Secretary of State (from March '74 to September '76) was a keen MI6 supporter, however Roy Mason, who took over from Rees, sided with the 'cabinet of colonels' at British Army (HQ), Thiepval Barracks, Lisburn. Mason shut down Laneside and several other MI6 'safe-houses' in County Down, and sent everybody packing.

MI5 remained in the ascendancy until 1979 when Mrs Thatcher appointed Maurice 'The Mole' oldfield, a former Director-General of MI6, to co-ordinate intelligence matters, and many of the old 'Irish hands' arrived back on the scene, including a number of operatives who had handled 'agent provocateur' scenarios in the early 70s, in which banks and post-offices were robbed, and police stations petrol-bombed in the Irish Republic, in an effort to encourage the Dublin government to pass anti-republican legislation.

Oldfield died (of heart failure) in 1980, and his successor, Sir Brook Richards, made an attempt to rationalise the intelligence situation, including 'laying-off' a number of agents, but the military establishment merely incorporated the redundent spies into existing military intelligence units. Joint Intelligence Operations Committees were set-up, with the senior committee meeting at Lisburn (4), and district committees (which 'feed' Lisburn) at Ebrington Barrack, Derry, where the Army has its 3rd. Brigade HQ, and at Gough Barracks, County Armagh.

One of the military intelligence units which accomodate redundant spies is FINCO, (Field Intelligence Non-Commissioned Officers). FINCOs are the foot-soldiers of the British espionage army in Ireland, and regularly cross the border. They always accompany any RUC SOCO (Scene of Crime Officer) who crosses into the south - usually posing as military liaison men. The RUC usually cross to examine arms caches, or explosives which the Irish police find. Photographs taken by SOCOs and FINCOs are turned over to a special department called Weapons Intelligence Section, while pictures of houses, farm-buildings, cross-roads, and general topography which the FINCOs take on their way up and down to the south are passed over to 12 Intelligence and Security Company, Lisburn.

FINCO units have been active from the very begining of the war, forming an essential part of the intelligence pyramid. At the bottom of this pyramid is the informer, passing on bits and pieces concerning individuals and the locality in which he/she lives. In many cases the informer is a petty criminal, and therefore vulnerable to pursuasion or blackmail.

Much useful information is also gathered at street-level by Army patrols who note new arrivals, strange cars, and anything 'unusual' in their operational area. Each British Army infantry battalion has its own small intelligence cell which is expanded during tours of duty in Ireland, with about 30 soldiers employed full-time in collecting and collating local information. This material is then sent to be evaluated at Lisburn, where it's re-distributed later to the relevant intelligence agencies.

Offensive intelligence operations began in the early 70s with the activity of the Military Reconnaissance Force (MRF), which consisted of FINCOs, former SAS per-

sonnel, and criminals, under the nominal control of General Harry Tuzo, the Chief of Staff in Northern Ireland, and its principle task was to gather and analyse intelligence on the IRA in particular, and the nationalist community in general.

The MRF numbered about 50, armed with Browning 9mm pistols and Sterling sub-machine guns. They were divided into units of 12-15, assigned to a particular district and worked in squads of 2-4, travelling in unmarked civilian vehicles. The Army has admitted that on a number of occasions throughout 1972 the MRF shot civilians on the streets of West Belfast.

The most spectacular example of an MRF operation was the 'Four Square Laundry'. This 'company' did business as a legitimate laundry, and as laundry vehicles are usually large, the Four Square van was capable of holding a couple of spooks and their equipment in a special compartment beneath the roof without arousing suspicion.

The van toured nationalist areas of Belfast, soliciting custom and making collections and deliveries - the actuak washing being sent out to another laundry on contract.

Intelligence was collected in many ways: the 'laundry people' would chat with women to obtain apparent insignificant bits of information which could be of importance when pieced together. Meanwhile the agents under the roof photographed the houses, occupants, streets and vehicles. Once back at base laundry lists were compared with previous ones concerning a 'suspect' family. A difference in the size of a man's shirt could indicate the presence of 'a second man'; a woman whose husband was in jail, or had been killed, who gave male clothing for laundering could inadvertently give away the presence of an IRA Volunteer 'on the run'. The clothes were also scientifically analysed for traces of blood, gun-oil, and explosives.

The Four Square Laundry was a highly sophisticated operation and it took several months for the IRA's Intelligence Department to uncover it. On 2 October 1972 the van was doing its usual round of the Twinbrook Estate. As it drove through Juniper Park a special intelligence unit of the IRA ambushed it, killing the driver and the agents beneath the roof.

Shortly afterwards a second IRA unit attacked the Gemini 'Health Studio' on the Antrim Road, in another part of the city. This was in fact an MRF sexpionage operation set-up with the assistance of Britain's 'uncrowned king of vice' Bernie Silver, who supplied the girls and the management 'expertise'. The main object of this operation was to compromise important Belfast professional men in order to blackmail them either for information or into becoming informers. To do this hidden cameras were fitted in the walls and ceilings of the bedrooms.

The IRA killed two agents at the brothel, and although the British refused to acknowledged that any raid took place, the road was sealed off for a number of hours while troops removed tape-machines, cameras, and two-way mirrors from the building.

After the deaths of five agents the MRF was disbanded as an operative unit, and its members were scattered throughout the existing military network, while some of its locally recruited personnel later fought and died as mercenaries in the service of the white Rhodesian regime of Ian Smith.

The MRF was replaced by the Special Air Service (SAS). The SAS is a highly-trained, specialized, and over-armed counter-insurgency regiment made up of volunteers from existing regiments. They have been present in one guise or another throughout the war, and have been deeply involved in covert operations on both sides of the border, which have included the kidnapping and murder of suspected IRA activists; 'shoot-to-kill'

stake-outs; and placing bombs in Dublin in December 1972 which killed 2 people and injured many more. (5)

Initially however the presence of the SAS was denied by the British until 1976 when Roy Mason decided to capitalise on the ruthless image of the force by sending with full publicity an SAS squadron to Ireland, to stiffen Army morale after a series of military disasters.

Yet although the role of the SAS was unpublicised outside Ireland before 1976, the activities of SAS personnel were known to the nationalist community, some of whom were its victims. After a series of unexplained killings in the early 70s, an issue of 'Civil Rights'(6) contained the following advice on its front page. Under the heading 'What To Do If The SAS Shoot You' part of the advice read: "Provided you are alive when the shooting stops, pretend to be dead until the squad moves away, otherwise they might try to finish the job. If there is an Army post nearby do not worry. It will not be manned, or if it is the occupants will be busy writing a press statement to say that no military personnel were involved in the shooting...".

For the general public however, in Britain and abroad, the Government needs to ensure that the SAS are perceived as law-and-order superheroes, and not as a group of hired assassins, and in the present authoritarian frame of mind under Margaret Thatcher, the SAS have been projected as "a concentrated symbol of British potency to be revived and set to the task of representing 'Britain' at its best". (7)

Thus their image has been naturalised as a force of state superheroes and their anonymous legitimacy, and the legitimacy of their actions, is not discussed but simply taken for granted by the British media; a policy of silence which covers the activity of almost all Crown forces in Ireland.

The Provisional IRA have their own view of the SAS: "They project the idea of an elite force, of professionals who are very precise in their operations against isolated groups of terrorists. But in actual fact when it comes to facing up to a popular movement, their technical skill doesn't really count too much. That's what we've established in Ireland. Here they've distinguished themselves for a large number of fiascos which have often embarrassed London. We've had incidents due to map-reading errors at the border, where a dozen of these experts found themselves south of the border, in plain-clothes, with fire arms...In their policy of selective assassination of republican suspects the SAS have killed more civilians than IRA men". (8)

The fiascos referred to include the inactivity of men like Staff Sergeant George Fairbrother. As part of an SAS patrol in early 1980 this individual and others crouched behind a wall while the officer in charge, Captain Westmacott, attacked an IRA M-60 machine-gun position believing, mistakenly, that his men were right behind him. He was buried quietly, with full military honours, officially listed as a member of another regiment, the Grenadier Guards. He was one of many SAS men who have died in Ireland, a fact about the superheroes that the state (officially) ignores.

Map-reading 'errors' can also be fatal as well as embarrassing. One such resulted in a full SAS patrol ending-up in a Dublin court after being arrested while 'cruising' south of the border. While on his way to discuss the case with Irish government officials the British ambassador, Christopher Ewart-Biggs, was ambushed and killed by the IRA. Besides his diplomatic position Ewart-Biggs was a senior MI6 agent who had been active on behalf of British intelligence in the Middle East and Algeria throughout the 50s and early 60s. It was this background which was highlighted by the IRA in a state-

ment issued after the attack, pointing out that he was killed because "he was here to co-ordinate British intelligence activities..."

Britain's counter-insurgency strategy at this stage in the war (mid-70s) was spear-headed by undercover SAS troops, who would 'break' an area, and then hand it back to the Royal Ulster Constabulary (RUC).

Regarded and referred to as 'a police force', the truth is that the RUC resemble no other police force in Western Europe. In the course of the last 15 years the RUC has become completely militarised in terms of training, equipment and tactics. At present its 'hard edge' consists of 12 Mobile Support Units, 20-30 strong, based at Divisional level, and the Special Support Unit, about 100 strong, which is under Special Branch control at RUC (HQ) Knock, but can be tasked out to Divisional level on request.

In structural terms the RUC wholly resemble the British Army, whose two Infantry Brigades and their respective special troops can call upon the services of the SAS squadron based at Aldergrove, outside Belfast, under the control of the joint MI5/MI6 station, set-up by Oldfield.

The RUC however, despite their militarisation, have been unable to contain the situation and at present the SAS are back in every area. Since 1980 as many members of the Army and RUC have died in the countryside as in Belfast, and an operation like the ambush at Warrenpoint (9) was no different in scale to dozens of recent operations. Thus landmines of 500-750 kilos are no longer unusual, while IRA units in West Belfast, Derry, East and West Tyrone, and Fermanagh have proved able to handle the logistics of firing the IRA's 15cms mortars, an operation involving up to 20 men and previously confined to South Armagh. Throughout 1985 IRA mortar attacks have badly damaged RUC barracks, border check-points, and a training centre, and caused scores of casualties. It is a reflection of the failure of Britain's counter-insurgency policies on the one hand, and a reflection of the tenacity of the resistance on the other, to record that 1985 was one of the worse years for the RUC in terms of manpower, equipment and morale, since the begining of the war.

Another worry for the British is the IRA's use of Browning .303 heavy calibre machine-guns, mounted on the backs of pick-up trucks. These have been used against Army helicopters moving men and supplies to and from the border region, and is particularly demoralising for the troops when one considers that the helicopter is the principle support vehicle in an area where Army mobile and foot-patrols have been badly mauled for years by IRA units.

The RUC and the Army have three different operational levels in the north of Ireland. There are the ordinary RUC men and soldiers that patrol the streets; there are local specialists - intelligence, the SAS, and signal troops (communications) on the British side, Special Units and local CID squads on the RUC side; and HQ specialists on both sides.

The modus operandi of the specialists is almost identical. They divide themselves between a surveillance team (OP), and a Quick Reaction Force (QRF). The OP team is engaged in covert duty, either following an individual or watching a premises, while the QRF is nearby, directly covering from an RUC barracks or in the back of a van, depending on whether the exercise is designed for 'pure' intelligence, or to hit an IRA meeting or operation.

However the existence of the specialised units creates friction and resentment among the ordinary soldiers, especially since a number of 'supergrass' trials in Belfast have

revealed that intelligence outfits are quite prepared to allow their agents to operate against ordinary members of the RUC and Army, in order to gain credibility with the IRA. This strategy has also failed. (10)

The unresolved difficulty within the Army/RUC intelligence systems is that different levels have different priorities. At RUC (HQ) Knock, they are interested in the IRA's Northern Command and GHQ personnel; MI5 and MI6 are operating at an overall strategic level, as well as paying attention to what's happening in the south; while at Divisional level the priorities are quite the opposite and focus on local IRA units, while the 'ordinary' squaddie just does his best trying to stay alive.

It is at Divisional level that the maximum use is made of yet another integral part of Britain's war-machine - the Ulster Defence Regiment (UDR). The UDR is a product of the Hunt Report (11), and together with the RUC they are the blunt instruments of the counter-insurgency strategy.

The UDR came into existence on April Fools Day 1970, a 'homegrown' regiment, armed with the most modern equipment and deployed as an operational unit of the British Army. The UDR became the eyes and ears of the state. Members were instructed to consistently observe the movements and activities of their nationalist neighbours, particularly in rural areas, and to always carry a gun. As the UDR is the largest regiment in the British Army, it (naturally) has the largest intelligence cell, and its own imput at policy discussions at Lisburn.

However the most disturbing facts about the UDR are that since 1970 hundreds of weapons have disappeared with incredible ease from UDR arsenals; their deployment in the early 70s coincided with the most extreme campaigns of sectarian assassination by loyalist paramilitaries; and that in the 15 years of its existence hundreds of full-time and part-time members have been jailed for crimes which include kidnapping, rape and murder.

The way in which the security forces (Army/RUC/UDR) deploy themselves on the streets of Belfast and Derry is also interesting. If one sees a foot-patrol, one knows that the adjoining and parallel streets are also being patrolled; that there are perimeter patrols; that mobile patrols are out; that the helicopter with its air-to-ground video link is up; that there are undercover troops lying in derelict houses, and hidden lenses covering various streets. According to IRA sources in Belfast, "it has never been more difficult to get the edge on the British". (12)

The same is true in rural areas, where a combination of 'double' patrols, superior equipment, and undercover work has made IRA operations more difficult. If an Army patrol is dug-in (on OP duty) it is certain that there are other ones covering it. If armoured cars are seen patrolling a road, it is almost definite they are also on a parallel one, thus making mining difficult. When the Army are on foot-patrol they avoid all roads, all natural gaps (machettes are used to cut through hedges) and obvious stopping points are avoided in order to minimise the risk of IRA mobile-mines or booby traps.

Despite this, as we have seen, the IRA continues to operate - a fact which testifies to the extent and depth of support for the republican guerrilla campaign.

Another important aspect of the intelligence system is the attention paid to the movement of people and vehicles south of the border, as well as all houses and business premises within the nationalist areas. Initially material is compiled by agents on the ground, and surveillance aircraft using cameras and night-viewing equipment(13). This information is stored (and continually up-dated) in computer banks, and provides the

data from which security check-points at border crossings, internal check-points, and cross-Channel ports-of-entry receive instructions on arrests and detentions.

According to classified British documents "the VENGEFUL system is a computer based system which is designed to assist vehicle intercept operations..." in order to provide "the SF (security forces) with timely intelligence to indicate those particular vehicles owners, drivers or passengers that may be engaged in terrorist activity and should therefore be stopped and searched".

Also described is a system called 'Border Crosser' which deals with vehicles crossing from the south, details of which are passed on to local commanders. If the officer in charge of a patrol stops a vehicle he is instructed not to "indicate to the driver of the vehicle that he knows he has crossed the border. The driver should be asked the routine questions as to his departure point, destination, time journey commenced and estimated time of arrival. This information, along with the driver's and passenger's names, addresses, and dates of birth should be recorded".

From then on every move the vehicle makes will be observed, and anything 'suspicious' such as why a journey took longer than indicated, or why the vehicle was seen entering or leaving a 'suspect' area, may provide a motive for the authorities to pick-up and detain the driver for 'further investigation'. (14)

Besides the information stored on vehicles and persons, the computer data banks also includes precise details of organisations which are regarded as 'Republican and Left Wing'. Details of the organisations include the 'aims and policy', which gives an indication as to the direction the organisation may take or what attitude it may adopt toards a given political or military situation. Also listed under 'Orbats' are details on all the active personalities of an organisation, of which published reports form a vital source. These are then cross-referenced to a personality card or file elsewhere in the computer. (15)

However of the many and diverse operations carried out by British Intelligence in Ireland one of the most ambitious (and sordid) was the 'Kincora Affair' - an example of the lengths to which successive British governments are prepared to go in order to maintain its north of Ireland colony. (16)

The saga of Kincora - a local council home for boys in East Belfast - began in the late 60s when a couple of homosexuals, who were also prominent members of the Orange Order (17), got themselves jobs there. When British intelligence agents (Scotland Yard and MI5) were sent to Belfast in 1970 to purge the RUC Special Branch of hardline loyalists who had been appointed to key positions by anti-nationalist Unionist politicians, they uncovered the Kincora vice-ring, which by that time included at least two Unionist MPs, and several prominent Orangemen. The home was being used as a source of youthful talent for a clique of paederasts, many of whom were in important positions in loyalist business and political circles.

Initially Kincora was used as a blackmail weapon by which first MI5 and then MI6 recruited informers at high levels within Unionism. When internment brought the Army into massive conflict with the IRA (18) in the early 70s, the information about homosexual activity which had been gained through Kincora was used to recruit a number of pseudo-gangs, as advocated by General Frank Kitson (19). These gangs, controlled by British agents, were responsible for the murders of hundreds of innocent nationalist civilians in a wave of sectarian terror which lasted until the mid-70s.

The best known of the pseudo-gang leaders was John McKeague, who founded the UDA,

(the Ulster Defence Association - the largest loyalist paramilitary organisation in existence today) and also set-up the Red Hand Commando, a homosexual-death-squad which was involved in a number of gruesome (almost ritualistic) killings. McKeague was shot dead the night before he was due to make a statement about Kincora, one of a number of people who have died in mysterious circumstances when it looked like they might talk.

Later, when MI5 and MI6 had exhausted the blackmail possibilities of Kincora, the British Army's Psychological Warfare Unit (PsyOps) at Lisburn used information about Kincora to smear a number of prominent loyalist political figures, including Rev. Ian Paisley, many of whose close associates were homosexual, and the Rev. Robert Bradford, the South Belfast Unionist MP who was assassinated shortly after the press became aware of his links with Kincora.

A couple of years later, with the extensive vice-ring continuing to flourish under apparently official sanction, the affair took its most bizarre twist when senior MI6 officials indulged themselves with the youthful inmates of the boys home, some of whom were bussed down to a plush hotel near MI6 (HQ) Laneside.

There have been a number of official inquiries into the Kincora Affair, though for various reasons (including executive interference), none have produced a definitive report. Much of what is known comes from Colin Wallace, a former PsyOps officer at present serving a prison sentence in an English jail for what the judge described as a "dreadful and horrifying murder". (20)

Wallace has been feeding bits and pieces to the press since 1981. It is known that he wrote to PM Thatcher about Kincora nearly 2 years ago (21), and that she recently tried to use this knowledge against the loyalist leaders Paisley and Molyneaux by threatening yet another inquiry if they tried to block the Anglo-Irish Agreement. (22) However both MI5 and MI6, as well as some very influential members of the British Establishment have a lot more to fear from a fifth inquiry into Kincora than the loyalists, and judging by their 'crusade' against the A-I Agreement, the loyalists realise this and have called Margaret Thatcher's bluf.

The element of trust no longer exists in the relationship between the British Government and the Loyalists of Ulster (23), and this is apparent at all levels but nowhere more so than in the area of security. PM Thatcher doesn't trust the RUC to act impartially if the going gets tough, (despite what she says in public), and an MI5 team is in overall charge of security for the Anglo-Irish secretariat, who meet in a bunker at Maryfield, outside Belfast.

Maryfield is surrounded by barbed-wire fencing, seismic sensors - to detect the foot steps of sneal attackers creeping through the grounds - and closed-circuit TV, all installed by British technical troops and 'mainland' civilians. Guard duty is carried out by soldiers from an infantry unit based at nearby Palace Barracks, and by plain-clothes members of the Special Protection Unit-11 Royal Military Police, based at Lisburn.

CONCLUSIONS

The examples mentioned in this article are only the tip of a 'dirty tricks' iceberg which has been growing for 15 years, out of control at least half that time. Britain's counter-insurgency strategy is really an unsuccessful mish-mash of options from other colonial conflicts, remoulded for Irish conditions. (24)

The primary aim of the strategy is the defeat of the Irish Republican Movement, with

its political and military organisations, Sinn Féin and the IRA, based in the nationalist community. Yet instead of driving a wedge between the community and the Republican Movement, Britain's strategy has resulted in the criminalization of large sections of the community, thus broadening the support for republican political and military action. It is worth remembering that for those against whom it is directed, counter-insurgency is state-terror. For the nationalists this includes the most modern technological gaggetry on the one hand, and seemingly mindless violence and sectarian terror on the other. However the Republican Movement has never been stronger politically, or more efficient militarily, in what nationalists call 'the occupied area', which suggests that Britain's counter-insurgency strategy has been a failure.

Britain is no longer able to pretend to the world that the north of Ireland "is a normal society with an abnormal number of 'evil men' who are holding the community at ransom". (25), over 43% of the vote in the nationalist community for Sinn Féin in local and national elections has exposed that lie. Another development over the last 5 years is the extent to which local organisations and committees, in both communities, have taken control of areas of 'local welfare' and general community-life, the manipulation of which is essential to any successful counter-insurgency programme, according to the 'experts'. (26)

Sometime during the 7 year premiership of Margaret Thatcher (probably after 1982) a decision was taken in High Tory circles to initiate a gradual withdrawal from the north of Ireland - although retaining certain military bases and access to sea-port facilities, as in 1922 (27). The administration of the area would slowly be taken over by Dublin civil-servants, and local constitutional representatives from both communities, while the RUC and the UDR would take care of security.

This scenario assumed that the loyalists would go along with the A-I Agreement, <u>after a period of unrest and uncertainty</u>, although it is unlikely that the depth and extent of the loyalists anger was foreseen. This may be the phase we are into now in the north of Ireland.

<u>NOTES</u>

(1) James Callaghan - 'A House Divided' - Collins, London 1973.

(2) The Peoples Democracy was a radical student organisation, based at Queens University, Belfast. Its most dramatic initiative in support of the civil-rights campaign was a 4-day march from Belfast to Derry, 1-4 January 1969.

(3) On 30 January 1972 members of the First Parachute Regiment shot dead 13 unarmed anti-internment demonstrators. The Derry City Coroner later called the Paras' action, "sheer, unadulterated murder".

(4) Represented on the Senior Committee are MI5, MI6, 14 Army Security & Intelligence, (responsible for special political intelligence operations), 12 Intelligence & Security, (Lisburn Military HQ Intelligence), the Special Air Service (SAS), and the RUC (political intelligence) SPG Bronze Section.

(5) Within hours of the bombings the Irish Government passed a law giving the police wider powers to combat 'terrorism'. The PM Lynch believed the SAS were involved. The British Government, on 12 August 1973, took the extraordinary step of denying its agents had been setting off bombs in the capital of a friendly state.

(6) Bulletin of the Civil Rights Movement - June 1973.

(7) Screen, London, May/June 1983.

(8) Roger Faligot - 'Nons Aven Tuẽ Mountbatten: L'IRA Parle' - Paris/Picollec 1981.

(9) On 27 August 1979 18 members of 1st Para (the unit involved in Derry '72) were killed in a double-ambush at Warrenpoint, County Down.

(10) Evidence of this activity came to light during the trials of Jackie Grimley, an INLA informer, in September 1983, and Raymond Gilmore, an IRA informer, May '84.

(11) The Hunt Report, 1969 - produced by a committee headed by Lord Hunt set-up to investigate police behaviour during the initial stages of the civil-rights campaign. The Report recommended that the paramilitary police reserve, the B Specials, be disbanded, and a new force, the UDR, be organised as a regular regiment of the British Army. Many ex-B Specials turned up later in the ranks of the UDR.

(12) The Phoenix, Dublin - February 1985.

(13) Aerial Photo Reconnaissance - by personnel of all services, attached to the Joint Reconnaissance Centre, and the Joint School of Photographic Interpretation, U.K.

(14) Under the Northern Ireland (Emergency Provisions) Act, 1978, a person can be held for up to 7 days in police custody without being charged. On the statement of a supergrass however, a person can spend up to 4 years in police custody while the 'evidence' is collated.

(15) These documents were first published in The Sunday Tribune, Dublin, April 1981.

(16) An important element in the Kincora affair is the fact that homosexuality was illegal in Northern Ireland until 1982. The British Sexual Offences Act 1967, which legalised homosexuality for consenting adults, didn't include N. Ireland because the Unionists wouldn't accept it. Attempts to introduce it were opposed by campaigns such as Ian Paisley's 'Save Ulster from Sodomy', in 1978. The Act was finally brought in as the Homosexual Offences (Northern Ireland) Order, 1982.

(17) The Orange Order is the largest Protestant organisation in Northern Ireland. Founded in 1795, with a lodge system based on the Masonic Order, the organisation has been the 'backbone' of Unionism. The Order is virulently anti-nationalist, and most members of the 'homegrown' security forces (RUC/UDR) have been influenced by its prejudices. The senior branch of the Order is known as the Royal Black Institution, at present headed by James Molyneaux, leader of the Official Unionist Party.

(18) In the four months prior to the start of internment in August 1971, 8 people had died in the north of Ireland. In the four months after the initial round-up, the death toll included 30 British soldiers, 73 civilians and 11 members of the RUC and UDR.

(19) Frank Kitson - 'Bunch of Five' - Faber, London 1977

(20) Colin Wallace was part of the 'black propaganda unit' at Army (HQ) Lisburn. He claims he became disgusted with some of the 'dirty tricks' taking place, such as Kincora, and tried to have them terminated. As a result (he claims) he was framed on a charge of murdering the husband of his mistress with a karate chop. Wallace received an 8-year sentence in 1981.

(21) The Guardian, London - April 1985

(22) The Anglo-Irish Agreement, signed by London and Dublin in December 1985, is part of an approach which in the long-term means Britain can govern by proxy - though it has been presented as an altruistic document intended to 'address the alienation' of the minority, it has succeeded inalienating the majority.

(23) The situation that developed between the French Government and the France settlers in Algeria in the early 60s is perhaps the closest historical similarity to the

situation at present in the north of Ireland - although not yet as bitter or as bloody.

(24) Since WW2 Britain has been involved in counter-insurgency operations in Palestine, Korea, Oman, Kenya, Dubai, Malaya, Vietnam and Ireland - to name but a few.

(25) Fortnight Magazine - 18 November 1985

(26) Such as Frank Kitson and Robin Evelegh, former BA officer and author of 'Peace Keeping in a Democratic Society' - Hurst & Company, London 1978.

(27) One of the conditions of the 1922 Treaty between Britain and Ireland, which preceded British military withdrawal from the south of Ireland, was that the London government retain right of access to certain sea-ports and naval facilities. No reason to believe similar arrangement havn't been considered, taking into account contemporary national and international influences.

Republica 5-3-86

Auch für Gianni Pelosi Haftbefehl erlassen!
Die Brigadistin Barbara Balzerani der Ermordung Tarantelli's angeklagt

Rom - Barbara Balzerani Gianni Pelosi werden der Ermordung des Wirtschaftswissenschaftlers der CISL,Professor Enzio Tarantelli verdächtigt,welcher von einem terroristischen Kommando am Vormittag des 27. März des letzten Jahres im Hof der Handels- und Wirtschaftsfakultät in Rom erschossen wurde. Der Haftbefehl wurde von dem Stellvertretenden Untersuchungsrichter Franco Ionta unterzeichnet. Die ehemalige Chefin der BR und ihr Begleiter wurden am 19. Juni 1985 in Ostia von einer operativen Einheit der Carabinieri festgenommen. Gianni Pelosi ist auch der Ex-Ehemann von Wilma Monaco, die am 21. Februar des Jahres beim Überfall auf dem Mitarbeiter Craxi's, Antonio Da Empoli, ums Leben kam.
Barbara Balzerani ist der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und des unerlaubten Waffenbesitzes angeklagt. In der Wohnung am Lido von Rom, wo sie zusammen mit Gianni Pelosi wohnte, wurden Dokumente der BR und ein englisches Maschinengewehr der Marke " Sterling", welches aus einer Waffenlieferung einer Plo - Splittergruppe aus dem Jahre 1979 stammt gefunden. Zur Zeit der Verhaftung der beiden Terroristen wurde eine Untersuchungsgruppe eingerichtet um Verbindungen der beiden zur Ermordung Tarantelli's festzustellen. Im Laufe der Ermittlungen erhärteten sich die anfangs nur vermuteten Indizien,weshalb der Untersuchungsrichter Franco Ionta,Leiter im Fall der Ermordung des Wirtschaftswissenschaftlers der CISL, einen Haftbefehl erließ. Im Haftbefehl klagt der Magistrat Balzerani und Pelosi der vorsetzlichen Tötung, des Besitzes und des Transport's von Waffen an. Tarantelli wurde von Kugeln eines "Skorpion"-Maschinengewehrs getroffen. Mit der selben Waffe wurde der Ex-Bürgermeister von Florenz , der Republikaner Lando Conti von den BR- kämpfende kommunistische Partei am 10. Februar des Jahres erschossen. In der Zwischenzeit fand sich gestern in Rom der Parlamentsauschuß für Information und Sicherheit zusammen. Der Ausschuß beschäftigte sich vor allem mit dem Wiederaufflammen des Terrorismus in Italien, seinen internen und internationalen Verbindungen, und den organisierten Gegenmaßnahmen. Der Auschuß, der drei Stunden tagte, hörte den Direktor des Dienstes für innere Sicherheit(SISDE), Parisi, den Polizeichef Porpora und den Carabinieri Kommandant, Genaeral Jucci. Am Schluß unterstrich der Vorsitzende des Ausschusses der Senator Libero Gualtieri, daß " wir mit einem besorgniserregenden Aufflammen des Terrorismus konfrontiert sind"... Dies verpflichtet uns und verpflichtet die Ordungskräfte sich aller möglichen Aufmerksamkeit zu widmen um der Gefahr zu begegnen, daß heißt unsere inneren Strukturen zu verstärken und die internationale Zusammenarbeit verbessern."

Franse politie rekent kopstuk „Action Directe" in

NB 8-4-86

Industrieel neergeschoten in Atheense stadscentrum

ATHENE/PARIJS (afp, nyt, upi) — Een klandestiene organizatie, de „17de November", eiste dinsdag de verantwoordelijkheid op voor de moord in Athene op een Griekse industrieel. Bezorgdheid voor terreuraktles ook in Rome, nadat een Arabische groep ermee dreigde haar aktieveld naar Italië uit te breiden.

De 79-jarige Dimitros Angelopoelos, direkteur van het Griekse staalkoncern Chalivoergiki, was dinsdagmorgen in het volle stadscentrum van Athene neergeschoten door een onbekende jongeman. De politie vond later in de buurt een pamflet van de „Beweging van de 17de November".

Die groep, genoemd naar de datum waarop het leger in 1973 een studentenopproer aan het Atheense Polytechnicon neersloeg, heeft al meer terreuraanslagen op haar aktief. Zo eiste zij in het verleden een aantal moorden op Amerikaanse militairen op. Verleden jaar bracht „17 November" een uitgever van een konservatieve krant om en dynamiteerde de groep een politiebus.

De Italiaanse politie werd dinsdag in staat van verhoogde paraatheid gebracht nadat een Arabische terreurgroep in een brief aan het Italiaanse persbureau in Beiroet gedreigd had met akties. De groep, die zichzelf het „Komitee voor Solidariteit met Politieke Gevangenen uit Arabische Landen en het Nabije Oosten" noemt, wil de vrijlating van twee Arabieren die in 1984 werden gearresteerd toen zij op de Fiumicinoluchthaven van Rome een koffer met explosieven poogden binnen te smokkelen.

Dezelfde organizatie heeft ook een reeks aanslagen in Frankrijk op haar aktief. De jongste was de ontploffing in een winkelgalerij op de Parijse Champs Elysés, op 21 maart. De groep eist ook van Frankrijk de vrijlating van drie Arabische terroristen.

De Franse politie zou inmiddels sukses hebben geoogst in haar strijd tegen de uiterst-linkse organizatie „Action Directe", met de arrestatie voor acht dagen van André Olivier, een van de kopstukken van de groep. „Action Directe" pleegde in de voorbije jaren een twintigtal bomaanslagen in Frankrijk en bracht op 25 januari vorig jaar generaal René Audran om. Die bekleedde een sleutelfunktie inzake Franse wapenleveringen aan het buitenland.

Französische Fahnder entdecken Terroristen-Archiv

SDZ 8-4-86

Lyon (Reuter) Den Terroristenfahndern der französischen Polizei ist das mußmaßliche Archiv einer Splittergruppe der Untergrundorganisation *Action Directe* in die Hände gefallen. Aus Polizeikreisen in Lyon verlautete, in einer Geheimwohnung des am 28. März verhafteten Terrorismusverdächtigen André Olivier seien 100 Kilogramm Akten gefunden worden. Die Unterlagen ließen erkennen, daß er der Chef der Splittergruppe gewesen sei.

Im Pariser Büro der Europäischen Arbeiterpartei sind zwei Sprengsätze von Unbekannten gezündet worden. Menschen wurden nicht verletzt.

Griechischer Industrieller in Athen erschossen

SDZ 7-4-86

Athen dpa) Der 76jährige griechische Industrielle Dimitris Angelopoulos ist in Athen auf der Straße niedergeschossen worden. Kurze Zeit nach der Einlieferung in ein Krankenhaus erlag er seinen Verletzungen. Angelopoulos war im Kolonaki-Viertel im Zentrum der Hauptstadt auf einer belebten Straße zu Fuß zu seinem Büro unterwegs, als ein Unbekannter Schüsse mit einer Pistole auf ihn abgab. Angelopoulos ist Miteigentümer des Stahlwerks *Chaliwourgiki*. Am Tatort wurde ein Bekenntnis der Untergrundgruppe 17. November gefunden, auf deren Konto bereits eine Reihe politischer Morde geht.

9.4.86 **taz**

Anschläge in Italien angekündigt

Beirut (afp) — Die libanesische Organisation „Solidaritätskomitee mit den arabischen politischen Häftlingen in Nahost" (CSPPA) hat in einer Erklärung, die einer westlichen Presseagentur in Beirut zugespielt wurde, mit Anschlägen in Italien gedroht. In dem Kommunique erklärte die Bewegung, sie habe „die Geduld verloren". „Die Straßen Italiens werden Schauplatz derselben Tragödien wie in Frankreich werden", hieß es. Die Bewegung hatte sich bereits zu einer Reihe von blutigen Anschlägen in Frankreich bekannt, zuletzt zu einem Bombenanschlag am 20. März auf den Pariser Champs Elysees, der zwei Todesopfer und 28 Verletzte gefordert hatte. Die CSPPA fordert die Freilassung von zwei Libanesen, Josephine Abdo Sarkis und Abdallah Mansouri. Beide waren im Juni vergangenen Jahres von einem Gericht in Triest zu 15 bzw. 16 Jahren Haft verurteilt worden.

Anschlag in Stockholm

SDZ 9-4-86

Stockholm (Reuter) Im Zentrum von Stockholm ist ein Sprengstoffanschlag gegen eine amerikanische Fluggesellschaft verübt worden. Die schwedische Polizei teilte mit, niemand sei verletzt worden. Das Gebäude, in dem die „Northwest Orient" ihren Sitz habe, sei leicht beschädigt worden.

TAZ 8-4-86

Paris: Anschlag auf EAP

Paris (afp) — Auf den Pariser Sitz der Europäischen Arbeiterpartei (EAP) ist am Sonntagabend ein doppelter Sprengstoffanschlag verübt worden. Nach Mitteilung der Polizei entstand lediglich geringer Sachschaden.

Europäische Weltraumrüstung

AK 269 — 7. April 1986

Auszug aus dem Buch "Frieden schaffen mit europäischen Waffen?"

von Otto Pirschel

Bei der Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu Aufrüstungszwecken verlassen sich die westeuropäischen Staaten nicht auf die Unterstützung durch die USA. Hilfe von jenseits des Atlantiks ist, trotz der SDI-Abkommen zwischen den USA und England und der BRD, fragwürdiger geworden, seit die US-Regierungen Ende der siebziger Jahre begannen, Forschungsergebnissen zunehmend den Stempel „top secret" aufzudrücken. Die westeuropäischen Imperialisten scheuen deshalb keine Mühe, mit eigenen Forschungsprogrammen ihre Kriegsfähigkeit zu vergrößern. Im Rahmen des EUREKA-Programms oder in unmittelbarer Verknüpfung damit wird gegenwärtig die konventionelle Rüstung und die militärische Nutzung des Weltraums vorangetrieben.

Einen Überblick über laufende Vorhaben und ihre militärtechnische Bedeutung gibt der Auszug aus dem Buch „Frieden schaffen mit europäischen Waffen? — Westeuropäische Rüstungspolitik zwischen Eigenständigkeit und US-amerikanischer Vorherrschaft" von Otto Pirschel, das zum Kölner Kongreß „Frieden mit der NATO?" im isp-Verlag erscheinen wird.

Das US-amerikanische Programm zur Entwicklung einer weltraumgestützten Raketenabwehr, Strategic Defense Initiative (SDI), hat für die westeuropäischen Staaten eine ganze Reihe militär- und technologiepolitischer Fragen aufgeworfen. Mit dem EUREKA-Programm, neuen Initiativen für die Errichtung des westeuropäischen Binnenmarktes und für die Bildung einer Politischen Union Westeuropa mit militärpolitischen Kompetenzen haben die EG-Staaten im Sommer 1985 auf viele von SDI berührten Bereiche reagiert. Ob die westeuropäischen Initiativen der Herausforderung durch SDI gerecht werden und realisiert werden können, bleibt zum gegenwärtigen Zeitpunkt offen, aber die politischen Ziele des westeuropäischen Bürgertums müssen wir genauer betrachten. Erst aus dieser Untersuchung ergibt sich eine Antwort auf die Frage, ob und welche Widersprüche es zwischen den USA und den EG-Imperialisten gibt.

Anmerkung AK: Wir überschlagen hier den Abschnitt des Buches zum SDI-Programm. Red.

Die westeuropäischen Interessen

Angesichts dieser Tatsachen (der militärischen Bedeutung des SDI-Programms für die USA, Anm. d. Red.) können wir davon ausgehen, daß die Mehrzahl der Kritiken, die heute aus Westeuropa am SDI-Programm geübt werden, eher rhetorischer Art sind. Eine „Abkoppelung" der USA von den westeuropäischen NATO-Staaten wird es durch das SDI-Programm nicht geben. Bei dieser Kritik wird in der Regel vorausgesetzt, daß die USA zu einer „uneinnehmbaren Festung" würden, während die westeuropäischen Staaten ohne die Nukleargarantie der USA dem sowjetischen „Expansionsdrang" ausgesetzt seien. Kritiker aus der SPD oder dem DKP-nahen Spektrum gehen bei ihrer Argumentationsführung zwar zurecht von einem Angriff der NATO auf den Warschauer Pakt aus, doch spielt gerade bei diesen Strömungen das Argument des frühzeitigen nuklearstrategischen Schlages die tragende Rolle. Diese Kritiken übersehen jeweils, daß die NATO ein gemeinsames Instrument von Nordamerikanern und Westeuropäern ist, die Einflußmöglichkeiten der Sowjetunion zu begrenzen und die bürokratisierten Arbeiterstaaten zu vernichten. Innerhalb dieser ihnen gemeinsamen Zielsetzung sind naturgemäß die US- und die westeuropäischen Imperialisten daran interessiert, Militärstrategien durchzusetzen, die ihren spezifischen Interessen entsprechen. Ein Ausbrechen aus dem gemeinsamen Rahmen ist den Partnern aber nicht möglich. Jede militärische Operation der westeuropäischen Staaten oder gar einzelner Nationen gegen den Warschauer Pakt ohne Übereinkunft mit den USA müßte auf die Drohung mit deren strategischen Potential verzichten. Ebensowenig ist denkbar, daß die US-Imperialisten ihre in Westeuropa stationierten Truppen eigenmächtig gegen den Warschauer Pakt in Bewegung setzen könnten, weil dies zum Bruch im NATO-Bündnis führen müßte.

Nein, die Gefahren einer Zuspitzung der internationalen Lage, die sich aus der Durchführung des SDI-Programms ergeben, das seitens der BRD, Großbritanniens und Italiens auch staats-offiziell unterstützt werden soll, liegen gerade im Schnittpunkt der US-amerikanischen und der westeuropäischen Zielsetzungen. Die Verbesserungen nicht-nuklearer Waffensysteme, die aus der SDI-Forschung zu erwarten sind, und die eine nicht-atomare Kriegsführung ermöglichen sollen entsprechen insbesondere den Interessen der westdeutschen Bourgeoisie (s. Kap. 3). Widersprüche zwischen den NATO-Partnern und der Gegensatz von SDI und EUREKA haben rüstungs- und zivilwirtschaftliche Gründe, denn die Westeuropäer wollen den USA weder eine Monopolstellung auf dem Markt für hochtechnologisierte Waffensysteme noch für die zivile Anwendung neuer Technologien überlassen.

Die Initiative für EUREKA (European Research Coordination Agency), die Bildung einer westeuropäischen Agentur für die Zusammenfassung der Hochtechnologieforschung, ging von der französischen Regierung aus und erfuhr von Beginn an lebhafte politische Unterstützung beim BRD-Außenminister Genscher. Obgleich der französische Vorschlag der Öffentlichkeit zu einem Zeitpunkt präsentiert wurde, als die SDI-Debatte vollends nach Westeuropa übergeschwappt war, sollte EUREKA nicht als einfache „Antwort auf SDI" angesehen werden. Vielmehr gehörte es auf den EG-Gipfeln der letzten Jahre zum Standard-Repertoire der Abschluß-Kommuniqués, die engere Zusammenarbeit in der Industrie- und Technologiepolitik zu fordern. Die SDI-Debatte hatte einen günstigen Nährboden für die Annahme eines angeblich rein zivilen Forschungsprogramms geschaffen.

Trotz der grundsätzlichen Zustimmung breiter Kreise in den westeuropäischen Staaten fällt es den Regierungen nicht leicht, bei der Umsetzung der EUREKA-Pläne zügig voranzukommen. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es eine westeuropäische Industrie- und Forschungszusammenarbeit bereits auf vielen Sektoren gibt: Beispielsweise das Fusionsexperiment JET (Joint European Tours), Esprit (das Strategische Programm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie), die westeuropäische Raumfahrtagentur ESA (European Space Agency) (9).

EUREKA ist als zentraler technologiepolitischer Hebel für die weitere westeuropäische Einigung gedacht. Dies soll jedoch weder einzelne Staaten noch Monopole hindern, sich gleichzeitig am SDI-Programm zu beteiligen. Westdeutsche Konzerne verbinden mit einer SDI-Beteiligung das Interesse, technologische Vorsprünge (zum Beispiel MBB und Dornier bei Instrumenten-Plattformen) möglichst profitabel zu verwerten und gleichzeitig Informationen über neugewonnene Kenntnisse im Rahmen der SDI-Forschung zu erhalten. Die Begründungen zuständiger westeuropäischer Politiker lauten dagegen recht unterschiedlich.

Der westdeutsche Forschungsminister Riesenhuber und Großbritanniens Handelsminister Brittan begründen Möglichkeit und Notwendigkeit der Zweifachbeteiligung mit dem zivilen Charakter des EUREKA-Programms und dem militärischen Gewicht von SDI. Der bayerische Weltpolitiker Strauß erkennt und vertritt viel genauer den Doppelcharakter beider Programme: So wie das SDI-Programm die technisch-industrielle Welt auch dann verändere, wenn nicht alle militärischen Zwecke erfüllt würden, müsse EUREKA umgekehrt auch unter dem Blickwinkel militärischer Nutzungsmöglichkeiten gesehen und betrieben werden. Für Staaten und Konzerne sei es zwingend, an den Erkenntnissen und Entwicklungen beider Programme teilzuhaben.

Mit dem EUREKA-Programm verbunden werden soll die Arbeit für eine Europäische Verteidigungsinitiative EVI. EVI wird gemeinhin dargestellt als ein System zur Abwehr sowjetischer Kurz- und Mittelstreckenraketen, Lenkflugkörper und Flugzeuge. Wegen der weit kürzeren Entfernungen und Flugzeiten sind solchen Abwehrsystemen in Westeuropa noch engere technische Grenzen gesteckt als dem Versuch einer Abwehr von Interkontinentalraketen. EVI wird deshalb nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung der NATO-Militärstrategie propagiert. EVI und EUREKA sollen zur *„Entwicklung ‚intelligenter' Waffen, die ihre Ziele selbst suchen, und (zur) Entwicklung der Aufklärungs- und Trägersysteme für das Konzept Follow-on-Forces-Attack (FOFA) der NATO zur weitreichenden Abwehr gegen die zweite gegnerische Staffel"* verhelfen (10). Tatsächlich überlappen sich die rüstungstechnischen Anforderungen, die sich aus dem Rogers-Plan ergeben, schon heute in einigen Teilen mit Projekten des EUREKA-Programms. Der Rogers-Plan fordert die umfassende Anwendung der Informations- und Kommunikationstechnik und neuer Sensor-, Laser- und Computertechnologien (11) und die Verwendung „konventioneller Flächenfeuermunition und gelenkter Tochtergeschosse (Submunition); Treffsicheres Verschießen gelenkter Tochtergeschosse durch boden- oder luftgestützte nicht-nukleare Raketen oder sonstige Abstandwaffen; nahezu zeitverzugslose Datenübertragung für Gefechtsfeldüberwachung und Zielerfassung" (12). Die Entwicklung eines Hochenergielasers, die auf der Hannoveraner EUREKA-Konferenz beschlossen wurde und an der sich BRD, Italien, Großbritannien und Frankreich beteiligen wollen, ist von militärischen Zwecken nicht zu trennen.

„Gebündelte kinetische Energie kann der Metallverarbeitung dienen, aber auch zum Abschuß von Panzern und Flugzeugen. Die Utopie ist hier der Wirklichkeit nur mehr wenig voraus. (...) Laserkanonen befinden sich bereits im Versuchsstadium", schreibt dazu die Frankfurter Rundschau (13). Gerade im Bereich der Luftabwehr gegen Hubschrauber und Kampfflugzeuge, aber auch gegen Raketen und Marschflugkörper sind Laser-Waffensysteme sehr weit entwickelt. In Westeuropa gilt das Modell eines entsprechenden Hochleistungs-Lasers von MBB und Diehl als das fortgeschrittenste. Den Anspruch auf „die Federführung bei EVI" hat der MBB-Vorstandsvorsitzende Vogels schon angemeldet. Die Weiterentwicklung optoelektronischer Systeme, die im EUREKA-Rahmen französische und italienische Firmen betreiben wollen, kann im Bereich der Aufklärung und Zielerfassung ebenfalls der Verbesserung neuer Waffen- und Führungssysteme dienen.

Militärische Operationen sind ohne die Einbeziehung von Spionage-, Navigations- und anderer Satelliten undenkbar geworden. Die Anwendung des technologischen Potentials in der Raumfahrt ist für die imperialistischen Staaten deshalb zur Notwendigkeit geworden. Für die Westeuropäer trug der französische Staatspräsident Mitterand diesen Gedanken im Februar 1984 unüberhörbar in die Öffentlichkeit: *Wenn Europa in der Lage ist, eine bemannte Station in den Weltraum zu bringen, die ihm erlaubt, jede mögliche Bedrohung zu beobachten, zu übermitteln und damit zu verhindern, dann wird es einen großen Schritt auf seine eigene Verteidigung hin getan haben. Nicht zu vergessen die Fortschritte bei der elektronischen Datenverarbeitung und dem künstlichen Gedächtnis sowie die bereits bekannte Fähigkeit, Projektile abzufeuern, die sich mit Lichtgeschwindigkeit fortbewegen. Eine europäische Weltraumgemeinschaft wäre meiner Meinung nach die beste Antwort auf die militärischen Realitäten von morgen"* (14).

Die Westeuropäer versuchen dorthin sowohl über die Kooperation mit den USA als auch über eigenständige Projekte zu gelangen. Tragende Rolle spielt die Europäische Raumfahrtagentur ESA, der gegenwärtig Belgien, die BRD, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Irland, die Niederlande, Schweden, die Schweiz und Spanien angehören. Während die USA wenig Federlesen bei der Verquickung ziviler und militärischer Raumfahrt machen, soll in Westeuropa die Westeuropäische Union die formelle Trägerschaft für militärische Weltraumprojekte übernehmen, denn die ESA darf laut Gründungsvertrag nur zivile Raumfahrt betreiben. Wie immer dieses juristische Problem letztlich gelöst werden wird, das zivile und militärische Raumfahrtprogramm der Westeuropäer läuft bereits.

Die Parlamentarier-Versammlung der WEU verfaßte im Juni 1984 eine „Empfehlung" an den Ministerrat, in der dieser aufgefordert wurde, *„eine größere europäische industrielle Beteiligung ... sowohl für die NATO-Nachrichtensatelliten und NATO-Militär-Satelliten-Programme wie bei der dazugehörigen Bodenstation-Infrastruktur"* durchzusetzen und *„klare Ziele und Prioritäten europäischer Weltraumpolitik ... für die Gebiete von Trägern, bemannten Modulen, Weltraumstations-Integration, Nachrichtenübermittlung, Wetter- und Fernerkundungs-Satelliten und bemannten, wiederverwendbaren Wartungs- und Raumtransportschiffen"* zu entwickeln (15). Einige der angeführten Weltraumfahrzeuge und -plattformen sind bereits gebaut oder sind konkret als westeuropäische oder transatlantische Kooperationsprojekte für die nächsten fünfzehn Jahre geplant.

Ein etwas genauerer Blick auf die Liste dieser Projekte zeigt die militärische und wirtschaftliche Brisanz dieses Programms, das in wichtigen Teilen auf der ESA-Konferenz im Januar 1985 verabschiedet wurde.

— **Das Projekt Ariane.** Im zweiten Bericht der Europäischen Sicherheitsstudie, ESECS II, einer Untersuchung zur „Stärkung der konventionellen Abschreckung in Europa" wird die Ariane-Rakete als eines der kostenefektivsten Systeme zur Weiterentwicklung einer Boden/Boden-Flugkörperwaffe gegen Flugplätze des Warschauer Paktes empfohlen. Die Ariane-Rakete erhielte damit einen wichtigen Platz in der Umsetzung des Rogers-Planes (15a). Die ESA hat sich zu einer

Fortentwicklung der Ariane entschlossen. Der angestrebte Bau der Trägerrakete Ariane-5 bis 1995 soll 7,4 Milliarden DM kosten, der bundesdeutsche Anteil 1,7 Mrd. Mark betragen. Die Ariane-5 wird mit einer erheblich größeren Transportfähigkeit gegenüber der jetzt eingesetzten Ariane-3 ausgestattet sein und wird die technischen Voraussetzungen für eine bemannte Raumfahrt erfüllen. Das Raumtransport-Unternehmen Arianespace ist auch nach Ansicht westeuropäischer Experten wegen der höheren Zuverlässigkeit und günstigerer Preise gegenüber dem US-Raumgleiter Space Shuttle wirtschaftlich voll konkurrenzfähig (16). — Mit der Ariane sind schon Satelliten in die für militärische Einsätze bedeutenden geostationären Umlaufbahnen in 36.000 km Höhe transportiert worden.

— **Das Projekt Columbus.** Die ESA wird sich an der bemannbaren US-Raumstation beteiligen, die 1992 im All stationiert werden soll. Der westeuropäische Abschnitt mit dem Namen Columbus wird bis 1995 mindestens 7,4 Mrd. DM, davon 2,8 Mrd. aus der BRD, verschlingen. Zwischen der ESA und der NASA ist ein Abkommen über gemeinsame Vorstudien getroffen worden, aber erst nach dem Abschluß der Vorbereitungsphase wird endgültig über dieses Projekt transatlantischer Zusammenarbeit entschieden. Die Westeuropäer werden dafür bei den USA die Einhaltung klarer Bedingungen einfordern. Verhandlungsgegenstand sind

„— (eine) Garantiezusage für den Zugang und für notwendige Leistungen zu nicht diskriminierenden Bedingungen;

— (die) Gewährleistung uneingeschränkter wissenschaftlicher und kommerzieller Nutzbarkeit der gewonnenen Ergebnisse;

— keine Beschränkung beim Technologietransfer für die Entwicklung des eigenen Anteils und für die kommerzielle Nutzung von Geräten und Erfahrungen;

— (die) Einsatzmöglichkeit europäischer Transportkapazität" (17).

— **Das Projekt Hermes.** Neben der Ariane-5 könnte Ende der 90er Jahre auch der Raumgleiter Hermes zur westeuropäischen Transportkapazität gehören. Obgleich die ESA auf ihrer letzten Konferenz Hermes noch nicht in das offizielle Programm aufnahm, signalisierten alle Staaten Zustimmung zu weiteren Entwicklungsarbeiten, die derzeit von den französischen Firmen Aérospatiale und Dassault Breguet getragen werden. Frankreich hat auch erklärt, die Hermes-Pläne „notfalls" alleine zu verwirklichen, falls die BRD trotz der Anzahlung von „ein paar Dutzend Millionen Mark" (Riesenhuber) sich nicht weiter am Hermes-Projekt beteiligen wird.

— **Die Instrumenten-Plattformen.** Von den Firmen MBB und Dornier sind bereits die Instrumenten-Plattformen SPAS und IPS gebaut worden. Bei IPS handelt es sich um ein Feinausrichtungssystem, mit dem startende Raketen genau zu orten und ihre Bahnen zu vermessen sind. Mit dem IPS kann einer Steigerung der Zielgenauigkeit von Trägersystemen bis zu dem Maß erreicht werden, „daß dann auch strategische militärische Ziele mit konventionellen (statt bis dato atomaren) Gefechtsköpfen zerstört werden" können (18). Erklärtermaßen ist das Pentagon an IPS und SPAS als Experimentalkomponenten bei SDI höchst interessiert.

Anmerkung AK: es folgt das Kapitel, daß die Bedeutung der europäischen Weltraumprogramme und Kooperationen für die EG und weiteren Einigungsbemühungen darstellt.

Anmerkungen zu Kapitel 4:

9) Neben weiteren übernationalen Forschungseinrichtungen, die außerhalb der EG angesiedelt sind — CERN (Europäische Organisation für Kernforschung), EMBL (Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie), der Europäischen Gesellschaft für die chemische Aufarbeitung bestrahlter Brennelemente u.a. — gibt es Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der westeuropäischen Monopole. Am Projekt European Map User Group (EMUG), das der Vereinheitlichung von Schnittstellen unterschiedlicher Automatisierungsgeräte dienen soll, beteiligen sich 40 westeuropäische Firmen (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.10.1985).

10) K. Seitz, SDI — die technologische Herausforderung für Europa, in: Europa-Archiv, 13/1985, S. 389.

11) Vgl. Wehrtechnik, 9/1985, S. 85.

12) ESECS-Lenkungsgruppe, Wege zur Stärkung der konventionellen Abschreckung in Europa. Vorschläge für die 80er Jahre, zit. in: Die Grünen im Bundestag (Hrsg.), Angriff als Verteidigung, Bonn/Hamburg 1984, S. D 48.

13) Frankfurter Rundschau vom 18.9.1985

14) Zit. in: Europa-Archiv, 7/1984.

15) Empfehlung der WEU-Versammlung zur militärischen Nutzung des Weltraums. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/1984.

15a) Vgl. European Security Study ESECS, Stärkung der konventionellen Abschreckung in Europa, Baden-Baden 1985, S. 80 ff.

16) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.5.1985.

17) Bayernkurier, 20.4.1985.

18) Frankfurter Rundschau, Silvester 1984.

THE SCALA FILE:

Anarchy nr.38

A CASE HISTORY OF STATE PROVOCATION

"The CNT has at all times called for investigations to focus on the instigators, believing these to be agents of the intelligence services and the state concerned to bring discredit upon the CNT at a time when it was spearheading opposition to the Moncloa Pact (Spain's Social Contract)."

(Solidaridad Obrera)

"The CNT reaffirms its claims that the Scala case was the brainchild of the Interior Ministry, concocted by the police and put into effect through the good offices of a police infiltrator/nark, Joaquin Gambin. Only an expose of all this implies could truly be considered worth of investigation."

(Ibid.)

"How can I (who was coerced into co-operating in a mission) be brought to trial without my superiors revealing the mission with which I had been entrusted?"

(Joaquin Gambin Hernandez, CAMBIO 16: 19.12.83).

The Act

At 1.15 p.m. on 15 January, 1978, shortly after a 10,000 strong CNT demonstration against the Moncloa labour agreements elsewhere in the city, several 'persons unknown' hurled molotov cocktails into the Scala nightclub in Barcelona's Paseo de San Juan. Four workers engaged in maintenance work in the club at the time were killed in the attack. Two of the dead, Ramon Egea and Diego Montero, belonged to the Socialist union UGT. The others, Juan Manuel Lopez and Bernabe Bravo Betarano, were members of the Anarchist union CNT, which had been demonstrating in the city that day. 75% of the nightclub's staff belonged to the CNT.

The police immediately announced that the attack had been carried out by a Commando composed of eight members of the CNT, FAI, and Anarchist Youth (FIJL). Within 12 hours of the fire-bombing, 150 libertarians had been arrested, and eight members of the CNT were named as being responsible for the attack on the Scala. Four of those named (Jose Cuevos Carado, Luis Munoz Garcia, Arturo Palma Seguia and Francirco Javier Caradàs Garcon) had been amongst the first to be arrested. They would later be sentenced to a total of 52½ years in prison for the attack. Four more had managed to evade arrest and were declared in contempt of court, and were ordered to be tracked down and taken into custody. Three of them, Gonzalez Garcia, Martinez Perez, and Fortiz Gil succeeded in slipping out of the country into exile in Italy and France. Only the fourth, Joaquin Gambin Hernandez, remained within reach of the police. He was not arrested.

The arrests were the work of police Inspector Jose Maria Escuerdo Tejada, head of the Anti-Anarchist Squad of the Central Information Brigade in Madrid, with 18 years on the force. Escuerdo had flown to Barcelona within hours of the attack, to pull off the much publicised coup of getting the alleged perpetrators to confess in record time. What hardly anyone knew at the time was that his success was due to the shadowy work of an informer... Joaquin Gambin.

Why The CNT Was Blamed

The huge anarchist protest in Barcelona on the day of the Scala attack was the CNT's first public demonstration since being made legal as a union organisation. It had stubbornly persisted in clandestinity as the main soruce of anarchist resistence to Franco's military dictatorship since being outlawed at the end of the Spanish Civil War in 1939. Despite a savage repression aimed at breaking the organised workers' movement, the CNT survived as an anarcho-syndicalist union, emerging as though "from the catacombs" (as the Times put it) after Franco's death in 1976, to the amazement of journalists and historians the world over, who for years had written off the anarchist movement in Spain as long since 'dead'. The CNT was the last union organisation to be legally recognised by Spain's new 'democracy', and in the first flush of joyful enthusiasm following Franco's death, swelled as an organisation to *300,000* members. By the time of the Scala attack, it was once again perceived by the Government as the one serious *revolutionary* threat to political stability in Spain; the *only* union which publicly opposed the consensus politics and anti-labour laws of the new democracy, which (like Franco before them) sought in incorporate the trade unions into the structure of the state, as agencies for managing the workforce and maintaining industrial peace.

The then Interior Minister, Rudolfo Martin Villa, frequently announced in public that the real threat to stability in Spain came not from *"ETA and its bombs"*, but *"the Confederal union card"* of the CNT. After the Scala attack, he was unable to conceal his delight,. Never having made a secret of his concern over the growing influence of the CNT, he stated at a press conference on 31 January, 1978, when the police had already named the alleged arsonists, "*...this act by anarchist groups in Barcelona is of especial concern to me because they have always had a disturbing effect upon peaceful coexistence.*" The Scala outrage was the ideal opportunity for the Spanish Government to dismiss the intransigent anarchist union as being a collection of 'terrorists', and thus criminalise its opposition to the Moncloa Pact.

On 3 December, 1981, the grins must have frozen on the faces of Martin Villa and police Inspector Escuardo. Joaquin Gambin was arrested by police after a brief gunfight in Valencia railway station, when a routine police check disturbed him in the act of trafficking in arms. Once in custody he tried to buy his freedom by threatening to produce documentary proof of his status as an informer for the intelligence services. The CNT's contention that Gambin was a paid police provocateur, and the real author of the Scala attack, suddenly gained public credibility.

But Gambin, 'Public Enemy No.1', the missing link in the Scala case, failed to carry out his threat. For the next two years his mouth remained shut as he sat in Alicante prison waiting for his words to result, as they had done in the past, in his protectors inside the Anti-Anarchist Squad coming to his rescue once again. Gambin's luck had finally run out. He had become too big a liability now even for Escuerdo. When, in December 1983, the penny finally dropped that his former employers had really cut him adrift, he finally began to give his own version of the Scala affair, and his career as a paid police agent, to the Spanish news magazine *Cambio 16* just a week before he was due to step into the dock and go on trial.

The Scala Provocateur

Joaquin Gambin Hernandez, alias *'El Grillo'* (the Cricket), alias *'Cesar'* (55), was first arrested at the age of 17. By the time he left prison in 1977 he had spent 28 years of his life at

one time or another behind bars. On several occasions he took part in failed escape attempts whilst in prison, but strangely – despite establishing a name for himself with the press and inside the jails as a 'legendary' escaper – he was never punished for these supposed bids for freedom. Whilst in Barcelona's Modelo prison in 1977, he had met anarchist prisoners. Amongst them were Jose Cuevas and several other comrades who had been arrested in one of the regular police operations against theCNT and the libertarian movement in Catalonia.

Gambin finished his sentence and was released, returning to his home town of Murcia. There he claims, he was approached by a police officer, Jose 'Pepe' Marin (a former Inspector with the Social Brigade, Spain's Special Branch) and offered a simple choice, *"Either you co-operate with us"*, Marin told the ex-Con, *"or we won't leave you in peace"*. In his interviews with *Cambio 16*, Gambin explained, *"I had no way out. Naturally I preferred co-operation with the police to going back to jail and rot"*. A week later he claims he was introduced by Marin to Inspector Escuerdo (control No. A-1260-GO-7553), head of the Anti-Anarchist Squad in the Central Information Brigade, and Escuerdo gave him 30,000 pesetas for his services and the code name *'Cesar'* under which he would work, and instructed him to infiltrate anarchist circles in Catalonia, where he was to set up spectacular actions for the greater glory of his police handlers.

Around this time, in 1977, Gambin first applied to join the CNT in Murcia but was fobbed off by the organisation. Later he was admitted, despite suspicions that he was untrustworthy. Capitalising on the contacts he had made in prison, he followed Escuerdo's instructions and moved to Barcelona, where on 10 January, 1978, he turned up unannounced at the front door of Jose Cuevas, asking to be put up. There he met other anarchists; friends of Cuevas. Jose Cuevas and his friends were later the first to be arrested after Gambin staged the Scala bombing – Cuevas being picked up at an address known only to himself and Gambin. *"For that information"*, Gambin told *Cambio 16*, *"they gave me 100,000 pesetas as a special reward. They promised me the moon and stars but later I never saw a single peseta."*

Some weeks after the Scala attack, when he was publicly being named as one of the authors of the outrage, and in theory wanted by the police, Gambin was summoned to Madrid to meet his police handlers. The Anti-Anarchist Squad had come under severe criticism for not managing to avert the bombing of the Scala that they themselves had conceived and commissioned! Gambin was informed that the police record had to be cleaned up – a new coup against the anarchists was needed to redeem their image.

Betrayer of the ERAT

A group of anarchist workers at the SEAT car factory in Barcelona had for some time been sustaining a pocket of resistence in the labour struggle going on at SEAT through armed expropriations. The group called itself ERAT, or *Workers' Revolutionary Support Army*. Gambin's new job for the police was to try and infiltrate the ERAT. A few days after his visit to the Anti-Anarchist Squad, Gambin was visited at Madrid's Cordoba boarding house by Inspector Escuerdo to work out the details of the plan of attack against the ERAT. Escuerdo paid Gambin 20,000 pesetas for expenses, finger-printed him and asked him for some photographs. A few hours later one of Escuerdo's men brought Gambin a brand new phoney police identity card with his picture and finger prints on it in the name of Joaquin Fernandez Sanz'.

Escuerdo instructed Gambin, according to his revelations to *Cambio 16*, in every detail. Things were arranged so that he would come into contact with Juan *'El Barbas'*, Gabriel Botifoll, and an office worker called Carlos, whom the police suspected of being the founders of ERAT.



(Above) The Police identity card issued to Gambin..

Passing himself off to the militants of ERAT as a member of GRAPO, Gambin wormed his way into the group, and participated (with police knowledge) in a hold-up of the Catalesa supermarket. He is also thought to have taken part in several more hold-ups at business and commercial undertakings carried out by ERAT.

Around this time rumours began to circulate in CNT circles that Gambin was a police infiltrator and provocateur whose task was to discredit the anarchist union. Inspector Escuerdo came to Barcelona and advised Gambin to carry a gun in his belt for personal safety. Gambin took the hint and became a walking arsenal. In April, 1978, Escuerdo returned to Barcelona to give Gambin last minute instructions. It was the eve of the police round-up of ERAT. Lest the magistrates might free some of the suspects for lack of evidence, Gambin was to plant a pistol and some money under the bed of Gabriel Botifoll, (1) whom the police would portray as the head of ERAT. In his typical self-pitying style, Gambin later complained to *Cambio 16*, *"The 'bread', some 40,000 pesetas of it, I had to take out of my own pocket."*

The round-up of the ERAT, coming on top of the Scala arrests, confirmed the suspicions of the anarchists in Catalonia beyond any doubt. A few days after the arrests of Gabriel Botifoll and the other alleged members of ERAT, the CNT circulated leaflets denouncing the 'police provocateur', and 'police nark', who was trying to apply the brake to the expansion of the libertarian movement. Compromised now in the eyes of the anarchists, and also wanted by the Spanish courts still for his involvement in the Scala outrage, Gambin forced a meeting with his police controllers. He was summoned to a rendevous in the La Paloma cafe, opposite the DGS building in Madrid's Puerto del Sol. There, Escuerdo and his boss Manuel Gomez de Sandoval, suggested that Gambin drop out of sight for a while. On a reference from Sandoval, Gambin found work at the start of the summer of 1978 in the Perret brothers pastry shop in Benicasim (Castellon).

'Dirty-War' Against the ETA

Meanwhile, the magistrate handling the Scala case had, faced with Gambin's absence, declared him in contempt and issued a warrant for his arrest. Once again the fugitive spy turned to Escuerdo for help. Escuerdo's advice *"struck me as madness"*, Gambin told *Cambio 16*. *"They wanted me to go to the Basque country along with three other guys, to kill ETA members. But I sensed that this was a ploy to dispose of me and I made up my mind to get offside."* From then on, he claims, the attitude of the Perret brothers (who were themselves deeply involved in the 'dirty war' against the ETA as agents of the police, as well as being closely tied to the Mafia)

towards him changed for the worst. Despite Gambin's protestations of innocence, however, he did not reject this "madness" of Escuerdo quite so out of hand as his self-righteous interviews with *Cambi 16* suggest. Evidence exists that he and the Perret brothers were involved together in at least one armed attack on ETA supporters. The attack, on a bar in Hendayes in the South of France on 28 November, 1980, left two people dead and over 20 wounded. Clement and Gilber Perret, certainly, were later to be bamed by French police as wanted for this attack, amongst a series carried out in France against the ETA.

"One day after Escuerdo was to phone me so that I could report to him everything that Clement and Gilbert had done", he told *Cambio 16*, *"and about their connections with the (special) services a group of male and female police turned up at the pastry shop armed to the teeth. They were led by Antonio Gonzalez Pacheo, alias 'Billy el Nino' (Billy the Kid) who was wearing a track suit and never let go of a tennis bag in which he carried a machine gun."* Gambin later discovered that the arrival of the police at the establishment had been for the purpose of protecting Clement and Gilbert Perret. There had been a tip-off that armed ETA groups were in the area, intent of disposing of them.

This was probably the real event that decided Gambin to decamp. *"I asked them to pay me off and found, to my surprise that they did so without demur and, indeed, with a generosity. Hours later, when I tried to change a 1,000 peseta note to buy a beer I found that the notes were even phonier than the Perret brothers themselves. The same thing went for the 100 Franc notes they had given to me on the pretext that they had not got Spanish currency just then."* What Gambin never found out, according to *Cambio 16*, was that the money with which the Mafiosi brothers Clement and Gilbert Perret paid him off so generously was part of a batch of 600 million counterfeit pesetas handed over in 1971 to "entrepeneurs" in Marseilles by Jose Miguel Benaran Ordenana (alias 'Argala'), a member of the ETA executive!

Obituaries and Arrests

Now out of pocket, with the anarchists reportedly on his trail and a warrant for his arrest hanging over his head, Gambin looked for a way out of his dilemma. News reached him of the death of an uncle, Joaquin Gambin Gonzalez (82). The informer was quick to seize on the opportunity to pass off the death as his own. On 5 March, 1979, Murcia's newspaper *Hoja de Lunes* carried an obituary notice asking for prayers for the soul of the deceased. However, the notice was adroitly manimpulated to give the impression that the deceased had been that of the informer and spy Gambin. Members of the CNT who attended the funeral appeared to take the bait. Gambin was believed dead. From a hill top near the El Espinardo cemetary, the 'deceased' quietly watched his own funeral, thinking himself safe. *"It was what I had always wanted"*, Gambin recalled for *Cambio 16*, *"to fade away leaving no trace."*

The next day Gambin withdrew all his savings and visited a cosmeticsurgeon to undergo surgery to his nose and face, and change his appearance. Then, as *Cambio 16* enigmatically put it, *"availing of the connections he still had in certain political circles"*, he obtained a false identity card in the name of 'Manuel Garcia Gomez'. In May he travelled to Valladolid, then to Pamplona, Verona, and Madrid...then back to Barcelona and Seville.

On 27 October, Gambin tried to embezzle money from the Elche Branch of the Banco Exterior de Espana but was caught by the police in possession of a revolver and phoney papers, and his real identity discovered. As soon as he reached the prison he sent off two telegrams: one to Jose Maria Escuerdo at the Fraud Squad of the Bank of Spain, and the other to Manuel Gomez de Sandoval, head of the Central Information Brigade. The effect was miraculous. Weeks later the order for his arrest for terrorism was cancelled, as was the charge of defrauding the Bnak of Spain, and he was released on a surety of 50,000 pesetas.

Gambin now supervised his own funeral for a second time. On 24 July, 1980, the Basque newspaper *Egin* carried an item distributed by the Efe News Agency in Catalonia, reporting that an 'Autonomous Libertarian Commando' had executed Joaquin Hernandez, alias 'El Grillo', in the South of France. *"We killed him for a provocateur and a police nark"*, said the communique published in the pro-ETA *Egin*, *"and for implicating revolutionary workers' organisations in police frame-ups like the Scala case."*

Gambin admitted to *Cambio 16*, *"The item, which the press carried at that time was supplied to the Efe agency by myself, capitalising upon a trip to Andorra, where I was spotted by some old acquaintances from the CNT"*.

Nothing more was heard of Gambin following his second 'death' until 3 December, 1981, when he was stopped by the police in Valencia railway station on suspicion of trafficking in arms. He did not give up quietly and was wounded in the back near the spine, and in the ankle before being arrested. Police found he was carrying no less than five hand-guns! Gambin was back in prison, but it was only after *Cambio 16*, which had spent some months investigating the Scala case, discovered that the informer was still alive, and was the same man as arrested in the Valencia railway station shoot-out, that the authorities publicly acknowledged the identity of the man they had arrested as Gambin, the wanted Scala bomber. Once again, Gambin began firing-off letters and telegrams to his former protectors in the police, threatening to reveal his collaboration wth the Anti-Anarchist Squad, backed up by a file of documentary evidence of his secret service: telegrams, counterfeit money, photographs, phoney national identity papers, and other papers supplied to him by the police. But this time his threats fell on deaf ears.

From his self-imposed maximum security cell in Barcelona's Modelo prison, Gambin explained his decision to finally talk on the eve of his overdue trial for participation in the Scala attack:

Cambio 16: *"Why have you decided to talk after so many years?"*

Gambin: *"Because they have washed their hands of me. For the past 59 months I clung to the hope that the police bosses who signed me up would get me out of this jam. It is not in their interests to turn their backs on me. So, for these five years of bumming around, constantly on the move from one spot to another like a beast at bay, I lived with the fixation that in the end the cops Escuerdo and Sandoval would come to my aid. But when I was arrested in Valencia and found that nobody was answering my letters and telegrams, the bubble burst. I am not about to take the rap for murder. Joaquin Gambin Hernandez's hands are not stained with blood."*

Cambio 16: *"Why did you ask for a top-security cell?"*

Gambin: *"Because they want me dead. They've put a price on my head. I am under threat on every side. To the anarchists I am a monstrous nark, the Scala "provocateur" and the Mafia wants to stop my mouth lest I squeal about the police's dirty linen. But what hunger failed to do over a 30 year period will not be managed by a group of anarchists or four cops either. Either I talk or I peg out."*

The End Of The Road

The second Scala trial opened amid tight security in December, 1983. In answer to a call by the CNT, about 100 members of the union gathered outside the Palace of Justice in Barcelona, despite police harrassment, carrying placards reading, *"schemes against the CNT are being hatched in the Ministry of the Interior. The Scala case is a police frame-up."*

Giving evidence, Gambin claimed in his defence *"...I had been charged by the police to keep an eye on the anarchist groups in Barcelona."*

Jose Cuevas, one of those who had been railroaded in the first trial on the basis of Gambin's information to the Anti-Anarchist Squad, was brought from his prison cell to give evidence for the prosecution. Despite repeated attempts from the bench to silence him he stated to the court, *"Gambin arrived at my home with two suitcases and a satchel and told me that he was a commercial traveller for a firm selliing industrial parts for fridges. In the tan satchel, he was carrying a queer device which he told me was a sample he used in his work. He also offered me a .38 revolver which I refused because I had no need of any gun."*

"When the police arrested me, they showed me the .38 and the tan satchel as well as a sketch of the device inside in order to give me to understand their connection with Gambin. On the sketch was written 'Scala, army material'. Those items were never seen again. How come?"

"I have been sentenced to 17 years on the strength of a statement signed under torture, in the absence of all proof. The courts had no desire to investigate..."

(Solidaridad Obrera, January 1984).

The phoney national identity card issued in the name of 'Joaquin Fernandez Sanz', plus postal receipts and certificates addressed to the police commissioner, were also introduced in court as evidence of Gambin having been in the pay of the police.

Gambin was found guilty of charges of manufacturing explosives and attending a demonstration whilst bearing arms, and setenced to seven years in prison, despite the fact that the prosecution had asked that he be sentenced to 16 years. Shortly after the verdict, Gambin told *Cambio 16*, *"I'm completely flummoxed. The police forced me to work among the terrorist groups on their behalf. They told me I had to play along so as not to arouse suspicions, and now they're putting me away for having done what they asked."*

Solidaridad Obrera commented: *"This 'little angel' who boasts 32 guilty verdicts, not counting the one which concerns us here, has confessed to being a paid police informer with phoney documents issued through official channels and that he infiltrated Catalan anarchist groups whose break-up he contrived back in 1977; after the Scala episode — still not cleared up, even after two trials — he vanished, only to reappear some months later as infiltrator and betrayer of the ERAT, for which he admits to having been paid a sum of 20,000 pesetas by the Anti-Anarchist Squad Inspector, Jose Maria Escuerdo Tejedo."*

Solidaridad Obrera, January 1984)

CNT Issues Writ Against The Police

In January 1984 *Solidaridad Obrera* announced: *"The General Secretary of the CNT in Catalonia announced in a recent press conference (23 December, 1983) the union's intention to issue a writ against the police, on the basis that the finding handed down by the No.3 section of Barcelona Provincial High Court, dated 17 December '83, expressly acknowledges Joaquin Gambin Hernandez's status as a police informer, this having been accepted as evidence during the trial by the prosecution in the shape of a false identity card issued to Gambin by the police in order to facilitate him in his tasks as a paid police infiltrator.*

"Although the CNT considers Gambin to have been the instigator of the manufacture of explosives, this contention has been repudiated by the prosecuting counsel, given that acceptance of it would mean that others condemned would be criminally liable (they are already in custody) since the appeal for a non-trial submitted at the time by the defence was not granted.

"Quite apart from the productivity of his 'work', the use of an informer may be interpreted as a breach of Article 18 of the Constitution which defines the integrity and confidentiality of legally constituted individuals, physical or legal, such as the CNT. In this instance, the police...by recourse to a paid intermediary...made illicit entry into the union, something otherwise impossible (barring a court order) given the legal status of the organisation. The crime of illicit entry was affected through a malicious individual and this sham constitutes a punishable act.

"Asked by reporters why the CNT did not bring a private action in the Gambin case, the General Secretary stated that the opportunity was missed in the days when Jose Bondia (1) *(ex-Secretary of the National Committee now expelled from the organisation in Catalonia) turned it down on the basis of negotiations he was conducting off his own bat with the Socialist administration with the aim of securing the release of libertarian prisoners...negotiations which, naturally, proved fruitless."*

Solidaridad Obrera, No.140, January, 1984)

As for Jesus Fortes Gil, another accused in the Scala case, arrested in Rome in January 1982 and extradited to Spain at the beginning of 1985, despite a widespread campaign waged by the international anarchist movement, he was finally freed on bail after nearly three years of imprisonment. Maite Fabres, also imprisoned in the case, was released without explanation, Both are victims of a judicial farce. (2)

And What Of Escuerdo?

Jose Maria Escuerdo Tejada, the gifted disciple of 'supercop' Roberto Conesa, enjoyed more luck than his puppet Gambin. Far from being drummed out of the force, as befell others from the 'Conesa school' of policing, Escuerdo profited from the PSOE's accession to power. Rafael del Rio, the new Director General of police, spotted him during his time at police HQ in Barcelona and appointed him head of the Central Information Brigade. The Socialists had elevated one of the principal culprits of the Scala outrage to the position of number two in the anti-terrorist drive.

Scala File – Footnotes

(1) *Jose Bondia* was removed as Secretary of the CNT-AIT National Committee in Janaury 1983 for maintaining secret contact with the so-called 'renovated CNT', or *Renovadas*, (an anti-AIT grouping that left the CNT-AIT to form its own union in December 1979); and with the 'Scoialist' government and PSOE at an executive level. Bondia stole micro-film of the CNT-AIT archives, failed to return video recordings of a CNT-AIT National Plenum, and left the union with a debt of £40,000. He is now a prominant opponent of the CNT-AIT within the phoney *"reunified CNT"*, formed by the *Renovadas* and a motely collection of people expelled from the CNT-AIT, at a State-sponsored congress in Madrid (protected by 200 national Police) during June 1984.

The timing of the 'split' in the CNT in 1979 takes on a greater significance when seen against the background of the Scala provocation, and the much-quoted anti-CNT statements of the then Interior Minister Martin Villa. Is it mere coincidence that the split at the CNT's 5th Congress (ostensibly over the question of whether the union should participate in elections to the Government created *Comites de Empresa*

– works councils – which are viewed by the CNT-AIT as tantamount to integration into the capitalist system, along the lines of the old fascist syndicates of the CNS under Franco) should come so close on the heels of a police conspiracy conceived in the Interior Ministry, and whose chief perpetrators enjoyed the patronage of the Socialist Administration; the purpose of which was to portray the CNT's opposition to the Moncloa Pact as being the work of "terrorists"? Both the government of the PSOE and the press have cynically manipulated the emergence of the *Renovadas* to weaken the CNT-AIT's opposition to the new anti-labour laws, and have used the existence of 'two CNTs' also as an excuse for not re-paying to the CNT-AIT the nearly £12m "Patrimony" owing to it as compensation for property and other assets stolen from the union by Franco at the end of the Civil War. Interestingly enough, the head of the *Renovadas* entertainment union, *Casas* (an ex-member of the CNS, Franco's vertical union) is a known friend of Martin Villa, Interior Minister at the time of the Scala case.

Besides Bondia, many of the other leading authors of the *Renovada* breakaway from the CNT-AIT can be clearly identified with various Catholic, Trotskyist, or pro-government groups which flocked into the CNT in the period of the union's rapid expansion following the death of Franco. *Carlos Ramos*, former general secretary of the *Renovadas* was a member of *Accion Catholica*, a Jesuit organisation opposed to the AIT which puts forward the idea of the CNT affiliating with the Christian Labour International, CMT. Ramos is now "Secretary of Patrimony" in the *"reunified CNT"*. Also prominant in the *"reunified CNT"* is *Luis Altabble*, another leading member of *Accion Catholica; Jose M. Berro*, second General Secretary of the *Renovadas* and formerly a member of the Trotskyist group *Liberacion*; and *Antonio Perez Canales*, one-time secretary of the CNT-AIT National Committee, but a former member of *Accion Communista* and a veteran of the Communist union CC.OO. *Carlos Martinez*, the *Renovadas* first General Secretary, has now openly joined the ruling socialist party PSOE and its trade union the UGT, along with other ex-members of the *Renovadas* in Valencia.

(2) A recent issue of *Solidaridad Obrera*, organ of the CNT-AIT in Catalonia, carried a communique issued by the CNT-AIT Regional Prisoners Committee concerning the Scala case:

Press Comminque That The Other Papers Don't Want To Publish

A tiny note in just one Barcelona paper informed the public on 11 May of the suspension of the action brought against comrade Jesus E.Fortes Gil for alleged involvment in the Scala fire.

Nothing referred to "the administrative error" which resulted in this comrade staying imprisoned for three long years. Three years in which Maite Fabres was illegally detained as well as two others for the same reasons; that is the painful price that we defenceless citizens have to pay to the State's whims.

The press faithfully reflects its subordination to the public and economic powers by covering with a simple note such a criminal fact as a person losing three years of his/her life for the shameful interests of the State. Interests that, as we see once more, don't stop at whatever abuse, be it individual or collective.

Nevertheless, from now on, we will carry on denouncing those outrages and we will carry on calling for freedom of thise still suffering the indiscriminate persecution of the administration. To be precise, those who are still suffering now the lack of freedom for something committed by the security services of the State and police: and who are oaying for it in a Kafkaesque way are:

Arturo Palma
Jose Cuevas
Javier Canadas

Permanente Pro-Presos
CNT-AIT
Regional Catana
15 May 1985

(Solidaridad Obrera No.160, May 1985)



HAGOPIAN EST VIVANT ...

NOUS SOMMES TOUS HAGOPIAN